Bismarcks Eintritt in das Ministerium.

(Zweiter Teil, Abschnitt 1: Roons Vorgehen zur Herbeiführung der Ernennung Bismarcks.)

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR

ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE

GENEHMIGT

VON DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT

DER

FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT

ZU BERLIN.

Von

Kurt Promnitz

aus Breslau.

ACAD. LATIO HAT. BIBL.

Tag der Promotion: 18. Januar 1908.

79

Referenten:

Professor **Dr. Max Lenz.**

Professor **Dr. Dietrich Schäfer.**

Mit Genehmigung der hohen Fakultät kommt hier nur der erste Abschnitt des zweiten Teils der ganzen Arbeit zum Abdruck. Der vollständige Text wird demnächst in den „Historischen Studien“ im Verlage von E. Ebering, Berlin, erscheinen.

Druck von Emil Ebering, Berlin NW., Mittelstrasse 29.

Uebersicht über die Einleitung und den ersten Teil.

In der Einleitung wird das Problem entwickelt. Ausgehend von dem Charakter der Vorgeschichte, die gleichsam das Vorspiel der späteren Kampfeslaufbahn des Helden bildet, wird die Korrespondenz und der Zusammenhang zwischen der allgemeinen inneren Geschichte Preussens von 1848 bis 1862 und den Ministerkandidaturen Bismarcks, die durch dieselben Jahre begrenzt werden, aufgezeigt.

Die nähere Erörterung beginnt mit dem natürlichen Interresse, das die beiden Fürsten, Friedrich Wilhelm IV. und sein Bruder, an der Ernennung Bismarcks in den inneren Nöten des Staates, zu denen sich zum Schluss auch äussere gesellten, haben mussten. Sie fährt fort mit der Kennzeichnung der Faktoren, welche dieses Interesse zu eignem Nutzen ständig wach hielten und zu verstärken suchten.

So erhebt sich die Frage nach den Gründen der langen Verzögerung der Berufung Bismarcks und nach den Gründen seiner Ernennung zum auswärtigen Minister, obwohl doch zumeist innere Motive zu seinen Kandidaturen führten. Es wird gezeigt, dass die Erklärung dafür in der Persönlichkeit Bismarcks zu suchen ist, die in ihrer Eigenart einerseits bestimmte Gegenwirkungen bei Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. auslöste und andrerseits Bismarck selbst zu festen, politischen Grundsätzen bestimmte.

Friedrich Wilhelms Abneigung gegen die Selbständigkeitsgelüste seines Gesandten und Wilhelms Scheu

vor der überragenden Grösse unseres Helden liessen es bei beiden nicht zur Ernennung Bismarcks kommen. Es entstanden Differenzen, die nun wieder auf Bismarck zurückwirkten.

Bei diesem wird ausgegangen von seiner persönlichen kühlen Haltung gegen die Aussicht der Ministerschaft. Seine Durchbildung zum Staatsmann und die erwähnten Differenzen mussten ihn aber gegen den Eintritt sogar abgeneigt machen, ohne dass seine persönliche Ergebenheit gegen die Monarchen dadurch im geringsten berührt wurde. Einige Nebenumstände verstärken diese Stellungnahme. Und so wird zu dem Kernpunkt übergeleitet, dass Bismarck, ausser in grosser Gefahr, nicht ohne Verständigung über die einzuschlagende Politik, die nach seiner eignen Entwicklung im Vordergrunde die auswärtigen Fragen betreffen muss, in das Ministerium einzutreten geneigt ist.

Es wird gezeigt, dass trotz aller Gegensätze und Hindernisse die beständigen und sich immer mehr verschärfenden Krisen stets wieder zu der Kandidatur Bismarcks führten, da gleichzeitig sich ein Mangel an Persönlichkeiten fühlbar macht. Damit ergibt sich die Aufgabe, nachzuweisen, wie es gekommen ist, dass gerade im September 1862 die sachlich und persönlich so starken Differenzen überbrückt worden sind.

Der erste Teil bringt die Vorbereitung in der Entwicklungsgeschichte des Eintritts. Er zerfällt in zwei Abschnitte, von denen der erste Bismarcks Kandidaturen bis zum Schluss des Sommers 1862 und der zweite das Herannahen der Entscheidung, die Zeit von Ende August bis zum 11. September, behandelt. Mit dem Beginn der Plenarverhandlungen des Abgeordnetenhauses am 11. September und mit dem Wendepunkt in Bismarcks persönlichen Verhältnissen am 12., die beide zur entscheidenden Lage hinführen, setzt dann der zweite Teil ein.

Die Untersuchung wird so geführt, dass immer die inneren Beziehungen zwischen den einzelnen Krisen und den Kandidaturen aufgesucht werden. Es ist dann stets zu zeigen, wie sich Bismarcks abwartende Haltung in den einzelnen Fällen differenziert, welchen Grad der Hinneigung für die Ernennung die beiden Herrscher bekunden, und welche Tätigkeit vor allem die Vermittler entfalten. Diese finden ihre stärkste Hülfe in dem Zwang der Lage.

Das erste Kapitel des ersten Abschnitts führt die Darstellung bis zum Mai 1862, bis zur letzten Aufschiebung der Ernennung. Unter Friedrich Wilhelm IV. ist das Problem schon gestellt. Nachdem die Beziehungen zwischen ihm und Bismarck erkaltet waren, kam es in der letzten Zeit seiner Regierung auch nicht mehr ernstlich zur Kandidatur Bismarcks, da die grossen Fragen fehlten. Da Wilhelm I. beharrlicher ist, so sind die Differenzen Bismarcks mit diesem noch stärker. Aber nun beginnen die grossen Krisen, die schliesslich dauernd werden, die Militärkrisis und die deutsche Frage. Durch sie wird aus Mangel an Persönlichkeiten die Ministerfrage permanent. Diese Lage benützt Roon zu immer stärkeren Versuchen bei Wilhelm für Bismarck. 1861 ist eine Annäherung zu konstatieren, aber ohne praktische Resultate. Bei Bismarck beginnt die später sehr bedeutsame Verstimmung über die Unentschlossenheit des Königs, die seine persönlichen Verhältnisse in Mitleidenschaft zieht. Die Zeit vom Sommer 1861 bis zum März 1862 wird nun zusammengefasst. Der Militärstreit wird radikal, das liberale Ministerium bricht zusammen. Bismarcks Kandidaturen werden immer häufiger. Aber da es nicht zur Entscheidung kommt, so gerät Bismarck in wachsende Verstimmung. Die Frage seines Eintritts wird nach dem Sturz des Ministeriums permanent. Im April tritt Hohenlohe für Bismarck ein. Aus der Kritik der näheren Angaben hierüber in den Denkwürdigkeiten seines Sohnes ergibt sich das Fort-

bestehen des alten Verhältnisses zwischen König und Bismarck. Roons Hauptanteil an der schliesslichen Berufung bleibt gesichert. Im Mai denkt Wilhelm ernstlicher denn je an die Ernennung; aber diesmal entzieht sich Bismarck, da ihm der Eintritt noch nicht ratsam erscheint. Die Ernennung wird zum letzten Mal aufgeschoben.

Das zweite Kapitel des ersten Abschnitts bringt die Verzögerung der Ernennung im Sommer, die schon dadurch eintritt, dass die Krisis stagniert. Infolgedessen sind die Bemühungen Roons vergeblich. Bismarcks Wünsche sind allein auf Gewissheit über seine Lage gerichtet, seine Verhältnisse erscheinen ihm unerträglich. Als bis Mitte Juni keine Aenderung erfolgt ist, kommt er um Sommerurlaub ein, in der Hoffnung, durch den Vorschlag eines Kammerplanes im September die Entscheidung herbeizuführen. Die Frage seines Eintritts aber erleidet noch eine stärkere Verzögerung durch die Wirkung, die Bismarcks Bericht aus Frankreich auf den König ausübt. Dieser glaubt eine Allianz mit Napoleon empfohlen und ist Bismarck mehr denn je abgeneigt. In diese Zeit fallen auch Presstreibereien gegen Bismarck; zwei Artikel der Berliner Allgemeinen Zeitung und der Grenzboten werden herangezogen. Unparteiische Beurteiler, wie Rössler, werden wenig gehört. Bismarck werden ungeheuerliche Pläne zugeschrieben, und es ist nicht ausgeschlossen, dass derartige Einflüsterungen auch auf den König wirkten.

Eine neue Situation wird nun durch den Schluss der Kommissionsverhandlungen geschaffen; ihre Erörterung füllt das erste Kapitel des zweiten Abschnitts aus. Die Lage gestaltet sich dadurch sehr ernst, dass bei der gegenseitigen Erbitterung keine Seite an Nachgeben denkt, vielmehr beiderseits Anlass zu neuem Streit gegeben wird. Die Opposition blieb in ihrem Uebergewicht in der Kammer, sie reizte die Regierung durch ihre verabredete Haltung. Das Ministerium zeigte

sich tatenlos; von Entgegenkommen war keine Rede. Verschiedene Fehler und Brüskierungen auf seiner Seite gipfelten in der Behauptung einer Verfassungslücke in der Sternzeitung, die auf Seiten der Liberalen einen Sturm der Entrüstung erregte. Unter diesen Umständen kam der Kommissionsantrag, die Kosten der Reorganisation abzulehnen, zustande. Der Standpunkt der Opposition wird ausführlich untersucht. Die rechtlichen und finanziellen Gründe sprechen für sie. Es handelt sich aber hier um eine politische Frage. Die Haltung der Opposition entspringt aus dem Kampf für den nationalen und liberalen Gedanken. Dafür will man Preussen gewinnen und deshalb ist der Partikularismus für sie der stärkste Feind. Von dem gegenwärtigen Regime war nichts zu erwarten; Aufgabe des Kampfes wäre Selbstvernichtung gewesen. Demgegenüber will die Minorität vermitteln; denn der Konflikt stand bevor.

Im zweiten Kapitel des zweiten Abschnitts wird die weitere Entwicklung der Krisis und die Lage der Kandidatur Bismarcks vor der Aussicht des Konflikts dargestellt. Es kam nun darauf an, welche Tendenzen die Oberhand gewannen. Aktiv mussten naturgemäss die Reaktionäre und die Gemässigten werden. Die Altliberalen wollten die verlorene Position wiedergewinnen und den Konflikt verhüten; die Reaktionäre hätten gerade durch diesen ihre Ziele verwirklicht. Die Opposition hatte die Mehrheit, aber es fragte sich sehr, ob auch reale Macht. Absplitterungen fanden kaum statt, Einwirkungen blieben vergeblich. Der Fortschritt schürte zum Widerstand. Das Ministerium blieb schweigsam und ablehnend; von Konzessionen oder einer Botschaft war keine Rede. Die Altliberalen, wie Vincke, erreichen nichts; aber auch die Bemühungen der Gerlach, Kleist-Retzow bleiben erfolglos. Freilich musste nun die Regierung irgendwie Stellung ergreifen; der Konflikt schwebte

über den Häuptern. Heydt und Bernstorff sind gegen den Konflikt; sehr schwierig ist die Haltung Roons zu bestimmen. Im Grunde ist er gegen jedes Nachgeben, aber dagegen kämpft in ihm die Sorge um die Zukunft Preussens. Einen gangbaren Ausweg weiss niemand. Der Bericht des Gesamtministeriums an den König zeugt von seiner Ratlosigkeit. Der König glaubt sich im Recht; er schiebt die Entscheidung über die Konfliktsfrage auf. — Die Nähe des Konflikts bewegt auch Roon zu neuen, vergeblichen Schritten für Bismarck, dessen Urlaub auch bald zu Ende ist. Die Parteifreunde sind nicht mehr für Bismarck.

Zweiter Teil.
Die Entscheidung.

Abschnitt 1.
Roons Vorgehen zur Herbeiführung der Ernennung Bismarcks.

Kapitel 1.
Bismarcks endgültiger Plan zur Erlangung der Gewissheit.

Nachdem Bismarck gegenüber der Lage der Dinge in Berlin durch sein Eingreifen im Juli seine Sache in der Weise hatte wenden wollen, dass sie erst im September, wenn der Höhepunkt der Krisis zu erwarten war, und dann hoffentlich mit besserem Erfolg, vom Könige entschieden zu werden brauchte, hatte er selbst endlich in Biarritz die dringend nötige Ruhe gefunden. Er konnte nun wirklich einmal in sechswöchentlicher Musse seine eigenen Verdriesslichkeiten und die leidige Politik zu vergessen und in stärkenden Bädern seine alte Gesundheit wiederzugewinnen suchen. Und in der Tat, die Sicherheit vor den Geschäften, das zeitweise vollständige Fehlen von Nachrichten, die ihn an die offizielle Welt erinnerten;[1] die anregende Gesellschaft der Orlows, die ihn zur Verlängerung seines Aufenthalts bestimmte,[2] und die dadurch vier Wochen lang mit glück-

1. Briefe vom 29. 7., 10. 8., 14. 8., 21. 8., 9. 9. an die Gattin; 24. 8. an Bernstorff.

2. 19. 8. an die Gattin.

lichstem Erfolge betriebene Kur,[3] die seine rheumatischen Schmerzen völlig beseitigte, vertrieben ganz und gar die grämliche, hypochondrische Stimmung aus der ersten Pariser Zeit. Er sei ganz lächerlich gesund geworden, fühle sich wie ein Fisch im Wasser, schreibt er wiederholt an seine Gattin; und an Bernstorff am 24. August:[4] er werde Mitte September als ein an Leib und Seele gestärkter Beamter wieder zu Sr. Majestät Diensten in Paris, Berlin oder sonst wo bereit sein. So urteilt er auch über seine schwebende Angelegenheit nun gleichmütiger als im Frühsommer, wo er in der allertrübsten Stimmung seinem Bruder[5] geschrieben hatte, er denke ans Ministerium „wie ans Sterben."

Jetzt hatte ihn in seinem Badeaufenthalt ein Brief von Bernstorff verfolgt; und Bismarck hatte allerdings, als er den Empfang des sonst nicht bekannten Schreibens, das inhaltlich nichts Neues brachte, seiner Schwester mitteilte,[6] hinzugefügt, dass er vor Ablauf seines Urlaubs nicht nach Berlin gehn werde, um sich dort im sonnigen Gasthof vor Anker legen zu lassen. Aber nach den sechs Wochen wollte er bereit sein, sich, wie verabredet, dorthin zu begeben, von wo er wenigstens Gelegenheit hatte, durch den langentbehrten Besuch in Reinfeld die immerhin wenig erträgliche Wartezeit angenehm zu verkürzen;[7] und er will annehmen, was der König über ihn verhängen würde, Paris, Berlin oder etwas anderes. Wie sich sein Geschick dann entscheidet,[8] ist ihm einerlei. Soll er ins Ministerium eintreten, so wäre er freilich wohl noch gern den Winter über in

---

3. 11. 8., 19. 8., 2. 9., 6. 9. an die Gattin; 12. 9. an Roon und Bernstorff.

4. B.-J. VI, S. 160.

5. 25. Mai, Bi-Br. S. 333.

6. 20. Aug., Bi-Br. S. 356. Es war der schon erwähnte Brief vom 5. August.

7. Vergl. 30. 8. an die Gattin.

8. 20. 8. an die Schwester.

Paris[9] geblieben, wenn er den Termin hätte bestimmen können; denn bei der Ungeschicklichkeit und Langweiligkeit der Abgeordneten,[10] die das Land und sich selbst, wie er nach seinem eigenen Eindruck urteilen zu können meinte, bald ermüden würden, hielt er es für „jammerschade, diese Schwätzer jemals aufzulösen“ und dadurch die Entscheidung hinauszuschieben. Gingen die Verhandlungen ununterbrochen fort, so hätte er dann im Frühjahr sehr wirksam eintreten können. Aber für Paris ist er ebenso bereit wie für Berlin;[11] und später, unter dem Eindruck des Roon'schen Briefes, tritt Paris auch wieder stärker hervor; denn ehrgeizige Absichten liegen ihm, wie gesagt, fern. Nur in einem Punkte haben ihn seine Erfahrungen seit langer Zeit ganz fest gemacht; kurz und bestimmt schreibt er eine Woche vor dem Aufbruch von Biarritz am 25. August an seine Frau: „Ueber den September hinaus leide ich die Ungewissheit nicht, lieber Schönhausen.“

Gegen Ende seines Urlaubs erwartete Bismarck einen ministeriellen Brief[12], der, ohne bestimmte Entscheidung zu bringen, ihn nach Berlin berufen sollte, um dort das Weitere zu hören. Als er nun am 11. September[13] in Toulouse eintraf, fand er am folgenden Tage nur Briefe seiner Gemahlin und Roons vom 31. August vor; von Bernstorff aber war nichts angekommen.[14] In der gewissen Erwartung, von seinem Chef einen Brief zu erhalten, hatte Bismarck sich schon überlegt, ob er am besten über Paris oder direkt über Genf und Frankfurt nach Hause führe.[15] Nun erhielt

---

9. 21. 8. an die Gattin.
10. 24. 8. an Bernstorff.
11. 20. 8. an die Schwester, 21. 8. (Gattin), 24. 8. (Bernstorff).
12. 30. 8. und 9. 9. an die Gattin.
13. 12. 9. (Gattin): „Gestern war ein Regentag, zur Eisenbahn geeignet, die uns von Montrejeau hierher führte“.
14. Irrtümlich nimmt Lenz (S. 141) das Gegenteil an.
15. 30. 8. an die Gattin.

er überhaupt keine Nachricht; er war ganz im Unklaren, ob er schon nach Berlin kommen sollte. Und noch viel Schlimmeres bekam er in dem Briefe Roons zu lesen, von dem er seit Ende Juni erst jetzt wieder[16] neue Mitteilungen empfing.

Das Schreiben war zwölf Tage alt; und aus ihm ergab sich, dass nicht nur keine Wendung für seine Sache eingetreten, sondern die Situation wohl noch ungünstiger geworden war. Bernstorff schien wieder bleiben zu wollen, da die Kammerverhandlungen sich so lange hingezogen hatten, und die Unentschlossenheit des Königs hatte sich nicht geändert. Sie war vielmehr so stark geworden, dass Roon für ein Ressort gar nicht eintreten konnte und in der Frage des Präsidiums ohne Portefeuille alles von persönlichen Mitteln erwartete. Roon will zwar das Seinige tun, um die Gewissheit bald zu erzielen; aber die Entscheidung scheint noch recht weit hinausgerückt, da Roon den Eintritt der Katastrophe selbst erst im Frühjahr vermutet. Und durfte denn Bismarck wirklich etwas von dem Eintritt der Wintersession für sich erhoffen? Er würde wohl nie in die Lage kommen, die altritterliche Pflicht, deren Erfüllung Roon von ihm erwartete, für den König ausüben zu können.

Lag so die ministerielle Frage im Dunklen, so erfuhr Bismarck auch nichts von einer Ordnung seiner persönlichen Verhältnisse. Er hörte nicht, dass etwa erst nach einem bestimmten Termin seine Angelegenheit so oder so entschieden werden solle. Die Lage war also genau so wie vor dem Urlaub, und es blieb auch Bismarck nicht einmal mehr die Hoffnung auf die Audienz vom 7. September. Denn jetzt war schon der 12., und ausser dem Briefe vom 31. August hatte er nichts in Toulouse vorgefunden. Vom 7. bis zum 12. aber hätte eine neue Nachricht schon lange eingetroffen

16. Auf Bismarcks Brief vom 15./16. Juli hatte Roon noch nicht geantwortet.

sein müssen, da Roon über Reinfeld sein Schreiben ja an die richtige Adresse befördern konnte. So hatte natürlich auch Bernstorff nichts mitzuteilen, und Bismarck schien wieder völlig in die Situation vom Juni versetzt. Sein Plan vom Juli hatte offenbar keine Berücksichtigung gefunden. In dieser ganzen Behandlungsweise lag eine Nichtbeachtung seiner Person, die ihn aufs stärkste verstimmen musste und auf seine Entschlüsse nur verschärfend wirken konnte. Aber seine Stellungnahme ging von der neuen Lage aus. Die Entscheidung schien wieder um Monate hinausgerückt, seine unerträglichen Verhältnisse, die Trennung von den Seinen auf unbestimmte Zeit verlängert. So können wir seinen Entschluss verstehen, den Vorsatz, über den September hinaus nicht mehr in Ungewissheit zu bleiben, nun auch auszuführen. Jetzt wollte er Gewissheit haben oder — den Abschied.

———

Im ersten Augenblick mag ihm in rascher Wiederaufnahme einer Nachricht über den König, die er bei Roon und in einem Briefe seiner Gemahlin gefunden hatte, der Gedanke gekommen sein, sogleich in direkter Fahrt nach Karlsruhe zu eilen, um mit einem Schlage in persönlicher Verhandlung mit dem Könige, der sich dort befand, seine Sache zum Austrag zu bringen. Bei näherem Zusehn musste freilich dieser Plan, so verlockend er schien, wieder aufgegeben werden, da er nicht mehr ausführbar war. Und auch nur in Berlin konnte seine Angelegenheit verhandelt werden. Nun fragte sich aber, ob Bismarck, ohne von Bernstorff berufen zu sein, nach Berlin reisen durfte, oder ob er nicht vielmehr zuerst nach Paris zurückzufahren hatte, wohin ihn die Geschäfte riefen.

Bismarck mag so weit in seiner Ueberlegung gekommen sein, als es ihn drängte, seiner Gemahlin die Gedanken, die ihm bei der Veränderung seiner Lage jetzt aufstiegen, auseinanderzusetzen und womöglich beim Schreiben mit dem Entschluss ins Reine zu kommen. Sein Stil ist verhalten

und wird warm, wo Bismarck auf die Reise und seine Lieben zu sprechen kommt.

Gleich im Eingang berührt er die beiden Momente, die er im ersten Augenblick miteinander kombiniert haben mag: die Berliner Nachrichten und die Reise des Königs; aber er streift beides nur kurz. Er ist recht elegisch gestimmt im Rückblick auf die genossenen Tage, deren Herrlichkeit jetzt zu Ende ist. Neben den Geschäften ruft ihn nun, wo man ihn anscheinend noch länger hinhalten will, mit um so stärkerer Reaktion die Sehnsucht nach seiner Familie. Aber seine Reisedispositionen lassen sich nicht nach seinen persönlichen Wünschen treffen. Er geht noch heut mit Orlows bis Montpellier; aber er weiss noch nicht bestimmt, ob dann nach Paris oder Berlin. Eigentlich müsste er nach Paris; denn sein Urlaub ist um; und er müsste auch wegen seiner Garderobe dorthin. Wie steht es aber mit Berlin? Die direkte Fahrt nach Preussen erörtert er garnicht, da er ja keine Ermächtigung dazu hatte; und auch von der Idee des Zusammentreffens mit dem König in Karlsruhe hören wir nur das negative Resultat. Bismarck sagt sich doch, dass er ihn nicht mehr erreichen würde, und dann wäre die Begegnung ohne die Minister auch zwecklos gewesen. So scheint ihm das Beste, noch einmal um Urlaub zu bitten und in Paris die Antwort und die Rückkehr des Königs nach Berlin abzuwarten. Aber er will sich das Ganze noch einmal auf einem Spaziergange überlegen. In einem kurzen Satze nur, aber um so stärker, bricht vor diesem Abschluss seine ganze leidenschaftliche Gereiztheit in den Worten aus: „Denn Gewissheit ist jetzt nötig, oder ich nehme Knall und Fall meinen Abschied.“ Sachlich waren sie freilich übertrieben, wie sich noch zeigen wird; aber nicht so auch seelisch: seine Geduld war vollständig erschöpft. Nun galt es zu handeln, und so ist das Nächste, dass Bismarck daran denkt, an Roon zu schreiben, damit dieser sich seiner mit noch grösseren Anstrengungen annahm; und dann war auch

Bernstorff um Urlaub zu ersuchen. Diese Absicht teilt er noch kurz nach ein paar privaten Bemerkungen seiner Frau mit und schliesst: „Wenn es s e i n kann, will ich in Paris bleiben.“ Nun konnte es ihm erst recht nicht ratsam erscheinen, ins Ministerium zu treten.

Nachdem Bismarck zum Entschluss[17] gekommen war, schreibt er noch in Toulouse an zweiter Stelle an Roon, von dem er allein seine Sache geführt weiss, der auch schon aus eigenem Interesse für ihn tätig ist. Sein Brief an den alten, vertrauten Freund ist reicher an sachlichen Einzelheiten und stärker im Ton als der an die Gemahlin. Unter gelegentlichem ironisch-humoristischem Einschlag, wie er ihn liebte, werden kräftige Farben aufgetragen, ohne doch zu übertreiben; denn schon in seinem ersten Briefe gab Bismarck seiner Stimmung unmittelbaren Ausdruck. Nur geht er hier mehr aus sich heraus, da er seinen Helfer vor sich hat. Und Stil und Einzelheiten sind stark vertraulich.

Der nun fertige Plan wird mit allen Motiven vor uns entwickelt. Bismarck leitet seine Auseinandersetzungen mit bitteren ironischen Bemerkungen über die Zerfahrenheit seiner privaten Verhältnisse ein und macht jetzt die bestimmte Angabe, dass er nach Paris zurückgehe; denn sein Urlaub sei um. Sein „Plan ist nun, Bernstorff vorzuschlagen, dass er nach Berlin komme, um das Weitere mündlich zu besprechen.“ Von dort kann er auch Reinfeld sehn; vor allem ist es ihm aber jetzt um Klarheit zu tun. Er würde Paris zwar vorziehn, aber er habe sich auch nie geweigert, ohne Portefeuille einzutreten, wenn der König es wünsche, nur kann er selbst dies allerdings nicht für erspriesslich halten. Damit war Roon auch über diesen vielleicht noch zweifelhaften Punkt aufgeklärt; er konnte ohne jede Beschränkung handeln und wird auch einige Zeilen darauf noch direkt

17. Ulmann (S. 66) nennt mit Unrecht Avignon als den Ort, wo Bismarck zum Entschlusse kam.

zu einem Freundschaftsdienst aufgefordert. Das Wichtigste ist aber nun, dass Bismarck, um den König zu einer Entscheidung in der oder jener Richtung zu zwingen, jetzt den 1. Oktober als Termin setzt. Ist bis dahin nichts geschehen, so will er dann mit seiner Familie nach Paris übersiedeln, da er ja faktisch Gesandter ist, und ist dann nicht mehr zu sofortigem Wechsel bereit oder er nimmt — seinen Abschied. Damit war Roon instruiert.

Wir vernehmen nun noch ein neues sehr einleuchtendes Motiv für die Absicht, den König nicht aufzusuchen; Bismarck will durch solche ungerufenen Erscheinungen, die immer unwillkommen seien, den Monarchen nicht misstrauisch machen, und wir glauben seiner Versicherung, die auch sonst durch den Brief bestätigt wird, dass ihm ehrgeizig drängende Absichten, weiss Gott, fernlägen. Roon bekommt zu hören, dass Bismarck sich nichts lieber wünsche, als in Paris zu bleiben: er sei so zufrieden, Se. Majestät Gesandter in Paris zu sein, dass er nichts erbitten möchte, als die Gewissheit, es wenigstens bis 1875 zu bleiben. Freilich mussten solche Bemerkungen Roon, der in dieser Beziehung noch in seinem letzten Briefe Befürchtungen gehegt hatte, nur noch mehr anspornen, beim Könige die Ernennung zum Minister zu betreiben. Aber wir wissen schon, dass Bismarck bei der Unentschlossenheit des Königs die Entscheidung für Paris in der Tat jetzt sehr lieb gewesen wäre, und finden diese Ansicht in dem dritten Brief, an Bernstorff, nur bestätigt.

An seinen Chef schrieb Bismarck nicht mehr in Toulouse. Noch am 12. fuhr er nach Montpellier und mag dort nachmittags oder abends angekommen sein.[18] Hier setzte er noch am selben Tage das Urlaubsgesuch an Bernstorff auf.[19]

---

18. Die Strecke hat nur eine Länge von 247 km, die er nach damaliger Fahrzeit in sechs bis sieben Stunden zurückgelegt haben wird.

19. Der Brief (B-J. VI, 162 63) ist datiert: Montpellier, 12. Sept., Hotel Nevet. Das Datum ist auch aus der Bemerkung gesichert, dass der Urlaub nun schon 6 Tage um ist.

Auch in diesem offiziellen Schriftstück, das er zuletzt abfasste, weiss Bismarck die richtigen Töne zu finden. Er beginnt offiziell mit einer Entschuldigung wegen seiner Ueberschreitung des Urlaubs um sechs Tage und teilt mit, dass er morgen in Paris eintreffen werde, um auch auf diese Weise seine nächste Adresse anzugeben. Nachdem er dann seinen Wunsch, nach Hause zu fahren, schon angedeutet, wird der Urlaubsplan selbst, im wesentlichen unter Wiederholung des bereits früher Gesagten, noch einmal entwickelt: aber neue Nuancen dienen dazu, um auch hier den beabsichtigten Eindruck hervorzurufen. In der Erörterung seiner unglücklichen Lage, die er ebenfalls bringt, stellt er das familiäre Motiv voran; damit in geschickter Weise auf Bernstorffs eigne „deutschhausväterlichen Gefühle" anspielend, der ein zärtlicher Gatte und Familienvater war. Damit dieser sein Drängen nicht missverstehe, betont Bismarck seinen Wunsch, in Paris dauernd bleiben zu können, und nennt ihm dann den Termin des 1. Oktober. Natürlich kann es nicht in seiner Absicht liegen, durch Schroffheit zu verletzen. Er muss überhaupt in diesem offiziellen Schreiben im Ton leiser sein, wie auch seine Verstimmung nicht in so unmittelbaren Worten wie in den ersten Briefen zum Ausdruck kommt; und so deutet er die letzte Konsequenz seines Planes nur an: ein neuer Umzug nach dem ersten Oktober wäre eine Härte, in die er „sich nicht leicht zu finden wüsste." Sein Grundverlangen, dem es um Gewissheit über den Wohnsitz zu tun ist, tritt auch in diesem Briefe unzweideutig hervor. Auf die mannigfachen Möglichkeiten, die sein Kammerplan biete, den Zeitpunkt seiner Ernennung beliebig zu verschieben, weist er selbst nur hin, um eben jenen Wunsch zu befördern. Denn dass er nicht etwa doch jetzt nach dem Ministerium verlangt, geht in voller Klarheit aus dem Anfang hervor: „Ich wüsste nicht, welchen Posten ich mir von der Gnade des Königs lieber erbitten möchte als den des Gesandten oder gar Botschafters

Sr. Majestät in Paris, sobald ich meine Ernennung als eine definitive betrachten könnte, und meine Lebenseinrichtung danach treffen.“ Zum Schluss teilt er Bernstorff, um einen gewissen Druck auszuüben, noch mit, dass er schon seine Sachen nach Havre beordert habe und die Bestellung nur noch bis zum 1. Oktober abändern könne. Und darauf erbittet er den Urlaub, nach Pommern, und ersucht um telegraphische Antwort, wenn der König ihn bewillige. Auf der Durchreise, in Berlin, werde er ad audiendum verbum regis bereit sein.

———————

Mit diesen Briefen an Roon und Bernstorff ging Bismarck zum zweiten Male, aber diesmal endgültig, vor, um seine Verhältnisse überhaupt zu regeln. Der Erfolg sollte der sein, dass er mit diesem Schritt indirekt nur die eine, von ihm gar nicht gewünschte, Seite seiner Aussichten befördern half: den Eintritt ins Ministerium. Bismarck musste natürlich wissen, dass Roon sein Möglichstes in dieser Richtung versuchen würde; aber seine Absicht war das nicht. Und nach den neusten Nachrichten des Freundes konnte er sogar annehmen, dass die Entscheidung eher für Paris als für Berlin ausfallen würde. War das Letztere das Resultat der Bemühungen Roons, nun dann war seine Stellungnahme schon von jeher entschieden: er hätte sich nicht geweigert, dem Rufe des Königs zu folgen.

Der Erfolg seiner Massregel blieb ihm zunächst noch verhüllt, zumal er noch einige Tage auf seiner Rückreise nach Paris zubrachte. Am 12. schrieb er allerdings an Bernstorff, er werde morgen hier eintreffen. Auch in dem Briefe an Roon äusserte er sich so, dass man die Absicht einer Reiseunterbrechung aus seinen Worten nicht herauslesen kann.[20] Aber es ist bekannt, dass er erst am 16. dort wieder

———————

20. „Ich gehe jetzt nach Paris zurück . . .“ und zum Schluss: „Ich reise eben nach Montpellier ab, von dort über Lyon nach Paris. Bitte, schreiben Sie mir dorthin“.

anlangte und so reichlich 2 Tage unterwegs blieb. Er hatte also seinen ursprünglichen Plan geändert;[21] vielleicht in der Ueberlegung, dass Roon und Bernstorff, die er gebeten hatte, ihm schriftlich, beziehungsweise telegraphisch, zu antworten, doch erst frühestens am 15. von sich hätten hören lassen können. Seine Briefe gelangten nicht eher[22] in ihre Hände, und dann mussten sie erst noch den König aufsuchen. Er durfte also sogar annehmen, dass noch mehrere Tage

---

21. Am 13. hätte Bismarck noch sehr gut nach Paris kommen können In Avignon hatte er Anschluss an die grosse Linie (Marseille-)Avignon-Lyon-Dijon-Paris; von Montpellier bis Avignon sind es 99, von Avignon bis Paris 742 km. In reichlich 20 Stunden wäre er in Paris gewesen.

22. Wir müssen annehmen, dass der Brief an Roon in Toulouse vielleicht schon am Vormittag, der an Bernstorff von Montpellier aber am späten Nachmittag oder abends abgegangen ist. Denn Bismarck wird in Toulouse mindestens noch den Vormittag des 12. geblieben sein; er schreibt an seine Frau: „Ich gehe einstweilen heut noch mit Orlows bis Montpellier", und die Fahrt bis Montpellier (247 km) dauerte mindestens 6 bis 7 Stunden. Von Montpellier bis Avignon sind nur 99 km, von Avignon bis Lyon 230, von Lyon über Genf—Basel—Frankfurt nach Berlin 1457,4 km (die Linie über Genf ist die, welche Bismarck in seinen Briefen immer die direkte nennt; die zweite heutige Linie über Belfort—Strassburg ist 179,4 km kürzer). In Avignon und Lyon sind durch Zugwechsel Aufenthalte anzunehmen. Heute würde für die einzelnen Strecken zusammen im Durchschnitt eine Fahrzeit von 35 Stunden (mit Schnellzug) ohne die Aufenthalte herauskommen. Die damalige Fahrzeit ist danach abzuschätzen, dass der schnellste Zug zwischen Paris und Berlin die 1075,3 km lange Strecke über Köln in 25 Stunden, in einer Stunde also 43 km fuhr (s. die amtlichen Eisenbahn-Verbindungen von 1862). Nach diesem schnellsten Modus kommen für die ganz ähnliche Weltstrecke Lyon—Berlin 34 Stunden, für Lyon—Avignon etwa 5, für Avignon—Montpellier etwa 2, zusammen 41 Stunden heraus. Das ist aber entschieden noch zu wenig; auf den kleinen Strecken wird man langsamer gefahren sein, die Aufenthalte sind nicht mitgerechnet und die Anschlüsse dabei als gut angenommen. Rechnet man schliesslich mit der Bestellung in Berlin im ganzen noch einige Stunden hinzu, so kann Bernstorff den Brief Bismarcks erst am 15. früh erhalten haben. Aehnlich steht es mit dem an Roon, der höchstens eine Kleinigkeit früher angekommen sein kann, wenn er in Toulouse zeitig befördert wurde.

vergingen, bis er eine Nachricht bekam. Aus diesem Grunde mag er sich mit der Rückreise Zeit genommen und zunächst noch in Montpellier, wo er im Hotel Nevet abgestiegen war, übernachtet haben. Am 14. können wir ihn dann in Avignon feststellen, da wir aus diesem Ort von diesem Tage ein kleines Briefchen von ihm besitzen, das er seiner Gattin sandte. Es ist für die folgende Erörterung auch noch recht wichtig und mag daher hier im vollen Wortlaut mitgeteilt werden: „Mein Herz. Nur ein Lebenszeichen schicke ich in Eile zwischen Merkwürdigkeiten und Eisenbahn aus der alten Stadt der Päpste; heut Abend schlafe ich, so Gott will, in Lyon, übermorgen früh schreibe ich dir aus Paris mit besserer Tinte. Oliven, Maulbeeren, Feigen, rote Trauben rundum. Dein treuster v. B.“ Hier ist der Reiseplan noch über ein bis zwei Tage ausgedehnt. Da wir gar keine Bemerkung über die eingetretene Verzögerung finden, so hatte Bismarck seit dem 12. vielleicht schon wieder einmal an seine Frau geschrieben, um ihr Reiseziel und -zeit genau anzugeben. Er würde dann wohl eine Erklärung gegeben haben, wie sie oben versucht worden ist. In Avignon kann Bismarck höchstens anderthalb Tage geblieben sein. Vielleicht war er schon am 13. früh angekommen; aber jedenfalls weilte er am 14. bis gegen Mittag an diesem Ort.[23] Denn da er anscheinend kurz vor der Abfahrt des Zuges nach Lyon den Brief an seine Frau schrieb, in dem er sein Vorhaben mitteilte, abends hier zu schlafen, so wird er sicherlich noch am 14. die Reise fortgesetzt haben, die ihn in ungefähr fünf Stunden in diese Stadt führte. Vom 14. zum 15. hat Bismarck dann wohl in Lyon übernachtet, und am 16. langte er endlich in Paris an, um damit das vorläufige Ziel seiner Reise erreicht zu haben.

---

23. Von Avignon bis Lyon sind 230 km; von Montpellier bis Avignon (99 km) dauerte die Bahnfahrt etwa zwei Stunden.

Kapitel 2.

Die Krisis auf ihrem Höhepunkt.

Unterdessen hatte auch die Krisis eine entscheidende Wendung genommen, nachdem die Plenarverhandlungen[1] am 11. so völlig verneinend eingesetzt hatten, wie bei dem Stande der Dinge nicht anders zu erwarten gewesen war.

Zwar kamen die gemässigten Elemente gleich in der ersten Sitzung mehr zu Worte als in der Kommission, wo sie nur verschwindend gering an Zahl vertreten waren, aber an der Haltung der liberalen Mehrheit trat freilich gleich klar hervor, dass sie an der prinzipiellen Erörterung der Militärfrage nicht vorübergehen wollte. Die liberalen Redner wandten alle rechtlichen, finanziellen, wirtschaftlichen, politischen Gründe, die für sie sprechen konnten, auf, um ihren Standpunkt zu verteidigen. Die Gemässigten und Konservativen sprachen mehr von dem militärischen Nutzen, der patriotischen Pflicht und suchten Gegengründe aufzubringen. Jede Partei trat für den vorher eingenommenen Standpunkt ein, ohne davon abzugehen. Es war ein mehr äusserliches Gefecht, das einmal ausgetragen werden musste, bei dem aber die besonderen Absichten und Wünsche, Hoffnungen und Befürchtungen nicht zum Ausdruck kamen, da die einzelnen Parteien ihre offiziellen Redner vorschickten. Ohne ein Nachgeben von einer Seite wären die Debatten ein Redekampf geblieben, dessen Ausgang vorher entschieden war. Die praktische Politik wurde aber eben nebenher gemacht; es war selbstverständlich, dass die besorgten, gemässigten Elemente nicht ruhig blieben. Und in dem Augenblick, wo diese Bestrebungen in die Verhandlungen plötzlich eingriffen, gewinnen diese auch grösseres Interesse.

An dem ersten Tage war das Wetterzeichen auf Sturm gestellt. Ein Berichterstatter der unabhängigen Augsburger Allgemeinen Zeitung spricht sich sehr tadelnd über die tu-

1. Vergl. zum Folgenden die Stenogr. Berichte und die Pressartikel.

multuarischen Szenen aus,[2] die der offizielle stenographische Bericht nicht erwähne, und die von den liberalen Zeitungen unterdrückt würden. Er sucht sie durch die Verhältnisse zu erklären. Aber die Taktlosigkeit der Abgeordneten, die unbequeme Aeusserungen der Minister mit Hohnlachen und Manifestationen begleitet hätten, sodass der Präsident sich häufig habe ins Mittel legen müssen, um dem Kriegsminister das Reden zu ermöglichen, sei nicht zu rechtfertigen. Die Erklärung des Ministeriums, dessen Mitglieder sämtlich anwesend waren, hatte alle Extreme vermieden; sie war in versöhnlichem Geiste abgefasst, führte die Zugeständnisse der Regierung auf, betonte die Notwendigkeit der nachträglichen Bewilligung und ihr Einverständnis mit dem Extraordinarium, appellierte bei dem Ernst der Lage an den Patriotismus; aber positive Zugeständnisse hatte sie nicht gebracht. Der versönliche Ton war deshalb umsonst angestimmt; zumal es sich auch um eine blosse Ministerialerklärung handelte. Die Nationalzeitung[3] hatte nicht Unrecht, in ihr nur eine Paraphrase früherer Artikel der Sternzeitung zu sehn; der Kreuzzeitung[4] aber war auch das wenige Gebotene schon zu viel. Das Zugeständnis des Extraordinariums findet sie bedenklich und hält durchaus nicht für unbedingt nötig, dass jedes Jahr ein Etatsgesetz zustande komme. Dagegen spreche schon der Artikel 109 der Verfassung von der Forterhebung der Steuern! Stark befriedigt war sie nur von der Haltung des Kriegsministers, und in der Tat hatte Roon mit Feuer und Schärfe gestritten. Ihm fiel die Hauptlast des Kampfes zu. Er liebte es zwar, seine parlamentarische Ungewandtheit zu betonen; aber das lobende Urteil der Bismarck, Kleist, Hermann Wagener über sein Rednertalent sagt nicht zu viel. Mit prinzipiellen Erörterungen konnte er seine Gegner doch nicht mehr über-

2. AAZ. 257 Sg. 14. Sept., Berl., 12. Sept.
3. NZ. 424 Fr. 12 mg.
4. NPZ. 214 Sd. 13.

zeugen, so erklärte er gleich im Anfang die Zweckmässigkeit und finanzielle Möglichkeit der Militärfrage, die doch heftig umstritten wurden, für erledigt und bemühte sich für seine praktische Aufgabe, das Budget für 62 noch durchzudrücken, indem er die vorliegende Angelegenheit nur als Budgetfrage gelten lassen wollte, die das Haus mit patriotischem Geist erledigen solle. Und andererseits wies er mit Schärfe und Sarkasmus die Gründe der Gegner ab, indem er Einzelnes herausgriff, um es in seinem Sinn zu verwerten. Das „fortiter in re" kam allerdings dabei, namentlich in den ersten Tagen, zum Ausdruck, aber nicht das „suaviter in modo"; mitunter entfielen ihm unparlamentarische Wendungen, die dann natürlich seine Gegner nicht unerwidert liessen. Auch sachlich war nichts von Verschüchterung zu spüren. Schon jetzt mussten Roon und seine Kollegen gemerkt haben, dass ihre Bemühungen auf dem eingeschlagenen Wege aussichtslos waren.

Der zweite Verhandlungstag zeigte äusserlich ein ruhigeres Bild, und in seinem Verlaufe erhoben sich die Gemässigten zu ihren höchsten Anstrengungen, die auf Seite der Regierung eine eigentümliche Aufnahme fanden. In einer Nachschrift zu seiner Philippika über den 11. sagt der Korrespondent der Allgemeinen Zeitung, die heutige Debatte sei unzweifelhaft von einem besseren Geist belebt gewesen, die Diskussion habe sich in den Grenzen der Mässigung gehalten. Der Kriegsminister, der ruhig[5] und mit hinreissender Beredsamkeit gesprochen habe, sei von der Linken ruhig angehört worden. Neben den Ministern suchten die Altliberalen auf die Majorität einzuwirken; aber ihre Reden, die sich bald nach links und bald nach rechts wandten, waren auch für die Regierung bestimmt. Vor allem mahnten Patow, der frühere Minister, und Georg Vincke dringend zur Ver-

5. Die National-Zeitung (426 Sd. 13 mg. Berl., 12.) drückt das so aus, Roon habe sich um ein parlamentarisches Verhalten bemüht, ohne durchweg Verdächtigungen einzustreuen.

söhnung, und es war nun bedeutsam, dass sich die Minister an einzelne Momente ihrer Ausführungen anschlossen. Patow, der der Regierung sehr nahe kam, plädierte auch für sich selbst, wenn er die Gesetzmässigkeit der Reorganisation nachzuweisen suchte. Wenn auch manches verstimmt haben könne, so sei doch jetzt höchstens Indemnität nötig, und diese erfolge durch Bewilligung des Budgets. Mit dem Vorschlag dieses doch sehr sophistischen Auswegs, der über die rechtliche Begründung der Indemnitätsforderung hinwegsah, kam Patow der Regierung überaus nahe, und Heydt ging auch sofort auf ihn ein. Denn seine Annahme hätte die förmliche Bitte unnötig gemacht. In Vinckes Rede fand Roon einen Anlass zur Erwiderung. Vincke kam auf die Dienstzeit zu sprechen. Roon habe die dreijährige als unbedingt notwendig hingestellt. Aber Vincke konstatiert mit Vergnügen, dass Roon bei überwiegenden Schwierigkeiten auch schon Aenderungen seiner Ueberzeugung bei sich habe eintreten lassen. Man sei von der achtjährigen auf die siebenjährige Dienstzeit herabgegangen, bei der Kavallerie von vier Jahren auf drei, und solle daher auch jetzt einer entschiedenen Forderung des Landes nachgeben. Roon ging an dieser Erinnerung nicht vorüber, aber er wich aus. Wegen der prinzipiellen Seite hielt er eine Erörterung der Frage jetzt für untunlich; jedoch erklärte er sich davon durchdrungen, dass die Regierung ein wichtiges Interesse habe, recht bald zu einer definitiven Regelung dieser Angelegenheit zu gelangen. Diese Worte fielen sofort auf: war also die Frage für den Kriegsminister noch nicht erledigt? Ein Berichterstatter der Allgemeinen Zeitung konstatiert,[6] dass Roon bereits sehr ausweichend über die zweijährige Dienstzeit spreche. Und auch die Nationalzeitung[7] bemerkte, dass Roon, zu einer Aeusserung über zweijährige Dienstzeit veranlasst, zwar ausgewichen sei; es habe aber geschienen, dass er

6. AAZ. 259 Di. 16. Sept. Berl., 13.
7. NZ. 426 Sd. 13 mg. Deutschl. Berl., 12.

sich nicht gegen sie erklären wollte. Als nun die Sternzeitung[8] am 14. sogar einen ausführlichen, anerkennenden Leitartikel über die Reden Patows und Vinckes brachte, unterliess man nicht, an diese Tatsachen vielseitige Kombinationen zu knüpfen.

Der Majorität konnten jedoch Ansichten, wie sie Vincke bisher geäussert hatte, nicht genügen. In der zweitägigen Ruhepause, die nun eintrat, weil am 13. die Taufe des Prinzen Heinrich stattfand, zu der das Abgeordnetenhaus eine Deputation entsandte, und der 14. ein Sonntag war, blieb der Eindruck, dass eine günstige Wendung doch nur noch durch namhafte Konzessionen der Regierung zu erwarten sei. Die sachlich in keiner Weise entgegenkommende Erklärung des Ministeriums vom 11. hatte natürlich die Neigung zum Nachgeben nicht verstärken können. Und so durfte Stavenhagen am 14.,[9] übereinstimmend mit den Pressäusserungen,[10] an Samwer schreiben: „Tut das Ministerium keine entschieden entgegenkommenden Schritte, so fällt die Abstimmung sicher nach den Anträgen der Kommission aus. Ob wir dann aufgelöst oder vertagt werden, weiss ich nicht.“ Eine andere Vorstellung durften auch die Minister nicht aus der Lage gewinnen, die vor dem Wiederbeginn der Generaldebatten des öfteren Beratungen abhielten.

Am 15. betonte zwar Heydt zu Beginn der Verhandlung noch einmal besonders scharf, dass es ganz abgesehn von den verschiedenen Ansichten über die Militärreorganisation faktisch ganz unmöglich sei, vom Etat für 1862 noch irgend etwas abzusetzen. Ein Beschluss nach dem Antrage der Budgetkommission sei unvereinbar mit der Pflicht des

---

8. APZ. 428 Sg. 14 mg. Nach einer Meldung der Nationalzeitung verbreitete die Sternzeitung die Reden in besonderen Abdrücken im Lande.

9. Manuskr.

10. AAZ. 257 Sg. 14. Sept. Berl. 12.; 259 Di. 16. Berl., 13.

Hauses. Auch Bernstorff beschwor die Abgeordneten ihre Pflicht zu tun, und ebenso eindringlich sprach Roon. Aber wir können heute aus seiner Rede erkennen, dass schon ein Umschwung im Gange war. Nachdem Roon betont hatte, dass die Regierung das verheissene Gesetz über die Dienstpflicht auch einbringen werde, und dass die Landwehr nicht geschädigt sei, kam er wieder auf die zweijährige Dienstzeit zu sprechen und liess sich im Gegensatz zu seiner Haltung vom 12. diesmal näher auf sie ein. Er stellte bedeutsam fest, dass die Reorganisation in ihrem Grundgedanken mit einer bestimmten Dienstzeit nichts zu schaffen habe, und wies darauf hin, dass im Etat für 62 auch schon eine faktische Verkürzung (durch frühere Entlassung der Reserven) vorgesehen sei. Und nun[11] wandte er sich abweichend von seiner bisherigen Taktik sogar zu dem Budget für 63, das noch gar nicht zur Verhandlung stand, erwähnte, dass das Stavenhagensche Amendement bereits einen bestimmten Kürzungsplan für diesen Etat bringe, und wiederholte, dass er über die Zulässigkeit der zweijährigen Dienstzeit, namentlich über die Zulässigkeit „einer anderweit gesetzlichen Regelung“ (d. h. einer gesetzlichen Verkürzung der Dienstzeit) nicht diskutieren wolle. Aber er ging nun auf die Möglichkeit der faktischen Verkürzung ein und erklärte zwar, dass die Regierung, selbst wenn sie wollte, kaum in der Lage sei, das schon für 1863 durchzuführen, aber er gab hinterher sofort die Gründe dafür an, die wesentlich technischer Natur seien. Einmal würde aus Geldmangel die Ausbildung der Rekruten leiden, und dann müsste bei Verringerung des einzelnen Bataillons um $^1/_3$ seines Bestandes die Zahl der Bataillone um $^1/_3$ vermehrt werden. Das wäre möglich, aber nicht schon im nächsten Frühjahr. Und warum kam eigentlich Roon auf diese Gründe zu sprechen? Er schliesst mit den Worten: „Ich habe dies

11. Stenogr. Berichte S. 1686.

nur hineinwerfen wollen in die Diskussion, eigentlich mehr für die Herren Amendementssteller zu dem Budget pro 1863 als im allgemeinen . . .“ Er wollte also die Minorität und dem ganzen Hause seine Stellungnahme zu dem Stavenhagenschen Amendement bezeichnen. Er sprach die technischen Bedenken aus, um anzudeuten, weshalb er noch nicht auf das Amendement eingehen könne, und tat dies in der Absicht, das Haus darauf aufmerksam zu machen, unter welchen Umständen es ihm also möglich sein würde, über die Verkürzung des Etats für 63 in Verhandlungen zu treten. Das Wort „Kompensationen“ war noch nicht ausgesprochen; aber wir wissen von ihm selbst, dass er seine Rede in der Absicht, diese Bedingung für sein Nachgeben bekannt zu machen, gehalten hat. Denn am 17. äusserte er, er habe schon am 15. erklärt, dass, wenn die Regierung auf eine weitere Verkürzung der Dienstzeit eingehen wollte, sie es kaum in der Weise tun könnte, wie das Amendement Stavenhagen es wolle. Das Amendement Stavenhagen sah keine Kompensationen vor, und deshalb hielt Roon seine Rede. Das Wesentliche in ihr war, dass Roon die Möglichkeit der Verkürzung der Dienstzeit überhaupt nicht mehr in Abrede stellte, während noch am 22. August die Sternzeitung sie kategorisch verneint hatte. Aber damals wusste man noch nicht, wie seine Worte gemeint waren. Die Nationalzeitung[12] hörte aus den vielen Einschränkungen, die er machte, jetzt nur noch heraus, dass Roon auf die zweijährige Dienstzeit nicht eingehen wolle. Die sehr energische Sprache des Ministers machte auf sie[13] den Eindruck, dass jede Brücke für eine Transaktion von Roon in der schroffsten Weise abgebrochen worden sei.

Allem Anscheine nahte die Entscheidung mit ganz negativem Resultat. Am 16. erklärte Heydt, nachdem Twesten

---

12. Am 16. morgens.
13. Am 15. abends.

noch vermittelnd gesprochen hatte, er wünsche dringend, dass das Haus nicht Anlass gebe, durch ein rein ablehnendes Votum Dinge herbeizuführen, die er tief beklagen würde. Das war die Drohung mit dem Konflikt, die allgemeine Sensation erregte. Nachdem dann noch einige Redner, auch Roon, das Wort ergriffen hatten, wurde ein Antrag gestellt und angenommen, die Generaldiskussion zu schliessen. Denn offenbar war Heydts Erklärung die definitive Kundgebung der Regierung. Und nun kam der erste Kommissionsantrag: 20854 Rtlr. 7 Sgr. 6 Pf. in den Etat der Kriegsbereitschaft zu verweisen und dort abzusetzen, zur namentlichen Abstimmung. Er wurde mit 273 gegen 68 Stimmen angenommen. Unter den wenigen, die dagegen gestimmt hatten, befanden sich beide Vincke, Sybel, Stavenhagen, Schwerin, Saucken, Patow, Twesten, Grabow etc. Damit wandte sich die Krisis zum Konflikt. Das Haus hatte die erste Probe abgelegt, dass es wirklich entschlossen war, unter den gegebenen Umständen die Reorganisationskosten zu streichen, und aus der überwältigenden Mehrheit für den Kommissionsantrag durfte man mit Sicherheit auf den negativen Ausgang der Abstimmungen schliessen. Nun war die Regierung vor ein entweder — oder gestellt; da leitete die Besorgnis vor dem Konflikt die „Episode“ ein.

———

Der Versöhnungsversuch ist das Werk einiger Patrioten, denen es für einen Augenblick gelang, die Regierung für ein Entgegenkommen geneigt zu machen. Durch Abgeordnete der Minorität war auch der Versuch unternommen worden, die Majorität umzustimmen; und man kann mit Twesten[14] sagen, wäre er gelungen, dann wäre die Regierung allerdings beinahe physisch gezwungen worden, nachzugeben. Aber die Majorität wollte doch erst das Entgegenkommen der Regierung abwarten, und so kam diese

———

14. Preuss. Jahrbücher, 28. Sept., S. 308.

Vereinigung nicht zustande, die beinahe das ganze Abgeordnetenhaus zu einem Antrag zusammengeführt hätte. Besseren Erfolg hatte die Minorität bei der Regierung, welche einige Wochen später selbst diesen Vorgang bestätigte. Aber die Darstellung in der offiziösen Sternzeitung[15] ist nicht einwandfrei, wenn hier die Regierung ganz zurücktritt, und die Episode allein auf Rechnung der Abgeordneten der Minorität gesetzt wird, welche die Stimmung der Majorität überschätzt hätten. Das Scheitern der Episode hatte einen ganz anderen Grund, und andererseits dürfen wir auch das Verlangen einiger Minister, jetzt das Aeusserste zu vermeiden, stark genug anschlagen.[16]

Die Initiative freilich ging von der andern Seite aus, die nicht aufgehört hatte, Versuche in dieser Richtung zu machen. Die Verhandlungen scheinen nur mit wenigen und ganz im Stillen geführt worden zu sein. Die Kammer war am 17. tatsächlich über die neuen Eröffnungen überrascht, und wir wissen auch von einigen hervorragenden Abgeordneten der Minorität, dass sie nicht unterrichtet gewesen

---

15. Schon am 21. September machte die Sternzeitung die Mitteilung, in Landtagskreisen sei die Ansicht ausgesprochen worden, dass eine grosse Anzahl Abgeordneter der Majorität einen Schritt der Regierung zur Erledigung des Budgets für 1862 auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse mit Freuden begrüssen würde. Viele beachtungswürdige Mitglieder der Minorität hatten geglaubt, dass es nur von der Regierung abhänge, eine Versöhnung zu erreichen. Und im Oktober führte sie in ihrer Darstellung der Landtagssession von 1862 noch eingehender aus („Innere Politik" S. 113): „Eine Anzahl von Abgeordneten der Minorität, namentlich von der altliberalen Partei, setzten allen ihren Einfluss daran, den Eintritt solcher (verfassungswidrigen) Eventualitäten zu verhindern, und gaben sich der Hoffnung hin, dass ein neuer Beweis des Entgegenkommens der Regierung in diesem Stadium einen Teil der bisherigeu Majorität zum Aufgeben der bisherigen schroffen Stellung bestimmen würde. Hieraus entstand die vielbesprochene „Episode" vom 17. September".

16. Vergl. Bernstorff, Entlassungsgesuch vom 19. und Promemoria vom gleichen Tage (Bernstorff S. 537 u. 540).

waren. Denn sonst hätte der General Stavenhagen wohl nicht am 17. zu Beginn der Sitzung sein Amendement zurückgezogen, und auch Vincke, der es wieder aufnahm, wusste doch nichts von dem Vorhaben Roons. Dafür spricht allein schon seine Rede vom 19.; aber ausserdem dementieren noch die preussischen Jahrbücher am 28. September jede Beteiligung an dem „Spiel hinter der Szene". Vinckes Verhandlungen mit Heydt, von denen er am 19. spricht, hatten schon früher stattgefunden. Wir haben nun aber auch positive Mitteilungen über die Versöhnungsversuche. Nach Philippson[17] verhandelte das Ministerium durch Simsons[18] Vermittlung mit Forckenbeck über zwei- oder zweieinhalbjährige Dienstzeit. Das Hauptverdienst fällt aber sicherlich Max Duncker, dem Rate des Kronprinzen, zu, der allen seinen Einfluss daran setzte, den Konflikt zu verhüten, und Heydt und Holzbrinck, nachher Roon vollständig für seinen Armeeplan gewonnen hatte.[19]

Wir erfahren an verschiedenen Stellen, dass Heydt und Roon sich zum Entgegenkommen vereinigt hatten.[20] Bernstorff, der später ein entschiedener Vertreter der Minorität war,[21] kann nur ihrer Ansicht gewesen sein. Bei ihm und bei Heydt ist auf Grund des früher Gesagten die Nachgiebigkeit jetzt, wo tatsächlich in wenigen Tagen der Konflikt eintreten musste, ohne weiteres zu verstehn. Roons Haltung aber war vor dem Beginn der Plenarverhandlungen

---

17. Phil., Forckenbeck S. 90.

18. Im Nachlass Simsons haben sich irgendwelche Dokumente seiner Tätigkeit in diesem Augenblick nicht gefunden, wie mir Herr Geh. Justizrat A. v. Simson in Berlin auf eine diesbezügliche Anfrage freundlichst mitteilte.

19. Brief Dunckers an Samwer vom 26. September: Philippson, Das Leben Kaiser Friedrichs III. Beilage 3.

20. Bernhardi IV, 333; V, 18/19. Duncker an den Kronprinzen, 22. Sept. (Mitteilung Heydts): Ulmann, Hist. Vierteljahrsschr. V, S. 68.

21. Vergl. Bernstorffs Entlassungsgesuch vom 19. und sein Promemoria vom gleichen Tage: Bernstorff S. 537 und 540.

so zu definieren, dass er zwar auf Vorschläge ohne grössere Konzessionen eingegangen, im andern Falle jedoch wohl zum Konflikt entschlossen gewesen wäre. Damals glaubte er allerdings die Katastrophe noch nicht in unmittelbarer Nähe, und wir kennen bereits das Motiv, das im innersten Grund sein Handeln bestimmt, sodass man annehmen müsste, es hätte ihn nun, wo der entscheidende Augenblick plötzlich so nahe war, in seinen Entschlüssen geleitet. Und in der Tat, wenn die Rücksicht auf Preussens Macht und Ansehn sein oberster Beweggrund ist, dann dürfte kein Zweifel darüber bestehn, wie seine Stellungnahme in diesen Tagen zu verstehn ist; es würde sich auch zeigen, dass der „Umfall" vom 17. nicht gegen jenes Erklärungsmotiv spricht. Aber nun wurden schon früh Bedenken über Roons Handlungsweise ausgesprochen; sie liessen sich jetzt aus andern Gründen sogar noch vermehren. Und so müssen diese daher erst beseitigt werden, wenn wir die Haltung des Kriegsministers einwandfrei beurteilen wollen.

Die Erklärung Roons am 19., nach der Episode, er sei am 17. über den Antrag Bockum-Dolffs, das Haus zu vertagen, überrascht gewesen, wurde noch in derselben Sitzung von Vincke und von Bockum-Dolffs selbst mit überzeugenden Gründen zurückgewiesen. Roon hätte dann, wie Vincke[22] auseinandersetzte, entweder überhaupt an einer entgegenkommenden Tendenz des Hauses gezweifelt, oder er hätte seine eigenen Worte zu gering angeschlagen, oder eine andere Auslegung hineingelegt, als jeder wohlwollende Beurteiler darin finden musste. Beides ist aber unmöglich. Roon kam mit Konzessionen, nachdem sich die Regierung bisher gänzlich ablehnend verhalten hatte. Er bewilligte schon den Abstrich von 223000 Talern (vom Etat für 62) und liess noch mehr erhoffen. Er musste also annehmen, dass seine überraschenden Erklärungen beim Hause Sensation hervorrufen würden, und Vincke hatte Recht zu sagen, dass er seit

22. Stenogr. Berichte S. 1756.

drei Monaten von einem bedingungsweisen Entgegenkommen der Linken überzeugt gewesen sei. Wir wissen, wie genau das Roon bekannt war. Und andererseits genügt nur ein Blick auf seine Rede,[23] um sich zu vergewissern, dass Roon von der Bedeutung seiner Worte durchdrungen war. Er begann mit der Versicherung, dass die Regierung den Konflikt nicht wolle, machte in ihrem Namen die Konzession der 223000 Taler, kam dann, wie er sich selbst ausdrückte, auf „den Kern der Frage", die Kürzungen im Etat für 63 zu sprechen, wobei er Andeutungen über die Bedingungen machte, unter denen die Regierung darauf eingehn könnte, und schloss, nochmals mit der feierlichen Beteuerung, dass die Königliche Staatsregierung keineswegs auf einen Konflikt spekuliere, sondern das Bedürfnis fühle, eine Einigung herbeizuführen. Das ist alles im vorsichtigsten, abwägendsten Tone gesagt, sodass Roon über den Eindruck seiner Worte auf die Abgeordneten nicht überrascht gewesen sein kann. Und er war dies auch am 17. so wenig, dass er weder zum Schluss der Plenarsitzung noch in der darauffolgenden Sitzung der Budgetkommission irgend ein Wort der Art äusserte. Bockum-Dolffs[24] macht am 19. auf diesen schlagendsten Gegenbeweis aufmerksam, indem er sehr fein bemerkt, der Kriegsminister hätte ja gleich in der ersten Sitzung der Budgetkommission erklären können, dass die Regierung ein solches Entgegenkommen (die Vertagung) von Seiten der Landesvertretung doch nicht annehme, dass es Sache des Hauses sei, die Beratungen ohne Vertagung fortzuführen. Aber im Gegenteil erklärte der Kriegsminister, dass er mit dem Staatsministerium erst zu konferieren habe. So war also Roons Wort nur eine Ausflucht, zu der er in seiner Bedrängnis am 19. griff.

Schon damals ahnte man etwas von den Vorgängen, die sich inzwischen im Schosse der Regierung abgespielt

---

23. Stenogr. Berichte S. 1738.
24. Stenogr. Berichte S. 1757.

hatten, indem Vincke und Simson die Vermutung aussprachen, Roon wäre vielleicht nach den Sitzungen vom 17. auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestossen. So hatte man also für den Ausgang eine Erklärung. Aber wie war das plötzliche Auftauchen und Verschwinden der Versprechungen zu verstehn? Man nahm nun nicht an, dass die Regierung in den wenigen Zwischenstunden wieder alles das zurückgenommen haben könne, was sie eben erst öffentlich verheissen zu haben schien, sondern allgemein wurde die Vermutung laut, dass Roon über seine Ermächtigung hinausgegangen sei und dann nicht die Zustimmung des Königs gefunden habe. Es handelte sich hierbei um die Verheissungen oder Andeutungen für 63; denn die Konzession der 223000 Taler für 62 war formell im Namen der Regierung gemacht worden und wurde auch nach dem Scheitern der Episode aufrechterhalten. Man konnte nun Roons Handlungsweise auf zwei Arten erklären, und beide finden wir angewandt. Die Berliner Allgemeine Zeitung[25] suchte tatsächlich — allerdings noch ehe sie von der Sitzung des 19. Kenntnis haben konnte — den Grund in der Ueberraschung des Kriegsministers durch den Antrag Bockum-Dolffs. Obwohl er ihr selbst sehr unwahrscheinlich vorkam, meinte sie, Roon sei durch ihn veranlasst worden, etwas mehr in Aussicht zu stellen, als er positiv ermächtigt war, vielleicht in der geheimen Hoffnung nachträglicher Genehmigung. Auf andere Art konnte man, in der Voraussetzung, dass Roon eigenmächtig gehandelt habe, sein Vorgehen nur noch verstehn, wenn man es als beabsichtigt annahm. Auch hier gab es zwei Möglichkeiten. Die Absicht konnte auf Versöhnung gerichtet sein, indem die Minister den König durch die Erklärung vor eine vollendete Tatsache stellen und dadurch zum Nachgeben bestimmen wollten. Wir finden diese Deutung in einer Korrespondenz

25. AAZ. 265 Mo., 22. Sept., Berl., 19.

der Augsburger Allgemeinen Zeitung,[26] die dabei Heydt, der gewohnt sei, „selbst Geschichte zu machen," die Initiative zuschreibt. Konnte aber die Absicht Roons etwa auch auf die Beförderung des Konflikts hinausgehn? Dagegen schreibt die Berliner Allgemeine Zeitung nach ihrem eigenen Erklärungsversuch mit sehr einleuchtenden Gründen: „Vollkommen unmöglich ist nur, dass dem ganzen Vorfall irgend eine bestimmte Absicht zu Grunde lag; denn wenn das Ministerium mit dem grössten Raffinement ein Mittel gesucht hätte, die ohnehin schon aufgeregte Stimmung noch mehr zu reizen und der eigenen Sache zu schaden, so hätte es kein passenderes finden können, als heut eine plötzliche Hoffnung anzuregen und morgen sie wieder mit der grössten Gemütsruhe abzuschneiden." Wir dürften uns jetzt schon diesen Worten anschliessen, um die Frage der Stellungnahme Roons zu entscheiden, und es bliebe nur noch zu erörtern, ob Roon beauftragt war oder nicht; aber wir müssen die Möglichkeit, dass er den Konflikt habe befördern wollen, erst noch im Zusammenhang mit seinen auf die Ernennung Bismarcks gerichteten Absichten untersuchen.

Am 14. abends oder am 15. früh wird Roon Bismarcks Brief vom 12. erhalten haben, der ihm nur vierzehn Tage (bis zum 1.) Zeit gewährte, um die gewünschte Gewissheit zu verschaffen, d. h. im Sinne Roons, um beim Könige einen Entschluss über den Termin der Berufung Bismarcks zu erzielen. Kann ihn diese unerwartete, seine Pläne gefährdende Nachricht veranlasst haben, die Dinge zu einem raschen, jähen Ende zu bringen, das Ministerium zu sprengen,[27] um für Bismarck den Boden zu bereiten? Diese Annahme ist durchaus zu widerlegen. Wenn Roon eine derartige Absicht gehabt hätte, dann brauchte er nicht das Manöver mit den Konzessionen; ohne die Episode wären

26. AAZ. 265 Mo., 22. Sept., Beilage. Verm. Nachr. Berl., 20.

27. Dass Roon solche Absichten zugetraut werden dürfen, beweisen seine eignen Worte in seinem Brief vom 18. 6. 61 an Perthes. Roon[5], S. 23.

die Dinge noch viel rascher gegangen. Am 16. vormittags erfolgte die schwere Niederlage der Regierung in der ersten Abstimmung, und damit war der Augenblick für die versöhnungsfreundlichen Minister gekommen, mit ihren Wünschen hervorzutreten. Wenn nun Roon den Konflikt schnell herbeiführen wollte, dann hätte er nicht scheinbar auf Konzessionen eingehen dürfen, sondern gerade gegen sie auftreten müssen. Durch die Episode wurde der Konflikt nur verzögert, während ohne sie die Abstimmungen einen raschen Fortgang genommen hätten. Und ohne die Episode wäre die Lage am Ende wahrlich ernst genug gewesen, sodass Roon nicht noch eine Verschärfung für seine Zwecke brauchte. Das Resultat der Debatten und damit die Wirkung auf den König wäre so oder so dieselbe gewesen. Die Minister aber hätten sich ohne die Episode noch früher entscheiden müssen, ob sie den Konflikt mitmachen wollten oder nicht. Roons Absichten konnten also durch ein täuschendes Verhalten in der Konzessionsfrage nicht gefördert werden; ja sie hätten sogar durchkreuzt werden müssen, wenn der König auf die Ermässigungen eingegangen wäre, und so würde sich Roon selbst hinderlich geworden sein. Das Terrain, für Bismarck zu wirken, konnte für ihn durch die Episode in keiner Weise günstiger gestaltet werden.

Ein anderer Zweck wäre aber garnicht möglich. Denn wie wäre es auch denkbar, dass Roon die Lage der Regierung noch hätte verschlechtern wollen! Es ist vielmehr auch bei ihm die versöhnende Absicht anzunehmen, und dafür haben wir nun auch die besten Zeugnisse. Seine eigenen Worte aus den Sitzungen vom 17., besonders der Hinweis in der Kommission, dass das Staatsministerium noch bindende Beschlüsse zu fassen habe, sind jetzt anzuführen. Wir haben dann von Duncker[28] die Mitteilung, dass Roon sich mit

28. Duncker an den Kronprinzen, 22. Sept. (Mitteilung Heydts): Ulmann S. 68.

Heydt über die Notwendigkeit von Konzessionen und ihre gemeinsame Vertretung dem Könige gegenüber verständigt habe. Duncker hatte den Ministern seinen Armeeplan, der die Kürzung der Dienstzeit und Kompensationen für die Regierung vorsah, vorgelegt, und Roon war „vollständig" darauf eingegangen.[29] Ja, Duncker sagt uns sogar in seinem Bericht vom 19. September,[30] dass Roon noch nach der Episode, am 18. September nachmittags, wie Heydt „die zweijährige Dienstzeit ebenfalls" empfohlen habe. Diese Nachrichten eines an dem Versöhnungswerk hauptsächlich beteiligten Mannes beweisen vollständig die obige Annahme, und sie werden noch verstärkt durch die aus offenbar sehr guter Quelle stammende Mitteilung eines fremden Beobachters, des englischen Gesandtschaftsattachés Morier,[31] „dass Heydt und Roon, beide von den Debatten tief erschüttert" . . . „wirklich ihr Mögliches getan haben, um den König zu bewegen, Friedenspräliminarien zu unterschreiben . . ." „In dem Glauben, dass dies wirklich zu erreichen wäre, hat Roon gestern (am 17.) so gesprochen."

Damit dürfte jeder Zweifel über Roons Absichten beseitigt sein, und das letzte Zeugnis weist uns auch schon auf die Gründe seines Verhaltens hin. Roon war „tief erschüttert". Eher, als er erwartet hatte, war er vor die Notwendigkeit gestellt worden, sich zu entscheiden. Jetzt, wo die Taktik der Regierung, die Reorganisationskosten noch einmal im Extraordinarium bewilligt zu erhalten, gescheitert war, hätte Roon den Entschluss, an den er für den äussersten

---

29. Duncker an Samwer 26. Sept., Philippson, Beil. 3. Dieser Brief ist die Anwort auf ein Schreiben Samwers vom 23. (Manuskr.), welches auf den Inhalt des Armeeplans eingeht.

30. Dunckers Bericht vom 19. September, bei Philippson (Beil. 1) als „Amtliche Niederschrift" wiedergegeben, war an die Kronprinzessin gerichtet. Das ergibt sich aus den Anfangs- und Schlussworten des Originals, die Philippson weglässt.

31. Manuskr., 18. Sept., an Samwer.

Fall gedacht hatte, ausführen müssen. Aber vor der Tat bebte er nun doch zurück. Die Opposition hatte sich so unerschüttert gezeigt und war in so übergrosser Mehrheit aufgetreten, dass die schlimmsten Verwicklungen zu befürchten waren. Roon durfte nun zwar durchaus annehmen, dass die Regierung mit oder ohne Gewalt den Konflikt siegreich durchgekämpft hätte, aber er schauderte vor den zersetzenden Stürmen, die das Land durchtoben mussten, so sehr zurück, dass er den Vermittlungsversuchen sein Ohr lieh. Innerlich wankend geworden und auch körperlich stark angegriffen,[32] liess er sich für Konzessionen gewinnen, die das Mass dessen, was er bis dahin vielleicht noch hätte gewähren wollen, stark überschritten. Ein geringeres Entgegenkommen, als mit Duncker vereinbart wurde, würde die Majorität nicht mehr umgestimmt haben; aber das Wesen der Reorganisation hat Roon allerdings auch nicht antasten lassen. So wurde Roon, durch die Verhältnisse gezwungen, aber wahrlich wohl unter schweren Bedenken, zur Nachgiebigkeit bereit. Er hatte bisher schon wiederholt, so im September 1859, vor seiner Ernennung zum Minister, die Kunst bewiesen, auf Einzelheiten nicht starr zu bestehen, wenn es die Sache galt. So ist auch jetzt sein Entgegenkommen in der Frage der Dienstzeit zu verstehen. Er selbst hatte am 15. in der Kammer erklärt, dass diese Frage mit dem Wesen der Reorganisation nichts eigentlich zu tun habe; er durfte also ebenfalls hier noch nachgeben, zumal er auf reichlichen Kompensationen bestand. Weit grössere Ueberwindung wird ihn der Gedanke gekostet haben, durch seine Willfährigkeit dem Liberalismus den Sieg in die Hände zu geben. Aber sein tieferer politischer Gesichtspunkt siegte, und zudem durften ihn Heydt und Bernstorff an die Denk-

---

32. Roon befürchtete das schon Anfang August (2. 8. an Perthes). Am 20. September musste er nun wirklich Perthes schreiben, dass seine Nerven einigermassen erschüttert wären. Vergl. auch die Schles. Ztg. 433, Mi 17. Sept.: Roon befinde sich in nervöser Aufregung.

schriften vom 13. März und 9. September[33] erinnern, die er selbst mit unterzeichnet hatte. Auf diese Weise kam es, dass Roon mit Heydt und Duncker paktierte, und er würde wohl dabei geblieben sein, wenn nicht später ein Ereignis eingetreten wäre, von dem er allerdings noch eine stärkere Gefährdung der Monarchie befürchten musste, als sie der Konflikt gebracht hätte. Die Abdankungsabsicht des Königs verursachte seine zweite Schwenkung. Aber wir können andererseits auch sagen, hätte der König Dunckers Armeeplan angenommen, das Abgeordnetenhaus aber nicht, so würde Roon ebenfalls zu seinem früheren Entschluss zurückgekehrt sein.

Den Beginn der Verhandlungen zwischen den Ministern, Duncker und den Abgeordneten werden wir nicht lange nach dem 11. anzusetzen haben. Schon am 12. äusserte sich Roon über die zweijährige Dienstzeit, am 15. machte er die versteckten Andeutungen, auf welcher Linie er für Kürzungen zu haben sei; und am 16. nach der offenen Niederlage der Regierung dürfte er für Dunckers Armeeplan fest gewonnen worden sein. Nach Dunckers Angabe[34] war Roon erst nach Heydt und Holzbrinck auf die Vermittlungsvorschläge eingegangen. Hat nun vielleicht der 16. auf den Umfang der Abmachungen eingewirkt? Wir finden nämlich, dass Roon am 15. noch nicht von der weiteren Verkürzung des Etats für 62 sprach; aber es ist vielleicht noch wahrscheinlicher, dass er damals nicht mehr sagen wollte. Jedenfalls ist uns bekannt, welche Vereinbarungen zum Schluss getroffen wurden. Für 1862 einigte man sich natürlich auf den Abstrich der 223000 Taler, wie das Amendement Stavenhagen vorschlug. Noch am 18. hielt die Regierung diese Konzession aufrecht. Und für 1863 nahm

---

33. Tatsächlich waren diese Denkschriften später ein Argument, das Bernstorff für die Minorität verwertete. s. Promemoria vom 19. Sept.

34. 26. Sept. an Samwer.

man den Vorbehalt des Amendements an, der durch Kürzungen geeigneter Stellen des Etats die zweijährige Dienstzeit erzielen wollte. Das Gesetz zur Regelung der Dienstpflicht in Linie und Landwehr, das die Regierung schon lange versprochen hatte, durften die Minister auch zusagen. Aber es ist die Frage, ob diese privaten Abmachungen noch weiter gingen. Was konnte der Minorität daran gelegen sein, dass nur für 1863 die Dienstzeit gekürzt wurde? Es ist das der Punkt, der am 19. Majorität und Minorität mit einem Mal deutlich machte, dass sie in ihren Ansichten sich weit näher standen, als bis dahin zu Tage getreten war. Die Kürzungen im Etat für 63 waren nur eine Konzession, die über den Augenblick hinweghalf. Wenn sie den Frieden begründen sollte, dann musste die Konzession dauernd gewährt werden; wir werden daher zu der Frage genötigt, ob das die Vermittler von den Ministern verlangten. Andererseits wissen wir, dass der Regierung Kompensationen zugesichert wurden. Nach Hegels Erinnerungen trat Roon im Conseil vom 17. für die zweijährige Dienstzeit ein und nannte als Kompensation stehende Lager. Ein anderes Zeugnis haben wir durch Bernhardi von Duncker. Am 26. Dezember unterhielt sich Bernhardi[35] mit Duncker über die Möglichkeit der zweijährigen Dienstzeit. Duncker bejahte sie, wenn pro Bataillon achtzig Berufssoldaten und stehende Lager eingerichtet würden, und bemerkte dazu, dass Roon mit Heydt im Herbst darüber schon einig war. Also Vermehrung der Kapitulanten und stehende Lager waren die Kompensationen. Da nun derartige Zusicherungen sich nicht bloss auf ein Jahr erstrecken konnten, so geht daraus mit zwingender Gewissheit hervor, dass man sich in den Vereinbarungen mindestens auf eine dauernd faktische zweijährige Dienstzeit geeinigt hat. So werden die Nachrichten zu verstehen sein, die an Abmachungen über zweijährige Dienst-

35. IV, 330—33.

zeit sprechen. In der schon mehrfach zitierten Mitteilung Heydts an Duncker heisst es, dass Roon sich mit Heydt über die Notwendigkeit und gemeinsame Vertretung dem Könige gegenüber betreffs der eventuellen Möglichkeit einer bloss zweijährigen Dienstzeit verständigt habe. Samwer äussert sich in seinem Schreiben an Duncker vom 23. September[36] über Dunckers Armeeplan und bespricht beiläufig einzelne Punkte desselben wie die zweieinhalbjährige Dienstzeit und die Kapitulantenfrage. Die schon oben erwähnte Unterredung Bernhardis mit Duncker vom 26. Dezember ist hier auch heranzuziehen; und schliesslich haben wir noch eine Mitteilung Heydts desselben Inhalts, der im Januar des nächsten Jahres Bernhardi[37] ausdrücklich zugab, dass er mit Roon über eine Modifikation der Militärvorlagen — mit zweijähriger Dienstzeit — bereits einig war. Da schliesslich Roon in der Kommissionssitzung vom 17.[38] noch die Andeutung machte, dass die Regierung auch für Erhaltung der Landwehr sei, und zwar in einer Form, die den ursprünglichen Bestimmungen näher stünde als die bisherige, so ist vielleicht auch dieser Wunsch in dem „Armeeplan" enthalten gewesen. Und so dürfen wir wohl als Resultat der privaten Abmachungen folgende Punkte annehmen: Annahme des Amendements Stavenhagen in seinen wesentlichen Zügen (es konnte natürlich noch offen bleiben, welche Positionen zu streichen seien), dafür Kompensationen wie Vermehrung der Kapitulanten und stehende Lager, und infolgedessen dauernde zweijährige Dienstzeit, und schliesslich Zusicherungen in der Landwehrfrage.

Es kam nun darauf an, den König zu gewinnen, und

---

36. Manuskr. Die Antwort Dunckers vom 26. September ist von Philippson mit geringen Weglassungen wiedergegeben worden.

37. V, 18/19.

38. Ueber die Kommissionssitzung gleichlautende Berichte in den liberalen Zeitungen, aus denen die Kreuzzeitung wörtlich abdruckt: NZ. 434 Do. 18. Sept. mg.; VZ. 218 Do. 18. Sept.

Heydt und Roon verständigten sich darüber.[39] Am Nachmittag des 16. wurden sie in Audienz empfangen. Dem König wird das Resultat der Abstimmung bald gemeldet worden sein; er war schon mittags[40] von Babelsberg nach Berlin herübergekommen, nahm hier den Bericht des Militärkabinetts[41] entgegen, erteilte dann dem Herrenhauspräsidenten Grafen Eberhard Stolberg-Wernigerode[42] eine Audienz und empfing ausserdem noch die Minister Bernstorff,[43] Heydt,[44] Roon,[45] Itzenplitz,[46] Mühler.[47] Abends fand darauf von 7 bis $^3/_4$9 in seinem Palais ein Conseil[47] statt. Man kann an diesen Audienzen sehen, wie sich im letzten Augenblick vor der Entscheidung noch die verschiedensten Einflüsse auf den König geltend machten, um ihn in der oder jener Richtung zu einem Entschlusse zu bewegen. Auf der einen Seite bemühten sich die Militärs und Feudalen, auf der anderen die Minister; die einen gegen alle Nachgiebigkeit, die andern für Konzessionen.

Wir hatten den König am 10. September verlassen, als er dem Staatsministerium erwiderte, er bleibe auf der bisherigen Ansicht, bei Streichung des Etats ohne Budget zu regieren, stehn, und daraufhin verfügte, er werde die Angelegenheit in einem Conseil beraten lassen. Am 13. war der König nach Babelsberg zurückgekehrt, und nun war der Augenblick gekommen, wo König und Ministerium gezwungen waren, sich über die zu ergreifenden Mass-

---

39. Duncker an den Kronprinzen, 22. Sept.: Ulmann S. 68.
40. VZ. 217 Mi. 17. Sept. StA. 217 Mi. 17. Berl., 16.
41. StA. 217 Mi. 17. Berl., 16.
42. VZ. 218 Do. 18.
43. StA. 217 Mi. 17. Berl., 16.; VZ. 217 Mi. 17.; NPZ. 218 Do. 18. Berl., 17.
44. StA. 218 Do. 18. Berl., 16. VZ. NPZ.
45. VZ. 217 Mi. 17. NPZ.
46. StA. 218 Do. 18. Berl., 16. VZ. 17.
47. NZ. 433 Mi. 17. ab. NPZ. 218 Do. 18.

regeln zu einigen. Der 16. hatte den ernstesten Anlass gegeben, in dem Conseil, das abends stattfand, dem ersten nach der Rückkehr des Königs, die fragliche Angelegenheit durchzuberaten. So entschlossen nun auch Wilhelm sein mochte, er fand eine Grenze an dem Widerstand der Minister. Was sollte er tun, wenn diese beharrlich blieben? Durfte er es jetzt noch ohne weiteres zu einer Kabinettskrisis kommen lassen, wo er keinen Ersatz bereit hatte? Und nun erfuhr er sogar, dass selbst Roon ihm zu Konzessionen riet. So kam es dazu, dass der König doch noch schwankend wurde und sich auf die Seite der Konfliktsgegner neigte. Die Tatsache der Nachgiebigkeit überhaupt steht fest: denn Roon machte am 17. die Konzession der 223000 Taler im Namen der Regierung, ermächtigt und beauftragt; und der König selbst sagt in seinem Briefe an Vincke-Olbendorf vom 2. Januar 1863, dass er darauf eingegangen sei. Aber fraglich ist, wie weit die Abmachungen im Conseil vom 16. sich erstreckt haben.

In dem eben erwähnten Briefe[48] äussert sich der König auch über den entscheidenden Punkt, den Vorbehalt zum Etat für 63; aber seine Darstellung ist, nur ein Vierteljahr nach den Ereignissen, doch so voller Irrtümer, dass wir sie nicht benützen können, um die Haltung des Königs zu definieren. Nach der Erörterung der Konzessionsfrage im allgemeinen, heisst es in dem Briefe wörtlich weiter: „Dies (das Abgeordnetenhaus) aber wollte es (Konzessionen machen) unter keiner Bedingung, und die sogenannte „Episode“ bewies wohl mehr wie sonnenklar, dass uns eine Falle nach der anderen gelegt werden sollte, in welche sogar Ihr Vetter Patow und Schwerin fielen durch die Schlechtigkeit des Bockum-Dolffs. 234 000 Reichsthaler soll-

48 Schneider I, 194|97. Ged. u. Er. I, 332|34. Berner II, 43. Hier nach den G. u. E. zitiert; Berner läst gerade die wichtigen Charakteristika der Schreibweise weg.

ten noch pro 1862 abgesetzt werden, um das Budget annehmen zu können, während der Kern der Frage erst 1863 zur Sprache kommen sollte; dies lag gedruckt vor; und als ich darauf eingehe, erklärt nun erst Bockum-Dolffs, dass ihrerseits, d. h. seiner politischen Freunde, dies Eingehen nur angenommen werden könne, wenn sofort in der Kommission die Zusage und anderen Tags im Plenum das Gesetz einer zweijährigen Dienstzeit eingebracht werde. Und als ich darauf nicht eingehe, verhöhnt uns B. D. durch seine Presse: „Nun solle man sich die Unverschämtheit der Regierung denken, dem Hause zuzumuten, um 234 000 Reichsthaler Frieden anzubieten!“ Und doch lag nur dies Anerbieten Seitens des **Hauses** vor! Ist jemals eine grössere Infamie aufgeführt worden, um die Regierung zu verunglimpfen und das Volk zu verwirren?“

In dieser Darstellung der Ereignisse jener Tage, die an Deutlichkeit der Empfindung nichts zu wünschen übrig lässt, stellt sich also der König die Sache so vor, dass das Abgeordnetenhaus zum Vergleich mit der Regierung ein Anerbieten drucken liess, den Etat für 62 zu bewilligen, wenn noch 234000 Taler abgesetzt würden, und dann den Kern der Frage erst 63 zu verhandeln. Darauf sei er eingegangen; da habe nun erst gegen die Verabredung (das ist die „Schlechtigkeit des Bockum-Dolffs“, die „Falle“, die der Regierung gelegt werden sollte) Bockum-Dolffs im Namen seiner Fraktion sofort die gesetzliche zweijährige Dienstzeit verlangt, sodass die Verhandlungen daran gescheitert seien. Das Abgeordnetenhaus habe aber durch dieses Manöver die Regierung ins Unrecht setzen wollen, um das Volk gegen sie einzunehmen. Diese Darstellung verwirrt völlig den tatsächlichen Verlauf der Ereignisse und enthält im einzelnen viele Unrichtigkeiten.

Vor allem lag kein gedruckter Antrag des Hauses vor, der eine Verständigung herbeiführen sollte, und nun erregt gerade die Ansicht, dass dem doch so sei, den Haupt-

zorn des Königs. Nur eine kleine Minorität hatte, nicht für die Regierung, sondern für das Haus zu den Etats für 62 und 63 Amendements eingebracht, die der König tatsächlich meint. Das waren unverbindliche Wünsche von wenigen Abgeordneten, die die Minister und das Haus für ihre Erfüllung gewinnen wollten und bei jenen auch nur ein bedingtes Entgegenkommen fanden, bei diesen aber zunächst keins. Diese Amendements lagen gedruckt vor. Vielleicht wurden sie in der Erinnerung des Königs deshalb zu Anträgen des Hauses, weil er ihre Antragsteller Stavenhagen und Genossen, zur liberalen Majorität rechnete, wie dies auch die bekannten Hegelschen Erinnerungen tun. Dieser Irrtum verfälscht aber nun natürlich seine ganze Auffassung; deshalb misst er dem aufgetretenen Wunsche nach gesetzlicher, zweijähriger Dienstzeit eine ganz falsche Bedeutung bei und sieht in dem ganzen Vorgang eine Falle für die Regierung.

Aber der König begeht noch einen zweiten, schweren Irrtum. Er interpretiert das Amendement Stavenhagen für 62 auch falsch. Freilich wollte dieses im Etat für 62 noch 223435 Taler (nicht 234000, wie der König schreibt) absetzen; aber dies nur unter dem bekannten Vorbehalt für 63. Die Amendementssteller hätten den Etat für 62 nicht bewilligt, wenn nicht sofort für 63 die geforderten Reduktionen zugesagt worden wären. Der König trennt aber beides; nach ihm sollte der Etat für 62 allein schon nach den Abstrichen für dieses Jahr bewilligt werden, der Kern der Frage aber (diesen Ausdruck wandte Roon am 17. an) erst 63 zur Sprache kommen.

Eigentümlich ist ein weiteres Versehen des Königs. Ueber Bockum-Dolffs, den Vorsitzenden der Budgetkommission, ist der König so sehr erzürnt, weil er jenes plötzliche, angeblich wider den Antrag des Hauses laufende Verlangen nach sofortiger Einbringung des Gesetzes über die zweijährige Dienstzeit gestellt haben soll. Sehen wir nun aber

die Protokolle nach, so ergibt sich, dass BockumDolffs über dieses Thema überhaupt nicht gesprochen hat, sondern nur am Schluss der Plenarsitzung den bedeutungsvollen Vertagungsantrag stellte, mit einer darauffolgenden geschäftlichen Bemerkung, und später in der Kommission nur einmal konstatierte, dass das Haus mit der Vertagung seine Bereitwilligkeit zur Verständigung ausgedrückt habe. Nach Roons Erklärung wurde allerdings, aber natürlich nicht aus Hinterlist gegen vorher gemachte Zusagen, wie der König annimmt, sofort die Forderung der zweijährigen Dienstzeit erhoben; jedoch nicht Bockum-Dolffs, sondern Hennig brachte sie vor. Sollte nun vielleicht der Zorn des Königs über den Herrn von Bockum-Dolffs mit dessen Vertagungsantrag zusammenhängen? Dieser Antrag war nach der Roonschen, plötzlich stark entgegenkommenden Erklärung durchaus berechtigt, er dokumentierte, wie Bockum-Dolffs nachher sagte, durch die überwältigende Mehrheit, die er fand, das Versöhnungsbedürfnis des Hauses. Aber er war freilich auch eine klug vorausschauende Massregel. Denn wäre nichts erfolgt, und natürlich konnte nach Roons Worten, die noch nicht abschliessend waren, das Haus sich nicht plötzlich g e g e n den Antrag der Budgetkommission erklären, so hätte ganz zweifellos die Regierung, wie Roon schon andeutete, die Schuld des also misslungenen Versöhnungsversuches dem Abgeordnetenhause sofort zugeschoben. Der Antrag Bockum-Dolffs aber brachte das Haus in die beste Position; jetzt war es an der Regierung, sich weiter zu erklären. Als aber nun die Episode scheiterte, da befand sich natürlich die Regierung durch die Vertagung in noch schlechterer Lage. Vielleicht hat also der Zorn des Königs hier seine Quelle. Dann verschoben sich ihm freilich die auch noch getrübten Erinnerungsbilder: denn zu dem schweren Vorwurf der Infamie kommt er infolge seiner irrtümlichen Meinung von dem Antrag des Hauses.

Sehen wir nun von der unerklärlichen Hineinziehung der Patow und Schwerin, die vom 17. bis 19. nicht als Redner aufgetreten sind, in diese Angelegenheit ab und wenden wir uns zu dem sachlich für uns wichtigsten Punkte, der plötzlichen Forderung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit, so fällt sofort die Aehnlichkeit zwischen der Darstellung des Königs und der offiziösen der Sternzeitung vom Oktober 1862[49] auf. Nachdem hier der tiefe Eindruck, den die Roonsche Erklärung „trotz ihrer Vorbehalte" auf das Haus gemacht habe, gekennzeichnet worden ist, wird nun der Einspruch Hennigs als „das sofort hervortretende Bestreben der Fortschrittspartei diesen Eindruck niederzuhalten", charakterisiert; und der Verlauf der Kommissionssitzung wird so dargestellt, als ob der „Keim einer versöhnlichen Stimmung" durch das von Seiten der Fortschrittspartei auftretende Verlangen, sofort positive Zugeständnisse inbetreff des Gesetzes und der prinzipiellen Erledigung der Militärfrage zu erhalten, vernichtet worden wäre. Darauf hätte der Minister nach Lage der Verhältnisse eben nicht eingehen können. Auch hier wird also, wenn auch die Irrtümer des Königs nicht begangen werden, die Schuld am Scheitern der Episode dem „sofort hervorgetretenen" Verlangen der Majorität nach zweijähriger Dienstzeit zugeschrieben. In der Darstellung des Königs tritt freilich noch die besondere Nuance hinzu, dass die Forderung gegen den ursprünglichen Antrag des Hauses erhoben worden sei. Sollen wir nun aber aus den Worten des Königs den Schluss ziehen, dass ihm diese Forderung am Abend des 16. nicht vorgelegt worden ist? Dass also Roon am 17. die Andeutungen über den Etat für 63 auf eigene Faust, d. h. nur im Einverständnis mit seinen Kollegen, machte? Denn wir wissen bereits, dass er mit Heydt über die zweijährige Dienstzeit einig war. Aber

49. „Innere Politik" S. 115.

nun zeigt sich eben, dass die Auseinandersetzung des Königs nicht zu benützen ist. Das angeblich von Bockum-Dolffs gestellte Verlangen erscheint ihm so ungeheuerlich, weil er das Amendement Stavenhagen unrichtig wiedergibt. Unmöglich kann aber am 16. beschlossen worden sein, dem Hause bloss die Konzession der 223000 Taler zu gewähren. Für diesen geringen Preis war der Friede jetzt nicht mehr zu haben. Man müsste denn gerade annehmen, das Conseil habe dem Hause dieses Zugeständnis in der Hoffnung machen wollen, dass die Abgeordneten nicht darauf eingehen würden! Und das ist gar nicht einmal möglich, weil das starke Versöhnungsbedürfnis der Abgeordneten bekannt war. Vielmehr wurde in dem Conseil in dem Sinne verhandelt, dass die Kürzungen im Etat für 63 der Vorbehalt für die Bewilligung des Budgets pro 62 seien. Das geht aus den Eröffnungen Roons vom 17. aufs deutlichste hervor.

Oder ist nun Roon hier eigenmächtig vorgegangen? Nach den schon oben gemachten Darlegungen und infolge der Tatsache, dass er mit Heydt einig war, könnte dies nur in versöhnender Absicht geschehen sein. Es wäre nun sehr eigentümlich, dass Roon, der erst gar nicht daran dachte, jetzt in seiner Nachgiebigkeit sogar so weit gegangen sein soll, dass er, vielleicht in der Besorgnis, der König könne ihm nicht folgen, diesen durch sein Vorgehen vom 17. dazu hätte zwingen wollen. Aber wir müssen einmal diese Annahme machen, weil wir durch eine anscheinend gute Quelle dazu genötigt werden. Lord Loftus, der damalige Vertreter Englands in Berlin, hatte nach Bernstorffs Entlassung mit diesem eine Unterredung, in der die Episode nach der Darstellung des Lords in seinen Erinnerungen[50] folgendermassen erörtert wurde: Nach dem Eindruck des Lords „war der

50. The diplomatic reminiscences of Lord Augustus Loftus 1837-62. First Series. Vol. II (1892), S. 264. Uebersetzt.

unmittelbare Anlass, der Herrn v. d. Heydt und ihn (Bernstorff) selbst, dazu bestimmte, ihre Entlassung einzureichen, die Zurücknahme der Konzession der zweijährigen Dienstzeit durch den Kriegsminister, welche dieser der Kammer öffentlich gewährt hatte. Er (Bernstorff) sagte, dass General v. Roon diese Konzession auf seine eigene Verantwortung und ohne ein vorhergegangenes Einverständnis mit seinen Kollegen gemacht habe, aber er war der Ansicht, dass sie nicht wieder hätte rückgängig gemacht werden sollen, nachdem Roon sie einmal zugestanden hatte.“ Der Herausgeber des Bernstorffschen Nachlasses[51] hat diese Stelle ohne Kritik in seinen Text aufgenommen, und doch ist sie dieser recht sehr bedürftig. Es ist schon unrichtig, daß Roon der Kammer öffentlich die zweijährige Dienstzeit zugestanden hätte. Er hatte nur von der Möglichkeit der faktischen Verkürzung gesprochen. Aber auch die Hauptnachrichten, auf die es hier ankommt, sind nicht zu halten. Von Heydt und Duncker ist die Verständigung mit den Kollegen sehr oft und sehr gut bezeugt, teils direkt, teils durch den als Gewährsmann hier so zuverlässigen Bernhardi. Am 17. waren ferner Heydt, Roon, Bernstorff, Mühler, Lippe in der Kammer; sollten die Minister von dem Umfang der Erklärung vorher nichts gewusst haben, obwohl am 16. abends ein Conseil unter dem Vorsitz des Königs abgehalten wurde, das keinen andern Zweck hatte, als Beschlüsse über die Stellungnahme der Regierung zu fassen? Sehen wir nun schliesslich Roons Aeusserungen selbst an, so dürfte auch hier kein Zweifel möglich sein. In der Kommission[52] wurde er deutlicher und vertraulicher, gab Aufschlüsse über die verschiedenen Absichten der Regierung, deckte sehr offen den Grund auf, weshalb nicht die gesetzliche zweijährige Dienstzeit gewährt werden könne:

---

51. S. 534.

52. NZ. 434 Do. 18. Sept. mg., VZ. 218 Do. 18.

weil nämlich dann die jetzige Position für immer verloren sei, die Verhältnisse aber das Bedürfnis einer längeren Dienstzeit notwendig machen könnten, und erklärte schliesslich, dass im Staatsministerium noch verhandelt werde, bindende Beschlüsse erst morgen zu erwarten seien. Das alles macht nicht den Eindruck, dass Roon ohne Auftrag sprach. Loftus hat entweder falsch gehört oder falsch niedergeschrieben. Möglicherweise war Bernstorff nicht unter denen, mit denen sich Roon privatim besprach, da er auch nirgends genannt wird; später vollends über die Wendung zum Konflikt empört[53], die auch seiner Ministerschaft ein Ende machte, hat er vielleicht unter dem Eindruck dieser Tatsachen gesprochen. Aber wir wissen, wie gesagt, auch gar nicht, ob nicht der Fehler bei Loftus liegt.

Jedenfalls muss das, was Roon verhiess und andeutete, in den Abmachungen des Conseils seine Grundlage haben. Vergleichen wir seine Aeusserungen in Plenum und Kommission mit dem, was wir als Resultat der Vorbesprechungen hinstellen konnten, so hatte wohl das Conseil folgendes Ergebnis. Der Abstrich der 223000 Taler wurde ohne weitere Einschränkungen bewilligt, nur dass das Ministerium versuchen sollte, ihn an anderen Punkten[54] zu veranlassen, als das Amendement Stavenhagen vorschlug. Im übrigen erwog man die Kürzungen des Etats für 63, im Falle, dass ausreichende Kompensationen gewährt wurden, ferner die raschere Einbringung des Dienstpflichtgesetzes und Aenderungen in der Landwehr, wollte aber erst den Eindruck dieser Verheissungen auf den Landtag abwarten, ehe man noch weiterging und bindende Zusicherungen machte. Jedenfalls gab der König, nachdem man die Möglichkeit der Auflösung wohl als tatsächlich inopportun ab-

---

53. Promemoria vom 19.; Roon an Bernstorff 21. Sept.; Bernstorff S. 542.

54. Roon am 17. im Plenum.

gewiesen hatte, doch noch die Einwilligung zu Unterhandlungen, und das ist ein schönes Zeichen seiner Gewissenhaftigkeit. Freilich entschloss er sich noch nicht zur positiven Bewilligung umfangreicherer Konzessionen; aber die Erwägungen scheinen (was in Anbetracht der Art der Kompensationen auch verständlich ist) sogar noch weiter gegangen zu sein, als oben angedeutet wurde; sie scheinen sich sogar auf den Dunckerschen Armeeplan erstreckt zu haben. Denn Duncker schreibt am 26. an Samwer[55]: „In Babelsberg selbst hatte man auch im Grunde nichts dagegen, als die Inkonsequenz eines neuen Standpunkts, und den Einwand, dass dadurch die Armee nicht wohlfeiler werden würde — worauf meines Erachtens gar nichts ankam.“ Gegen die gesetzliche zweijährige Dienstzeit wird sich freilich der König ablehnend ausgesprochen haben, wie wir aus Roons Worten vom 17. entnehmen können. Nun kam es darauf an, wie sich das Abgeordnetenhaus verhalten würde. Lehnte es das Entgegenkommen der Regierung ganz ab, dann hätte es für den König keinen Zweifel mehr gegeben, welchen Weg er einschlagen sollte. Aber die Frage war dann auch, ob der König im andern Falle auf der eingeschlagenen Bahn bleiben, und welche Zugeständnisse er machen würde. Das entscheidende Conseil wird schon jetzt auf den 17. abends angesetzt worden sein.

Hatte man etwa auf Regierungsseite geglaubt, dass die Majorität aus böswilliger Opposition die Verständigung hintertreibe, so wurde mindestens diese Ansicht durch die Ereignisse des 17. September durchaus widerlegt. Hennig hatte nach der offiziellen Erklärung Roons, etwas übereilig, sofort im Namen der Majorität Recht und Gesetz verlangt, und die übrigen Redner Vincke-Stargard, Reichensperger-Beckum, Immermann polemisierten auch sämtlich gegen Hennigs Ungeschicklichkeit. Aber die Andeutungen Roons

---

55. Philippson, Beil. 3, S. 423.

veranlassten doch alle, bis auf Vincke, ihre Forderungen zu präzisieren. Da war es nun überaus bedeutungsvoll, dass sich Majorität und Minorität darin fanden, dass beide gesetzliche Regelung verlangten. Und noch wichtiger war, dass die Redner der Majorität zur Versöhnung nicht verstiegene Absetzungen oder Umstürzungen bestehender Einrichtungen forderten, sondern gesetzliche Regelung, Indemnität und einen Etat auf Grund gesetzlicher Regelung. Eine günstige Stimmung, Versöhnungsbedürfnis, war allgemein vorhanden, und es offenbarte sich aufs schlagendste in der fast allgemeinen Annahme des Vertagungsantrages.

Für den Beitritt zum Antrag der Minorität konnte sich freilich die Majorität nicht erklären. Im Vergleich zu den früheren Auslassungen der Regierung, insbesondere zu der Drohung Heydts vom vergangenen Tage, war wohl die jetzige Kundgebung fraglos ein Umschwung, aber die eine Konzession und die übrigen Andeutungen konnten die Majorität nicht zum Aufgeben ihrer zäh verteidigten Forderungen veranlassen. Man verlangte jetzt nicht mehr Unerschwingliches, wenn man sich auf Indemnität, Dienstpflichtgesetz und zweijährige Dienstzeit beschränkte, und man musste auf jeden Fall auch erst die weiteren Erklärungen der Regierung abwarten. Bis jetzt war so viel geschehen, wie die Auslassungen Roons verdienten; andrerseits mussten die Einigungspunkte sofort genannt werden, wenn nicht später mit Recht der Vorwurf erhoben werden sollte, dass das Haus durch das Vorbringen neuer Forderungen die Versöhnung verhindert habe.

Die Kommission brachte von Seiten Roons eingehendere Ausführungen, aber keine weiteren Zusicherungen im Namen der Regierung. Vielmehr wollte der Kriegsminister von den Abgeordneten ihre Wünsche hören, die der Regierung als Richtlinien dienen könnten, und ihre Bedingungen für eine längere Vertagung. Er selbst erklärte sich erst für den 18. zu definitiven Aeusserungen imstande. Dem

gegenüber verhielten sich auch die Abgeordneten der Minorität, wie Sybel und Stavenhagen, kühl und vorsichtig. Es konnte nicht ihre Aufgabe sein, über das Organisationsgesetz etwa zu diskutieren. Andrerseits hatten die Minister kein neues Moment in die Wagschale geworfen, die Wünsche des Landes mussten jetzt wohl der Regierung bekannt sein, und so war der allgemeine Grundton der Reden der, die definitiven Aeusserungen erst abzuwarten. Man blieb selbst entgegenkommend, indem man die Plenarverhandlungen auf den 19. vertagte, und auf den 18. eine neue Sitzung der Kommission anberaumte.

So blieb der Ausgang des Versöhnungsaktes zweifelhaft. Das Entgegenkommen der Regierung hatte allerdings im Abgeordnetenhause die beste Aufnahme gefunden; aber man verlangte doch grössere Konzessionen. Bisher hatte die Regierung weiter nichts als 223000 Taler bewilligt. Der Standpunkt der Majorität und Minorität fielen eben noch nicht zusammen; sonst hätte man sich wohl vereinigen und die Regierung mit beinahe absoluter Gewissheit des Erfolges zwingen können, das Amendement Stavenhagen zu bewilligen. Ja, wenn man einem Fortschrittsorgan wie der Niederrheinischen Volkszeitung glauben dürfte, dann wäre die Haltung der liberalen Fraktionen am Abend des 17. sogar sehr kritisch gewesen. Das Blatt schreibt[56], die Fortschrittspartei und das linke Zentrum hätten sich dahin geeinigt, der Regierung für ihre Vorlagen nicht mehr als die gesetzliche Frist von dreissig Tagen Vertagung zu bewilligen. Die Regierung habe dazu seit Jahren Zeit gehabt, und eine längere Frist hätte eine Sanktionierung der gegenwärtigen gesetzwidrigen Zustände in der Heeresverfassung wie in der Verausgabung nicht bewilligter Gelder bedeutet. Die Urteile der Presse selbst fielen je nach der Parteirich-

56. Nach AAZ. 266 Di. 23. Sept. Berl., 20.

tung aus. Die Nationalzeitung[57] kritisierte die Roonschen Erklärungen stark abfällig, die Volkszeitung[58] sah die Rechtsfrage unerledigt und billigte das Verhalten der Kommission. Die Kreuzzeitung[59] befürchtete eine Minderung der königlichen Macht. Die Berliner Allgemeine Zeitung[60], das Organ der Altliberalen, dagegen war froh über den Ausweg, forderte aber auch gesetzliche Fixierung der Abkürzung der Dienstzeit. Die Kölnische Zeitung[61] wollte sich schon mit faktischen Zugeständnissen begnügen. Die zweijährige Dienstzeit war der Kernpunkt der liberalen Forderungen geworden, den man vor allem von der Regierung bewilligt haben wollte.

Aber es kam zu keinen Konzessionen mehr. Denn der Versöhnungsversuch scheiterte an dem neu hervortretenden Widerstand des Königs. Mit dem 2 Uhr-Zug[62] fuhr dieser am 17. nachmittags wieder nach Berlin, das er am Abend vorher um halb 11 Uhr verlassen hatte. Gegen 3 Uhr traf er ein[63]; und nachmittags und abends fanden, wie wir aus Dunckers Bericht an die Kronprinzessin vom 19.[64] genau wissen, die Conseilsitzungen statt, nachdem die Kommission in den Mittagstunden ihre Arbeiten beendet hatte. Das Plenum hatte am Morgen nur $1^1/_4$ Stunden getagt.[65] Die Zeitungen kennen nur den Beginn des Conseils um 3 Uhr, berichten, dass hinterher ein Diner stattfand, und der König abends um 10 Uhr nach Babelsberg zurückkehrte.[66]

---

57. NZ. 433 Mi. 17. ab.; 434 Do 18. mg.
58. Volks-Z. 218 Do. 18.
59. NPZ. 219 Berl., 18.
60. Nach Volks-Z. 219 Fr. 19.
61. KölnZ. 260 E. Bl. Fr. 19. „Zur Verständigung“ Köln, 18.
62. NZ. 434 Do. 18. mg. Berl., 17.; VZ. 218 Do. 18.
63. NPZ. 218 Do. 18.
64. Bei Philippson als „Amtliche Niederschrift“; Beil. 1.
65. Von 9^{20}—10^{42}.
66. NZ. 434 Do. 18. mg. Berl. Nachr. 17.; VZ. 218 Do. 18.

Bisher waren die Erinnerungen des damaligen Geh. Oberregierungsrats Hegel ziemlich die einzige Quelle,[67] die uns über das Conseil zu Gebote stand. Sie wird jetzt durch Moriers Brief vom 18. September,[68] Roons vom 21.,[69] vornehmlich aber durch Dunckers Bericht vom 19. und hauptsächlich durch Bernstorffs[70] Entlassungsgesuch und Promemoria vom 19. September nicht nur ergänzt, sondern auch wesentlich berichtigt. Hegels Erzählung von einer königlichen Sitzung, die er selbst nicht datiert, ist bald richtig auf das Conseil vom 17. September gedeutet worden,[71] und Ulmann[72] hält seine Angaben für durchaus glaubwürdig, da die Verstösse in Nebendingen unwesentlich seien. Die Mitteilung Hegels, dass der Kronprinz damals in Süddeutschland weilte, wird allerdings durch das Telegramm aus Reinhardsbrunn an Duncker ungefähr bestätigt; aber damit sind die Angaben über das Conseil selbst noch nicht gesichert. Derartige Einzelheiten lassen sich noch mehrfach durch andre Nachrichten belegen; die Verstösse sind aber ebenfalls nicht gering; und gerade der Hauptinhalt des Berichtes wird stark zu kritisieren sein.

So wird der Gegenstand der Beratung, die Konzessionsfrage, auch in dem Briefe des Königs vom 2. Januar 1863, im Entlassungsgesuch und im Promemoria Bernstorffs gestreift. Vielfach werden die Kompensationsvorschläge Roons und besonders die schliessliche Weigerung des Königs, nachzugeben, gestützt.[73] Und auch die Abdankungsabsicht des

---

67. Imm. Hegel, Erinnerungen aus meinem Leben, S. 18 u. 19.

68. Manuskr., an Samwer.

69. In Bernstorffs Nachlass.

70. S. 537, 540.

71. Volz (Wilhelm der Grosse. 1897) verlegt die Sitzung in den Anfang März 1862, obwohl damals Patow Finanzminister war und der Kronprinz in Berlin weilte.

72. S. 68.

73. Durch Bernhardi mehrfach (s. o.); indirekt durch Bernstorff.

Königs findet in anderen Quellen ihre Bestätigung. So war, nach Dunckers Bericht, am 19. die Urkunde schon aufgesetzt, und am gleichen Tage schreibt Bernstorff in seinem Entlassungsgesuch, er erfahre, dass der König noch mit dem unseligen Gedanken einer Abdikation umgehe.

Aber auch die Verstösse sind nicht gering. Das Amendement für 62 wird auch dem Herrn v. Vaerst zugeschrieben, der damit gar nichts zu tun hatte. Stavenhagen und Vaerst werden die militärischen Sachverständigen der liberalen Majorität genannt, während Stavenhagen zur Minorität gehörte. Die übrigen Bedenken berühren schon den Gang der Diskussion.

Dem Conseil war die Aufgabe gestellt, über die eben eingeleitete Versöhnungsaktion die Entscheidung zu treffen. Nach den Erfahrungen der Minister in Plenum und Kommission des Abgeordnetenhauses war die Hauptfrage: zweijährige Dienstzeit oder nicht. Wie nun Hegel berichtet, sprach sich zunächst Heydt aus politischen Gründen für die Annahme des Stavenhagenschen Amendements aus. Ihm folgte Roon, der die Bedingung von Kompensationen stellte, und darauf schlossen sich ihnen die übrigen Minister an. Nun habe sich der König erhoben und erklärt, er könne es nicht mit Pflicht und Gewissen vereinigen, auf die neue Organisation mit dreijähriger Dienstzeit zu verzichten, und werde auf der Stelle den Kronprinzen berufen, wenn auch seine Minister ihn hierbei verliessen. Der König habe auch schon den Befehl, zu telegraphieren, erteilen wollen, als alle Minister aufgesprungen seien und den König aufs dringendste gebeten hätten, dies zu unterlassen; „sie erklärten einmütig," heisst es wörtlich weiter, „dass sie bis aufs äusserste treu bei ihm ausharren und auch im Abgeordnetenhause seine Entscheidungen unbedingt vertreten würden". Zum Schlusse sei die am folgenden Tage vom Kriegsminister abzugebende Erklärung vereinbart worden.

Wir wissen nun, dass das Conseil nachmittags und

abends, mit einer Pause dazwischen, stattfand; und daraus ergibt sich allein schon, dass Hegels Bericht eine zusammenfassende Uebersicht ist. Es ist ferner das Ganze so einfach gegliedert, jeder Redner nur an der in den Zusammenhang passenden Stelle aufgeführt, dass auch hieraus der Charakter der Erzählung ersichtlich ist. Von einem Hin und Her der Diskussion ist nichts zu merken, und doch ist diese, wie wir aus andern Quellen wissen, aufs lebhafteste geführt worden. Denn in diesem Conseil ist die bald offen hervortretende Ministerkrisis entstanden. Zwar folgte wohl Roon zum Schluss dem König, aber die verfassungstreue Minorität des Ministeriums kann sich ihm nicht „unbedingt" zur Verfügung gestellt haben. Von diesem Zwiespalt lesen wir bei Hegel gar nichts. Wir wissen aus Bernstorffs Promemoria, dass der König an seiner alten Ansicht festhielt, die Majorität ihm darin nicht entgegentrat, die Minorität aber aus Verfassungsbedenken den Verständigungsversuch auf Grund gesetzlicher Regelung der Reorganisation und faktischer Kürzung der Dienstzeit nicht aufgeben wollte. Sie war auch durch die Denkschrift vom 9. September gebunden. In diesen Debatten war der König zunächst offenbar sehr lebhaft tätig. Denn Bernstorff schreibt in seinem Entlassungsgesuch vom 19., der König habe im vorgestrigen Conseil (also am 17.) erklärt, dass die Minister, die ihm „auf dem bezeichneten Wege" (ohne Budget zu regieren) nicht folgen könnten, ausscheiden möchten. Wir können diesem Ausspruch nicht ohne weiteres eine bestimmte Stelle in der Diskussion anweisen; aber jedenfalls ist er ein sprechender Beleg für die Heftigkeit des Streites. Gegen die schliesslich geäusserte Abdankungsabsicht werden sich allerdings, wie Hegel berichtet, alle Minister einmütig gewandt haben. Aber sie konnten nicht sämtlich beteuern, „bis aufs äusserste treu" bei ihm auszuharren und seine Entscheidungen „unbedingt" zu vertreten. Denn sonst hätte die Minorität ihre Versicherungen schon in den nächsten Tagen

Lügen gestraft. Vielmehr waren, wie auch Bernstorff am 19. in seinem Promemoria sagt, „in den letzten Conseilsitzungen“ (also schon am 17.) im Ministerium ernste Meinungsverschiedenheiten und zugleich gewisse Gesichtspunkte an allerhöchster Stelle aufgetreten, mit denen die Minorität nicht einverstanden sein könne. Daher kam wohl am Schluss die Vereinbarung über die Erklärung des Kriegsministers zustande, aber anscheinend nur durch Ueberstimmung der Minorität. Denn wieder gibt uns hier Bernstorff Auskunft, der in seinem Entlassungsgesuch vom 19. sagt, die unheilvolle Wirkung der gestrigen Erklärung des Kriegsministers (also der vom 18.) auf das Abgeordnetenhaus sei schon heute auf das schärfste hervorgetreten, „wie ich es vorausgesehen und gesagt habe“. Dies ist also am 17., im Conseil, geschehen.

Der König hatte sich am 16. noch nicht bindend erklärt, und nun entschied er sich doch im Sinne seiner alten Auffassung[74]; nur die kleine Konzession für 62 wurde nicht aufgegeben. „Statt der Verständigung“, schreibt Duncker am 26. an Samwer, „erfolgte der Sieg der reinen Militärpartei, die nach Krawallen lechzt, wie der Hirsch nach frischem Wasser.“ Wer den entscheidenden Einfluss ausübte, können wir nicht mit Sicherheit sagen. Wenn Bernhardi[75] im Oktober Gerüchte über den Sieg der militärischen Kapazitäten erfährt und dazu in seinem Tagebuch notiert: „Die „militärischen Kapazitäten“ sind natürlich Prinz Karl und die Generale Manteuffel und Alvensleben“, so ist das eine reine Hypothese.[76] Denn oben ist nachgewiesen worden, dass Manteuffel im September gar nicht in Berlin, sondern in Gastein war. Alvensleben hatte noch

74. Vergl. Manuskr., 18. Sept., Morier an Samwer: „Gestern Abend noch hat der König aber sich ganz entschieden gegen alle weitere Nachgiebigkeit erklärt“.

75. IV, 327.

76. Von Philippson übernommen; Forckenbeck und Leben Kais. Fr.

am 16. Vortrag; aber wir kommen bei ihm wie beim Prinzen Karl über Vermutungen nicht hinaus. Dass Einflüsse stattgefunden hatten, erfuhr Bernhardi[77] von verschiedenen Persönlichkeiten: die Wirkung zeigte sich im Conseil.

Roon hatte es für seine Pflicht gehalten, den Versöhnungsversuch fördern zu helfen; aber in dem Augenblick, wo der König, nicht gewillt, nachzugeben, von Abdankung gesprochen hatte, konnte es für ihn keinen Zweifel mehr über den einzuschlagenden Weg geben. Die Monarchie hätte jetzt keinen schwereren Stoss erfahren können als durch Ausführung eines solchen Planes; im Staatsinteresse, im persönlichen Interesse musste Roon alles daransetzen, eine solche Möglichkeit zu verhindern. Daher schwenkte er um und schloss sich nun eng dem König an. Er konnte nicht etwa daran denken, die Konsequenzen seiner bisherigen Haltung zu ziehen und den Abschied zu nehmen; denn er hatte eine Aufgabe, für die kein andrer dagewesen wäre. Es lag auch nicht in seiner Natur, die Flinte ins Korn zu werfen, wie jetzt einige Kollegen taten. Obwohl er das Missliche einer Kabinettskrisis in der gegenwärtigen Lage erkannte,[78] musste er doch noch eher dem König folgen. Dessen Haltung hing nun von der Entwicklung der Ministerkrisis ab. Roons Aufgabe aber war, den König gegen die Kollegen zu stützen und selbst aufrechtzuerhalten. Nachgeben hätte ihm jetzt nur noch Demütigung der Krone bedeutet.[79] Für jenes schwere Unternehmen aber bot sich ihm eine starke Hülfe in Bismarck, den er unterdessen schon telegraphisch herbeigerufen hatte.

---

77. V, 19; IV, 333, V, 11.
78. Brief v. 21. Sept. an Bernstorff.
79. Brief an Perthes vom 20. Sept.

Kapitel 3.

Die Herbeirufung Bismarcks.

Schon in Avignon oder allgemeiner in Südfrankreich soll es gewesen sein, wo, nach früher Ueberlieferung, Bismarck ein oder zwei Telegramme erhielt, die ihn eilends nach Berlin beriefen. Damit konkurrieren spätere Nachrichten, die Bismarck aus Paris berufen sein lassen. Fragen wir nach dem Absender, so gibt es hier sogar drei Versionen: dem König wird ein Telegramm zugeschrieben, Roon soll zwei abgesandt haben, und auch Bernstorff schien nach dem Bekanntwerden von Bismarcks Brief vom 12. September an ihn in Betracht zu kommen. Zu einer sicheren Entscheidung wurde die ganze Frage nicht gebracht; und erst in neuester Zeit haben wir einen festen Anhalt bekommen, der uns erlaubt, die Untersuchung mit grösserer Aussicht auf Erfolg wiederaufzunehmen.

Ueber die telegraphische Herbeirufung Bismarcks hat sich zum erstenmal schon in den sechziger Jahren eine feste, aber durchweg auf Gerüchten beruhende Tradition gebildet, die dann bis in die neuere Zeit wirkt und hier wohl in der 1890 veröffentlichten Geschichte vom Oelzweig von Avignon gipfelt. Als im September 1862 durch die Patrie plötzlich Bismarcks Abreise nach Berlin gemeldet wurde, machten die Zeitungen vielerlei Kombinationen über die Ursachen seiner bevorstehenden Ankunft. Nach einer Meldung sollte sie mit der Krisis in Zusammenhang stehen, nach einer andern in Privatangelegenheiten erfolgen, in denen Bismarck nach Pommern käme, um seine Familie nach Paris abzuholen.[1] Eine weitere Nachricht wusste des näheren zu berichten, er habe durch den Telegraphen die Erlaubnis, mit Urlaub nach Berlin zu kommen, erhalten.[2] Im ersten Fall dachte man sich anscheinend die Reise auf

1. Köln. Ztg. 263 Mi. 22. Berl., 20. Sept.
2. Schles. Ztg. 441 Sg. 21. Berl., 19.

Befehl des Königs veranlasst, zum Zweck neuer Verhandlungen über die Bildung eines Ministeriums Bismarck; im zweiten Fall war die Erlaubniserteilung erst recht auf königliche Bewilligung zurückzuführen. Die Plötzlichkeit der Ankunft aber erklärte man sich durch telegraphische Berufung.

Genaueres wurde in der späteren Zeit nicht bekannt; nur die vorhandenen Kombinationen wurden nach der einen oder andern Seite umgebildet. Nachdem Bismarcks Ernennung zum Minister erfolgt war, blieb die zweite Vermutung, die der Reise eine private Veranlassung hatte geben wollen, natürlich nicht mehr bestehen. Die Annahme aber, dass damals wegen der Krisis eine Berufung ergangen sei, erhielt sich nicht nur, sondern wurde noch bestimmter gefasst, indem man den König direkt einführte, und von ihm die Depesche abgesandt sein liess. Genaue Zeitangaben hatte man zunächst nur von der Rückkehr Bismarcks nach Paris, die nach der Patrie am 16. erfolgte, und natürlich von der Ankunft am 20. in Berlin gewusst; diese wurden verwischt. Es blieb nur die Erinnerung, dass die Berufung um Mitte September ergangen sei, und infolgedessen setzte man nun die Ankunft in Berlin zu früh an. Dass aber nach der Tradition schliesslich Bismarck „aus den Pyrenäen“ oder „aus Südfrankreich“ oder am Ende sogar bestimmt „aus Avignon“ berufen wurde, geschah sicherlich deshalb, weil der Gesandte in jenen Gegenden vorher einen langen Urlaub verbracht hatte, aber nicht aus dem Grunde, weil man darüber eine zuverlässige Nachricht gehabt hätte. Vielleicht lehnte man sich auch an das Patrietelegramm an, welches direkt gemeldet hatte, dass Bismarck „aus Biarritz“ in Paris angekommen sei. Auf diese Weise wurde übersehen, dass der Gesandte noch hierher zurückgekehrt und erst dann nach Berlin gereist war. Man liess ihn aus Südfrankreich nach Deutschland eilen, und so musste er auch wohl, wie man annahm, dort das Telegramm erhalten haben. Paris

wurde als Empfangsort einer Depesche nicht eher genannt, als bis mit dem Bekanntwerden des Roonschen Telegramms vom 18. September überhaupt erst sicherer Boden in der ganzen Frage betreten wurde.

Denn gute Quellen lagen dieser frühen Ueberlieferung an keiner Stelle zu Grunde. Beruhte sie jemals auf irgendwelchen Nachrichten und nicht bloss auf Kombinationen, so sind es nur ungenaue und unrichtige Andeutungen gewesen. Bismarck hat später selbst mitunter von seiner Berufung durch den König gesprochen; aber von den drei Berichten, die wir hierüber kennen, hätte allein der des französischen Journalisten Vilbort in seinem Buche vom Werk des Herrn von Bismarck auf die Tradition einwirken können. Er erschien 1869, während die Erzählungen von Unruh[3] und Blum[4] erst in den achtziger und neunziger Jahren bekannt wurden, als die alte Ueberlieferung schon längst ausgebildet war und durch neue Veröffentlichungen bereits erschüttert wurde. Jedoch auch Vilbort kommt nicht in Betracht. Er bringt weiter nichts, als dass bei ihm der König mit der Berufung Bismarcks in Verbindung gesetzt wird; und das wusste man schon lange. Zudem ist es noch zweifelhaft, ob Bismarck mit den Anfangsworten seiner Erzählung[5]: „Als mich der König vor vier Jahren berief, war die Situation eine höchst schwierige. Seine Majestät unterbreitete mir eine lange Liste liberaler Konzessionen“ überhaupt auf das Telegramm angespielt oder nur die Ordre zur Audienz in Babelsberg gemeint hat. Hahns Fürst Bismarck[6] aber, Kohls Regesten[7] und einige anonyme Broschüren[8], die nach Vilborts Bericht erschienen, bringen alle

3. Erinnerungen, zuerst in der deutschen Revue 1881.
4. Erinnerungen, 1892, S. 204 (2. Aufl. 1900).
5. Deutsche Ausgabe von 1870, S. 210.
6. S. 59. 1878.
7. Bd. I, S. 182. 1891.
8. „Wie Herr v. Bismarck Minister wurde“ 1888; „Der Berliner

einmal viel mehr und folgen zudem insgesamt Hesekiel, der in seinem „Buch vom Grafen Bismarck“ zuerst die alte Tradition gleichsam in ein System brachte. Wir finden hier alle oben in ihrer Entstehung geschilderten Einzelheiten in den nicht bewiesenen Sätzen vereinigt, der König habe Bismarck durch den Telegraphen aus den Pyrenäen berufen, und Bismarck sei im halben September nach Berlin gekommen. „Im halben September“ wurde darauf bei Kohl direkt zum 15., und im teilweisen Anschluss an die ein Jahr vorher erschienene Wildsche Geschichte[9] fügte er hinzu, dass die Rückreise nach Paris über Avignon erfolgt sei. Ob das Telegramm Bismarck in diesem Ort erreicht habe, liess er damit unentschieden. Wenn Hesekiel Quellen hatte, so haben sie ihm nichts Richtiges gebracht. Das Wichtigste, dass der König bei seiner Sinnesart als Absender einer Depesche gar nicht in Frage kommt, ist schon längst erwiesen und durch neuere Zeugnisse, die sich gerade auf diese Tage beziehen, nur bestätigt worden. Roons Brief vom 31. August und seine spätere Mitteilung vom 20. September an Perthes, dass Bismarck „nicht berufen“ sei, sind schon länger bekannt. Zu ihnen kommen jetzt Gerlachs Tagebuchnotiz vom 12. September und Dunckers Bericht vom 19. hinzu, in denen sogar direkt gegen Bismarck sich wendende Worte des Königs zitiert werden. Gelegentliche Aeusserungen des späteren Ministers über seine Berufung durch den König können daran gar nichts ändern. Wenn er sich nicht bloss geirrt hat, so hat er eben, die Korrektheit jener drei Berichte vorausgesetzt, damals noch nicht den wahren Sachverhalt aufdecken wollen. Jedenfalls hat der König keine Depesche abgeschickt, und damit fallen natürlich auch die näheren Angaben, die Hesekiel bringt.

Hof und seine Politik“, 3. Aufl., 1888. Ganz ähnlich W. v. Bülow, „Neue Bismarck-Erinnerungen“ 1895.

9. „Der Ölzweig von Avignon“. Berl. Neueste Nachrichten, 19. März 1890.

Von den älteren Nachrichten hebt sich eine ab, die auch von einem Telegramm des Königs spricht, dieses aber nun mit einer neuen Wendung geradezu nach Avignon verlegt und dabei so bestimmte und ausführliche Einzelheiten angibt, dass man an ihr nicht vorbeigehen kann, ohne den hier anscheinend grösseren Anspruch auf Wirklichkeit des Erzählten genau geprüft zu haben. Es ist die Geschichte vom Oelzweig von Avignon, die zur Zeit der Entlassung des Fürsten Bismarck in den Berliner Neuesten Nachrichten unter dem Titel erschien „Der Oelzweig von Avignon. Aus Bismarcks Leben, erzählt von Christoph Wild.“ Später hat sie Poschinger in den zweiten Band seines Sammelwerkes „Fürst Bismarck und die Parlamentarier“ aufgenommen[10] und dabei, im Anschluss an Kohls Regesten, aber im Gegensatz zu seiner Vorlage, die vom Anfang September spricht, ganz willkürlich auf den 15. September datiert. Der 15. steht gar nicht in der Geschichte, so dass Ulmann in seiner Kritik der Telegrammfrage[11] mit Unrecht aus diesem Grunde gegen die Erzählung den Einwand chronologischer Schwierigkeiten erhebt. Freilich bringt diese mit dem „Anfang September“ ein noch viel unmöglicheres Datum. Wenn man die berichteten Ereignisse auf einen bestimmten Tag fixieren wollte, so müsste dies auf den 13. oder wahrscheinlicher noch auf den 14. September geschehen.[12] Am 14. war Bismarck in Avignon, und die ganze Episode, die uns erzählt wird, könnte sich sehr gut gegen Mittag vor der Abfahrt abgespielt haben.[13]

Die falsche Zeitangabe ist nicht der einzige Mangel der Geschichte. Auf den ersten Blick sind darin noch manche

---

10. S. 18—20 (1895).

11. Im ersten Teil der Abhandlung „Bismarck und die Abdankungspläne König Wilhelms im September 1862“.

12. Vergl. dazu die Angabe am Schluss der Erzählung, dass Bismarcks Aufenthalt ursprünglich auf zwei Tage berechnet gewesen sei.

13. s. Kap. 1: (im ersten Abschnitt des zweiten Teils).

Verstösse nachzuweisen, und selbst der Punkt, auf den es uns hier ankommt, wird nicht haltbar sein. Sind irgendwelche Grundlagen vorhanden, so müsste die Erzählung entweder auf Angaben des Kaufmanns Lüning aus Frankfurt am Main zurückgehen oder auf gelegentliche Aeusserungen Bismarcks selbst, dessen berühmtes Wort aus der Sitzung der Budgetkommission vom 30. September 1862 über den Oelzweig von Avignon sie aufklären will. Wild berichtet, dass das Lüningsche Ehepaar mit Bismarck im Hotel Beau Séjour in Avignon an der Table d'hote zusammengetroffen sei. Hier hätten sie eine sehr angeregte Unterhaltung geführt und darauf eine gemeinsame Spazierfahrt unternommen. Da habe nun Bismarck ein Telegramm des Königs erhalten, das ihn als Ministerpräsidenten nach Berlin berief; und zum Abschied sei ihm von Frau Lüning der Oelzweig als Friedenskündiger in der Heimat überreicht worden.

Dieses Zusammentreffen mag stattgefunden haben; aber dann ist viel Falsches mit dem Wahren untermischt worden. Einzelne Angaben könnte man auf das Konto des Erzählers setzen. So wird Bismarck „der deutsche Gesandte" in Paris, Graf Barral (1859) „der italienische Gesandte" in Frankfurt genannt; Bismarck soll am 29. September im Abgeordnetenhause die, übrigens unverständlichen, Worte gebraucht haben, er sei bereit, „das abgelehnte Budget zurückzuziehen, und ein neues vorzulegen, nur möge man die Militärreorganisation annehmen". Und auch eine ganz merkwürdige Satzführung wird mitunter gebraucht; so heisst es am Anfang: „Unser Frankfurter Pärchen — — ereiferte sich eben über das berühmte Altarbild in der Chapelle de la miséricorde, natürlich — war es doch (?) Anfang September 1862 — in deutscher Sprache". Wem die mitgeteilten Gesprächsstücke zuzuschreiben sind, muss dahingestellt bleiben. Jedenfalls sind auch sie nicht zu halten. Bismarck soll in der Tafelunterhaltung gesagt haben, er habe infolge seines Promenierens mit Barral in Frankfurt am Vorabend

des italienischen Krieges am nächsten Morgen die telegraphische Ordre nach Petersburg erhalten; und darauf werden ihm die Worte in den Mund gelegt, dass er auf der Rückreise von Biarritz begriffen sei, wo er mit dem Kaiser Napoleon konferiert habe.“ — Es ist aber festzustellen, dass Bismarck Biarritz bereits am 1. September nach den Pyrenäen zu verlassen hatte,[14] während Napoleon, der am 3. abends von Paris abgereist war, erst am 4., wo er sich morgens noch in Bordeaux befand, über Bayonne in Biarritz eintraf.[15]

Jene angebliche Konferenz hat also nicht stattgefunden; und ebenso wenig kann Bismarck — damit kommen wir schliesslich zu dem uns interessierenden Hauptpunkt — auf der Spazierfahrt seinen Begleitern den Inhalt der königlichen Depesche mitgeteilt haben. Wir wissen, dass er keine vom Könige erhalten hat, und wir können daher nur deshalb hier einen Augenblick stutzen, da die näheren Umstände offenbar so genau angegeben werden. Folgt doch gleich hinterher die Pointe der Erzählung mit dem Oelzweig, und sprach doch Bismarck in der Tat darauf am 30. September jene berühmten Worte! Auch im übrigen werden mit der Mitteilung von Namen, Stand und Herkunft des Ehepaares, mit der genauen Schilderung der Oertlichkeiten so bestimmte Angaben gemacht, dass auch die Tatsächlichkeit des Telegramms durch das alles bezeugt zu sein scheint. Prüfen wir jedoch die Stelle näher, so erhalten wir das Resultat, dass auch diese Geschichte mit ihrem Telegramm nichts Neues bringt. Wenn es heisst: „Hier in Avignon empfing Bismarck, als er neben der jungen Dame im Fonds der Equipage Platz nahm, die Depesche des Königs Wilhelm, welcher ihn nach Berlin berief, um das preussische Ministerpräsidium zu übernehmen“, so er-

14. Brief an die Gattin Cauterets, 2. Sept.

15. Köln. Ztg. 246 Fr., 5. Sept.: Paris 3.; 247 Sd. 6. Sept.: Paris 4.; 248 Sg. 7. Sept.: Paris 5.

gibt sich aus der ganzen Ausdrucksweise, dass nur von der durch die Ueberlieferung schon als bekannt vorausgesetzten Depesche des Königs gesprochen wird. Und noch deutlicher zeigen die Schlussworte, welche scheinbar den Inhalt des Telegramms mitteilen können, an, dass es sich hier um keine Depesche handelt, die Bismarck wirklich erhalten hat. Selbst wenn diese existierte, dürften die Worte am allerwenigsten so lauten, wie angegeben wird. Denn jeder weiss, dass Bismarck nicht nach Berlin berufen wurde, um schon das preussische Ministerpräsidium zu übernehmen, da doch bis dahin noch starke Widerstände zu überwinden waren. Der Erzähler kann also von beteiligter Seite nicht eine derartige Mitteilung erhalten haben. Wir finden aber eine Erklärung für seine Angaben, wenn wir folgende Stelle aus den Unruhschen Erinnerungen,[16] die schon 1881 erschienen waren, danebensetzen: (Bismarck erzählte nach 1866) „Im Herbst 62 habe man ihn telegraphisch nach Berlin berufen zur Uebernahme der Stellung als Ministerpräsident, ohne irgendeine Bedingung daran zu knüpfen.“ Diese Bismarcksche Aeusserung ist schon oben kritisiert worden; die Anklänge der Wildschen Erzählung an sie sind beinahe wörtlich. Wenn daher die Oelzweiggeschichte nicht bloss eine Entlehnung aus Unruh bringt, welche in die immerhin mögliche Begegnung Bismarcks mit Lünings hineinverwoben worden ist, so bleibt, da nun einmal kein Telegramm des Königs existiert, nur noch der eine Ausweg offen, dass Bismarck etwa von einem anderen in oder bei Avignon oder überhaupt in Südfrankreich ein Telegramm erhalten hat. Diese Möglichkeit ist natürlich nicht ausgeschlossen, Bismarck könnte im Beisein des Ehepaares Lüning die Depesche empfangen haben; und es würde dann nur an der Mangelhaftigkeit der Ueberlieferung liegen, dass uns bei Wild die alte, falsche Behauptung von

16. Bei Poschinger S. 216.

einem Telegramm des Königs entgegentritt. Bewahrheitet sich jedoch jene Annahme nicht, dann braucht immer noch nicht an dem Zusammentreffen gezweifelt zu werden, wohl aber würde das Telegramm der Geschichte eine Fiktion des Erzählers sein, für die er etwa bei Unruh seinen Anhalt gefunden haben könnte. Die Ueberreichung des Oelzweigs würde dieser Auslegung kein Hindernis bieten; denn Bismarck mochte etwa, wie Ende Juni in London,[17] von seinem bevorstehenden Eintritt ins Ministerium gesprochen haben, und ihm darauf von der jungen Dame jenes Friedenszeichen überreicht worden sein.

Die Frage nach dem Vorhandensein irgend eines noch unbekannten Telegramms, das in Südfrankreich eingetroffen sein könnte, ist also alles, was von der älteren Tradition übrig bleibt, und für sie spricht weiter nichts als der Schatten einer Konjektur aus der Wildschen Geschichte. Gehen wir nun weiter zu der neueren Ueberlieferung, so wird die Ausbeute doch schon reichhaltiger. Eine Eigentümlichkeit fällt sofort auf. Würde in den älteren Quellen der König als Absender genannt, so nun Roon; nur besteht der Unterschied, dass diesem sogar zwei Telegramme zugeschrieben werden.

Nachdem schon der Bericht der Münchener Allgemeinen Zeitung über das Babelsberger Gespräch im Jahre 1890 kurz und nur nebenbei die Berufung Bismarcks durch Roon aus Frankreich (nicht Südfrankreich) erwähnt hatte, ist Roon noch im selben Jahr, schon unter Angabe bestimmter Details, von K. H. Keck als Absender eines Telegramms genannt worden. In seinem „Leben des General-Feldmarschalls Edwin von Manteuffel“ weiss Keck mitzuteilen,[18] dass „Herr v. Roon den im Süden von Frankreich weilen-

17. Vitzthum von Eckstädt, St. Petersburg und London in den Jahren 1852—1864.

18. S. 125.

den preussischen Botschafter[19] in Paris, Herrn v. Bismarck-Schönhausen, nach Berlin durch die telegraphische Nachricht „die Birne ist reif“ “ berief. Das ist eine Mitteilung, die nicht ohne weiteres abgewiesen werden darf; denn abgesehen davon, dass sie mit grosser Bestimmtheit vorgebracht wird, ist hier, zum ersten Mal, sogar der Wortlaut der Depesche angegeben, und wenn wir beachten, dass Keck über Manteuffel schreibt, so geht sie vielleicht auch auf eine gute, Bismarck oder Roon nahestehende Quelle zurück. Die Angabe, dass der Gesandte im Süden von Frankreich die Depesche empfangen habe, scheint für die Richtigkeit jener einen Notiz in den älteren Nachrichten sprechen zu wollen; wenn aber Keck sich hier nicht bloss der Ueberlieferung angeschlossen hat — denn er braucht dieses nicht aus seiner Quelle zu haben —, so würde andernfalls allerdings die Notwendigkeit, jene Möglichkeit zu untersuchen, nur noch stärker hervortreten. Andrerseits werden wir vor allem die Tatsächlichkeit des so bestimmt wiedergegebenen Telegramms selbst festzustellen versuchen müssen. Eine Möglichkeit scheint es da sofort zu geben, die von vornherein die gestellten Fragen lösen würde, die aber doch sehr vage ist, da man dann ohne weiteren Grund an dem Wortlaut zweifeln müsste. Kecks Telegramm könnte nur eine ungefähr den Inhalt wiedergebende Version der Depesche Roons vom 18. September sein, die zwei Jahre später Kohl richtig mitzuteilen imstande war. Ueber Absender und Schlusssatz noch ungenau informiert, aber anscheinend doch auf Mitteilungen Bismarcks selbst fussend, gab Kohl 1892 in der Einleitung zu dem zweiten Bande seiner Bismarck-Reden[20] dieses Telegramm zum erstenmal heraus. Er vermutete noch Blanckenburg, der aber erst kurz vor der Ankunft Bismarcks nach Berlin gekommen ist,[21] als direkten Absender,

19. Muss heissen: Gesandten.
20. S. 14.
21. Petersdorff S. 338.

im Auftrage Roons, und schrieb am Schluss entstellend: „L'ami de Maurice. Henning". Die Depesche selbst lautete: Periculum in mora. Dépêchez-vous, war vom 18. und nach Paris gerichtet.

So hatte man nun zwei verschiedene Roonsche Telegramme; das eine nach Keck und das andere nach Kohl. Jenes sollte nach Südfrankreich, das vom 18. nach Paris bestimmt gewesen sein. Mit diesen Angaben, und unter Zuhülfenahme der Kohlschen Regesten, war es möglich, eine Darstellung zu liefern, wie sie Oncken in seiner Festschrift „Unser Heldenkaiser" im Jahre 1897 bot.[22] Nachdem er von dem Erfolg von Bismarcks Kur im südlichen Frankreich gesprochen hat, fährt er fort: „Unterwegs erreichte ihn am 15. September eine Depesche Roons: „Die Birne ist reif". Sofort reiste er über Avignon und Lyon nach Paris zurück. Hier fand er am 18. wiederum ein Telegramm Roons vor, welches lautete: „Periculum in mora. Dépêchez-vous. L'ami de Maurice. Henning"." Man sieht, Oncken hatte nicht besondere Quellen; er arbeitete hier mit dem vorhandenen Material, das er nur teilweise neu zusammensetzte. Das zweite Telegramm druckt er getreu nach Kohl ab; wenn er es Roon direkt zuschreibt, so nennt er nur den schon von Kohl vermuteten wirklichen Urheber. Das erste von Keck mitgeteilte, aber undatierte Telegramm bringt er nun unter Benutzung von Kohls Regesten mit dem 15. September in Verbindung, an welchem Tage ja Bismarck eine Depesche erhalten haben sollte, und legt es, ebenfalls nach Kohl, vor Avignon. Bei diesem fand er auch den Weg der Rückreise angegeben. Im ganzen war seine Darstellung auf Voraussetzungen und Kombinationen aufgebaut, die noch nicht bewiesen waren; sie bot eine Zusammenfassung des bisherigen Materials.

---

22. S. 58.

Die ein Jahr später erscheinenden Gedanken und Erinnerungen bestätigten nur das Kohlsche Telegramm. Durch Bismarck selbst wurde diese Depesche noch einmal genauer mitgeteilt, der Schluss sinngemäss in „L'oncle de Maurice Henning" verbessert und Roon selbst auch als Absender bekannt gemacht. Damit konnte man nun als gesichert annehmen, dass Bismarck am 18. September von Roon aus Paris gerufen worden war; und Ulmann wies dann nach, dass die Abdankungsabsicht des Königs die Veranlassung gewesen ist. Ein Zweifel, der immerhin noch gegen den Wortlaut wegen des gleichlautenden, aber doch wohl nicht abgegangenen, Roonschen Telegramms vom Jahre 1861 möglich gewesen wäre, musste durch die schon in den siebziger Jahren verfassten, ganz unabhängigen Gerlachschen Aufzeichnungen, die vor einiger Zeit erschienen sind, völlig beseitigt werden. Hier[23] heisst es, entweder auf einen Kleistschen Brief oder eine mündliche Mitteilung, die Gerlach von Bismarck erhalten haben könnte,[24] zurückgehend: „Bismarck traf [um Mitte September] aus Paris gerufen in Berlin ein. Roon habe ihm nur die Worte telegraphiert: „Periculum in mora!" Unrichtig ist nur die Zeitangabe der Ankunft Bismarcks; aber die Zusätze in eckigen Klammern, wie sie bei Gerlach häufig vorkommen, sind erst nachträglich gemacht.

Das Telegramm vom 18. September ist ohne Frage auch in einigen Notizen Poschingers „Aus Bismarcks Leben. Nach Mitteilungen von L. Bucher u. A." gemeint, die er im vierten Bande seines Bismarck-Portefeuilles[25] herausgab. Nach ihnen soll Bismarck im Herbst 62 aus den Pyrenäen, durch Roon telegraphisch berufen, nach Berlin geeilt sein. Vor der Abreise habe er zu gleicher Zeit Roon „Ich mag

23. S. 247.

24. Etwa am 11. November 1862, als Gerlach ihn zu einer politischen Unterredung aufsuchte.

25. S. 113 (1899).

mich nicht drücken, denn ich mag mir keiner Feigheit bewusst sein“ und seiner Frau „Gewissheit ist jetzt nötig, oder ich nehme Knall und Fall meinen Abschied“ geantwortet. In den Pyrenäen kann nun freilich Bismarck unmöglich eine Depesche erhalten haben; denn noch in Toulouse, am 12., hatte er nichts weiter als Roons Brief vom 31. August vor sich. Von den Zitaten ist ferner nur das eine aus seinen Briefen vom 12. September; denn die angeblich gleichzeitigen Worte an Roon stammen aus einem Schreiben Bismarcks vom 2. Juli 1861![26] Mit der Depesche ist jedenfalls die Roonsche vom 18. September gemeint, die 1899 schon aus verschiedenen Publikationen bekannt, hier nur ungenau fixiert wurde. Eine Förderung der Telegrammfrage waren diese Mitteilungen nicht.

Damit ist auch die zweite Quellengruppe erledigt und das Ergebnis bis jetzt, im ganzen, einmal die Frage nach einem Telegramm, das in Avignon oder Südfrankreich eingetroffen ist, im Zusammenhang damit oder unabhängig davon die Frage nach dem Roonschen Telegramm „die Birne ist reif“ und als erste sicher erwiesene Tatsache die Roonsche Depesche vom 18. September.

Eine ganz neue Perspektive eröffnete sich im Jahre 1899, als im sechsten Bande des Bismarck-Jahrbuches der Brief Bismarcks an Bernstorff vom 12. September publiziert wurde. Da hier der Gesandte den Minister im Falle der Bewilligung seines Urlaubsgesuches durch den König um telegraphische Antwort bat, so liess sich daran eine Hypothese für die Telegrammfrage knüpfen, die dann auch von Ulmann gebracht worden ist. In der Kritik der älteren Tradition kommt er zu dem Resultat,[27] dass die Nachrichten von Telegrammen vor dem 18. wohl am ehesten mit einer Antwort Bernstorffs auf Bismarcks soi-disant Urlaubs-

26. Im Anfang heisst es nur: „Ich werde . . .“.
27. Ulmann S. 66.

gesuch zusammenzubringen seien. Im übrigen will er nur das eine Berufungstelegramm vom 18. September gelten lassen. Freilich bringt seine Ansicht nur eine neue Vermutung zu den übrigen hinzu; und es müsste wohl bei der einzigen Gewissheit um das Roonsche Telegramm vom 18. bleiben, wenn nicht durch eine neue Veröffentlichung die ganze Frage eine erweiterte, feste Unterlage erhalten hätte.

Vor einigen Jahren wurde in der Tat bestätigt, dass Bismarck wirklich zwei, aber auch nicht mehr Telegramme die ihn nach Berlin beriefen, empfangen hat. Jn seinem Werke „Fürst und Fürstin Bismarck", das 1901 erschien, veröffentlichte Keudell auf Seite 97 auch ein Stück aus einem Brief der Frau von Bismarck an ihn selbst vom 24. September, durch das dieser Nachweis erbracht wird. Der Abschnitt jener Briefstelle, aus der er zu entnehmen ist, lautet wörtlich folgendermassen: „— Unser Schicksal wird sich in diesen Tagen entscheiden, ist vielleicht schon geschehn, da Bismarck nach seiner Rückkehr von Meer und Gebirgsfreuden mit zwei telegraphischen Depeschen eilends nach Berlin gerufen wurde, von wo er mir schon freundlichst und gesund, aber sehr missgestimmt geschrieben —." An dieser unmittelbar nach den Ereignissen aufgezeichneten Nachricht aus bester Quelle, die von Keudell wörtlich wiedergegeben worden, ist nichts auszusetzen. Höchst wahrscheinlich geht sie auf eine oder mehrere briefliche Mitteilungen zurück, die Bismarck selbst seiner Frau machte. Wenn wir auch diese nicht besitzen, so ist doch direkt durch ihn bekannt,[28] dass er in jenen Tagen noch einen oder zwei Briefe mehr an seine Gattin geschrieben hat, als in die

28. Bismarck teilt z. B. am 14. aus Avignon mit, er wolle übermorgen aus Paris . . . schreiben; am 24. aus Berlin, er habe Mittwochs oder Donnerstags, d. h. am 17. oder 18., aus Paris geschrieben. Wir besitzen aber weder jenen noch diesen Brief; der erste ist vielleicht auch gar nicht geschrieben worden, da Bismarck am 21. von dem zweiten als von dem „Pariser Brief" spricht.

bekannte Sammlung dieser Schriftstücke aufgenommen worden sind.[29]

Durch Keudells Mitteilung ist die Telegrammfrage in ein neues Stadium getreten. Ulmann[30] hat den Brief der Frau v. Bismarck zu seiner Untersuchung noch nicht benutzt; erst Lenz[31] wies auf ihn in seiner Geschichte Bismarcks hin. Wir müssen also jetzt mit zwei Telegrammen rechnen, und dadurch fällt die Annahme Ulmanns,[32] dass durch das im Wortlaut wiedergegebene, sicherlich nach dem Original verglichene Telegramm der Gedanken und Erinnerungen vom 18. Sept. eine frühere telegraphische Herbescheidung ausgeschlossen erscheine, hinweg. Auch kann man mit Ulmann nicht mehr sagen, dass Bismarck selbst nur von dem Telegramme Roons vom 18. wisse; vielmehr ist festzustellen, dass die Gedanken und Erinnerungen eben nur von diesem sprechen. Die Tatsache der beiden Telegramme steht aber durch Keudell fest.

Beide beriefen Bismarck nach Berlin. Da wir nun eine unumstösslich sicher überlieferte Depesche kennen, die diesen Zweck erfüllte, nämlich die Roonsche vom 18. September, so ist ausser aller Frage, dass diese das eine der beiden Telegramme gewesen ist. Wie steht es aber mit dem andern; wer hat dies abgeschickt, wann und aus welcher Ursache ist das geschehn, und wo hat es Bismarck empfangen? Befand er sich etwa zu der Zeit in Südfrankreich, in Avignon? Aus dem Inhalt des Briefes der Frau v. Bismarck geht hervor, dass diese Depesche aus keinem privaten Anlass, sondern ebenso wie das Roonsche Telegramm vom 18. im Zusammenhang mit der Krisis, in Berlin, aufgegeben worden ist. Wir müssen also in dem Absender eine Per-

---

29. Die zweite Auflage hat nicht mehr gebracht.
30. Hist. Vierteljahrsschr. V; S. 66—69 über die Telegrammfrage.
31. Anm. S. 452.
32. S. 66.

sönlichkeit suchen, die, an der Krisis interessiert, die Berechtigung oder Ermächtigung haben oder sich zusprechen konnte, den preussischen Gesandten aus Frankreich plötzlich nach Berlin zu rufen; das Telegramm muss eine derartige Fassung und die Unterschrift einer solchen Persönlichkeit aufgewiesen haben, dass Bismarck veranlasst sein konnte oder musste, dem Rufe auch Folge zu leisten.

———

Der sichere Ausgangspunkt für die Bestimmung des Empfangsortes und damit auch schon im grossen und ganzen für die Datierung des unbekannten Telegramms ist der 12. September. Bismarck hatte, wie wir aus dem Briefe an seine Frau vom 9. September wissen, vom 4. ab als Poststation Toulouse angegeben. Als er aber am 11. hier eintraf, fand er am folgenden Tage nur Roons Brief vom 31. August, dagegen nichts von Bernstorff vor. Von Berlin hatte er keine bestimmten Nachrichten, und unter diesem Eindruck schrieb er am 12. noch aus Montpellier. Wenn es also überhaupt noch gesagt werden soll, so ist Bismarck unmöglich „aus den Pyrenäen" gerufen worden.

Nun hatte er am 12. an Roon geschrieben, dass er jetzt über Montpellier und Lyon nach Paris reise, und an Bernstorff noch bestimmter, dass er morgen, also am 13., dort sein werde. Ob er dabei schon daran dachte, seine Reise noch um ein paar Tage auszudehnen, da ihm jene nicht gleich schriftlich und telegraphisch antworten konnten, oder nicht, bleibe dahingestellt; jedenfalls hat er mit jenen Bemerkungen Paris als nächste Adresse angeben wollen.[33] Auch nach hierhin wird er wohl seine Rückkehr angemeldet haben; aber wenn er die Absicht hatte, erst nach einigen Tagen wieder einzutreffen, und sich deshalb wichtige Korrespondenzen noch nachschicken lassen wollte, so konnte er vielleicht noch Avignon und Lyon als Poststationen angeben. In Berlin aber wurde nur Paris als Adresse be-

———

33. 12. 9. an die Gattin, er wolle in Paris die Antwort abwarten.

kannt; als seine Briefe dort eintrafen, mussten Roon und Bernstorff Bismarck schon einige Tage in Paris vermuten. Bei der Länge der Strecke von Montpellier bis Berlin, die über Genf 1786 km beträgt, und bei einer für damalige Verhältnisse sehr raschen Fahrzeit von 43 km in der Stunde kann die Bestellung des Bernstorffschen Briefes erst am 15. früh erfolgt sein; des Roonschen vielleicht schon am 14. abends, da er trotz der weiteren Entfernung beträchtlich eher abging.[34] Selbst wenn er erst zugleich mit Bismarcks Abreise von Toulouse befördert worden sein sollte, so hätte er doch von Montpellier aus einen Vorsprung gehabt, da der Brief von Bernstorff hier noch geschrieben werden musste. Nähme man nun an, dass beide durch Bismarcks Briefe veranlasst worden wären, sich sofort für ihn zu bemühen, so hatten sie erst den König aufzusuchen. Man dürfte wohl kaum damit rechnen, dass sie das schon am 15. getan haben; aber wir wissen sogar, dass es nicht geschehen ist, denn die Zeitungen melden vom 15. keine einzige Ministeraudienz. So ergibt sich denn aber auch das Resultat, dass Bismarck auf diese Weise vor Paris, da er schon am 16. hier eintraf, kein Telegramm erhalten haben kann.

Nun erhebt sich freilich die Frage, ob ihm nicht unabhängig von seinen Briefen von irgend jemandem bis zum 15. einschliesslich depeschiert worden sein kann. Da man in Berlin nicht wusste, ob und wo der Pariser Gesandte sich auf der Rückreise aufgehalten habe, so hätte man Bismarck nur über Paris telegraphieren können; aber wenn wir annehmen, dass die Gesandtschaft benachrichtigt war, so hätte ihm freilich eine Depesche noch nachgeschickt werden können. Jedenfalls wäre Bismarck wohl zu erreichen gewesen. Aber wie steht es nun mit der Möglichkeit eines Telegramms? Der König, der sich eben noch scharf gegen

34. Vergl. die Berechnung in Kap. 1.

Bismarck ausgesprochen hatte,[35] gab natürlich keinen Auftrag, und so hatte Bernstorff keine Veranlassung zu depeschieren. Aber bestand für irgend einen andern ein Grund? Die Kammerdebatten hatten am 11. schon so scharf eingesetzt, dass bis zum 15. — die erste Abstimmung erfolgte erst am 16. — die Lage hierin nicht verändert d. h. verschlimmert wurde. Die Generaldiskussion schien auch am 15. noch lange nicht zu Ende zu sein, sodass etwa durch das ganz nahe Bevorstehn der Entscheidung eine bedenkliche Stimmung erzeugt worden wäre. Erst am 16. wurde ein Antrag auf Schluss der Debatte gestellt und angenommen. Die Lage war also am 15. nicht anders wie am 11., am 11. zu Beginn eher noch etwas gespannter. Da nun angenommen werden muss, dass das unbekannte Telegramm im Zusammenhang mit der Krisis aufgegeben worden ist, so wäre wohl am 11. oder 12. ein Anlass zum Depeschieren gewesen, aber in den folgenden Tagen bis zum 15. einschliesslich lag kein besonderer Beweggrund vor, der erst dann das Telegramm nötig gemacht hätte. Am 13. fielen die Verhandlungen wegen der Taufe des Prinzen Heinrich aus, der 14. war ein Sonntag, und am 15. standen die Dinge nur auf dem alten Fleck. Die Wogen der Verhandlungen gingen sogar ruhiger als in den ersten Tagen. Wäre aber am 11. oder 12. infolge der eben eingetretenen gefahrdrohenden Gestaltung der Lage ein Telegramm aufgegeben worden, dann hätte es Bismarck noch in Toulouse oder spätestens in Montpellier bekommen müssen, und das ist ausgeschlossen.

Erörtern wir nun auch noch von seiner Seite aus die Frage bis zum 15. einschliesslich, so lassen sich hier noch mehr und noch schlagendere Gründe gegen die Annahme eines Telegramms bis zum 15. vorbringen. Sein Brief vom 14. beweist hinlänglich, dass auch bis zu diesem Tage keine Depesche eingetroffen ist. Denn Bismarck spricht nicht nur

---

35. Gerlach S. 247, (12. Sept.).

von keinem besonderen Vorfall, sondern wir hören sogar, dass der Reiseplan noch über anderthalb Tage ausgedehnt ist. So könnte Bismarck das Telegramm nur noch am 14. oder 15., in Avignon oder in Lyon, nach Abgang seines Briefes empfangen haben. Für ihn selbst wurde die Lage nach dem 12. bis zum 15. einschliesslich nicht im geringsten verändert; hätte sich aber ihm irgendein anderer Anlass, den wir nicht kennen, gezeigt, aus Berlin telegraphische Nachricht zu erbitten, so wäre die Antwort darauf kein Berufungstelegramm gewesen. In der Angelegenheit seines Urlaubsgesuches wollte er ja in Paris die Antwort abwarten, und jedenfalls hat dieser Fall, für den übrigens auch schwer ein Grund einzusehn wäre, mit unserer Frage nichts zu tun. So kann ein Berufungstelegramm auch am 14. und 15. bei Bismarck nicht eingetroffen sein, wie wir denn auch auf Seiten des Berliner Absenders in diesen Tagen keinen Anlass zur Aufgabe einer Depesche finden können. Und nun gibt es noch einen letzten, vollends durchschlagenden Grund gegen die Annahme einer Depesche bis zum 15. Statt dass Bismarck auf ein solches Telegramm hin sofort von Lyon über Genf und Frankfurt nach Berlin gefahren wäre, bemerken wir, dass Bismarck sich erst nach Paris begibt, wo er am 16. eintrifft, und von hier erst am — 19. früh nach Berlin abreist, vier oder fünf Tage nach dem anzunehmenden Empfang der Depesche. Ein Telegramm Bernstorffs, wie Ulmann annimmt, oder Roons, nach Keck und Oncken, oder irgend ein unbekanntes Telegramm, das in der Oelzweiggeschichte gemeint sein könnte, hätte doch aber, wenn es in Südfrankreich eingetroffen wäre, Bismarck zu sofortigem Aufbruch nach Deutschland veranlassen müssen. Die Ueberlieferung beruhte also tatsächlich in diesem Punkt nur auf Mutmassungen, und mit Unrecht hat noch jüngst Petersdorff in seinen Kleist-Retzow[36] die

36. S. 338: „am 20. September 1862, an dem Tag, als Bismarck, von Roon aus Südfrankreich gerufen, in Berlin bei dem Kriegsminister eintraf".

Version aufgenommen, dass Bismarck von Roon aus Südfrankreich gerufen worden sei.

———

Das unbekannte Telegramm muss daher in Paris eingetroffen sein, und das lässt sich nun auch positiv nachweisen. Der verfügbare Zeitraum erstreckt sich von der Ankunft am 16. September bis zum 18. abends. Am 18. ist das Roonsche Telegramm „Periculum in mora" angelangt; am 19. früh reiste Bismarck ab. Dass die Grenze nach rückwärts nicht noch schärfer gezogen werden kann, ist sehr bedauernswert; aber auch die Pariser Zeitungen[37] sind über die Zeit der Ankunft nicht genauer informiert als die deutschen.

Unser Ausgangspunkt muss aus Mangel an anderen Bismarckschen Briefen, die vielleicht die Frage mit einem Schlage lösen würden, der Brief Bismarcks an seine Gattin vom 24. September[38] sein, wo er schreibt: „Ich bin etwas in Sorge, weil ich noch immer kein Sterbenswort von Dir erhalte. Mein Pariser Brief an Mutter und an Dich, in dem ich meine Herreise ankündigte, muss doch am Sonntag in Eure Hände gelangt sein, spätestens, denn er ging Mittwoch oder Donnerstag aus Paris." Dieser Pariser Brief, der Sonntag, d. h. am 21. September, eingegangen sein müsste, ist also am 17. oder 18. abgeschickt worden. Beide Daten sind ganz gut möglich, und ein Einwand, der sich gegen die Annahme des 17. machen liesse, ist schnell zu widerlegen. Die Patrie, welche am 17. abends die Abreise des Gesandten für den 18. angekündigt hatte, brachte am 18. früh die Meldung,[39] dass Bismarck am 18. oder erst am 19. fahren werde. Hier liegt also eine Planänderung vor, die auch tatsächlich ausgeführt wurde, und Bismarck wird erst nach ihr nach Pommern geschrieben haben, da wir in seinem Briefe vom

———

37. La Patrie und La France wurden eingesehn.

38. Briefe an die Gattin, S. 513.

39. La Patrie, jeudi 18. Sept. 1862; Edition du matin, Paris, 17 septembre.

21., dem nächsten nach dem Pariser, nichts von einem Aufschub der Reise lesen. Wäre also die Vermutung leicht möglich, dass Bismarck erst am 18. aus Paris nach Hause geschrieben haben kann, so wird diese doch durch die Tatsache beseitigt, dass der Patrie jene zweite Meldung auch noch am 17. zugegangen war. Bismarck kann also durchaus noch am 17. geschrieben haben; auch wäre vom 17. bis zum 21., zumal der Sonntag die äusserste Grenze sein soll, die Beförderungszeit nicht zu lang bemessen. Aber es kommt hier nicht so sehr darauf an, ob Bismarck an diesem oder an jenem Tag geschrieben hat; sondern es ist äusserst wichtig, feststellen zu können, dass Bismarck, der im Augenblick nicht genau weiss, wann er den Seinen geschrieben hat, Mittwoch, den 17., als möglich es Abgangsdatum des Briefes hinstellt. In diesem Briefe kündigt er seine Herreise an, und so muss also die Reise bis zum 17. beschlossen gewesen sein. Da nun aber Bismarck Paris nicht ohne weiteres verlassen konnte, und er auch erst die Ermächtigung abwarten wollte, so muss er zu seinem Reiseentschluss einen entscheidenden Anlass gehabt haben. Er braucht dann den Seinen nicht sofort geschrieben zu haben; dass es aber Mittwoch, den 17., sein kann, beweist, dass die drängende Ursache zur Reise am 17. schon vorhanden gewesen ist oder gerade an diesem Tage hervortrat. Diese Ursache kann nun aber nur ein Telegramm aus Berlin gewesen sein. Aus Berlin muss ihm die Nachricht zugekommen sein, da er in dem Pariser Brief seine Herreise ankündigte und darauf auch dorthin abreiste; sie muss ihn aber auch telegraphisch erreicht haben. Denn einmal würde eine briefliche Mitteilung nicht genügenden zeitlichen Spielraum lassen. Um schon bis zum 17. einzutreffen, hätte ein Brief bei der fünfundzwanzigstündigen Fahrt, die der schnellste Zug zwischen Berlin und Paris brauchte,[40] nur

40. Vergl. die „Eisenbahn-, Post- etc. Verbindungen“ des preuss. Post-Cours-Bureaus von 1862.

bis zum 16. spätestens abgehen können, während der 17. als mögliches Datum für die Entstehung der Reiseursache nicht ausgeschaltet werden darf. Andererseits wäre nun auch nicht vorzustellen, wie jemand, der plötzlich die Notwendigkeit sieht, Bismarck herbeizurufen, dies schriftlich getan haben sollte. So bleibt nur die telegraphische Berufung übrig. Da nun aber die Depesche bis zum 17. eingetroffen sein muss, so ist sie von der Roonschen vom 18. unterschieden, und damit auf andere Weise die Keudellsche Mitteilung bestätigt, dass Bismarck zwei Telegramme erhalten hat. Auf Grund dieser Depesche kündigte er seine Herreise an, und da er den Anlass dazu in Paris erhielt, so ist auch die Depesche erst hier eingetroffen. Damit ist aber auch positiv erwiesen, dass die äusserste Grenze nach rückwärts für das unbekannte Telegramm der 16. September ist.

Noch andere Nachrichten bestätigen die bisher gewonnenen Ergebnisse und erweitern sie sogar. Wenn Frau von Bismarck davon spricht, dass Bismarck nach seiner Rückkehr von Meer und Gebirgsfreuden mit zwei telegraphischen Depeschen eilends nach Berlin gerufen wurde, so scheint „nach der Rückkehr" den Reiseweg für den Empfang beider Telegramme vollständig auszuschliessen, und damit erhalten wir einen neuen Stützpunkt dafür, dass das unbekannte Telegramm erst nach dem 15. September, also in Paris, eingetroffen ist. Diese Annahme finden wir nun noch durch eine weitere Quelle bestätigt, die uns auch instand setzt, die vordere Grenze schärfer zu ziehn. Jedoch ist hier erst die Frage nach der Herkunft der Nachrichten zu entscheiden. Das Wolff'sche Telegraphenbureau verbreitete von Mittwoch, dem 17., abends aus Paris folgende Depesche: „Die „Patrie"[41] meldet, dass Herr v. Bismarck-

41. Diese Nummer fehlt in dem Exemplar der Patrie, welches die Nationalbibliothek in Paris besitzt.

Schönhausen gestern von Biarritz hier eingetroffen sei und morgen nach Berlin reisen werde.“ In die deutschen Zeitungen kam sie meist schon am 18.; in die Schlesische Zeitung[42] bereits in die Mittagausgabe, sodass wir daran ein sicheres Kontrollmittel für die Zeit des Abgangs haben. Die Abreise sollte nach dieser Patriemeldung am 18. erfolgen; aber schon am nächsten Morgen, am 18.,[43] wusste die Patrie den Termin zu berichtigen, indem sie die ihr noch am 17. zugegangene Nachricht brachte,[44] Herr von Bismarck-Schönhausen werde, gestern von seiner Reise in das südliche Frankreich zurückgekehrt, morgen oder übermorgen nach Berlin abreisen. Seine Abwesenheit werde kaum länger als vierzehn Tage dauern. Diese Berichtigung ist uns hier von besonderem Werte. Die Patrie war ein offiziöses Organ, das schon öfters in der Lage war, über Bismarck zu orientieren. Noch am 10. September[45] hatte sie die angebliche Berliner Reise des Gesandten, welche verschiedene Zeitungen aufgebracht hatten, dementiert; und auch diese neuen bestimmten Nachrichten müssen irgendwie in sie lanciert worden sein. Freilich könnte man annehmen, dass ihre erste Meldung auf einer leicht zu erklärenden Kombination beruhte; aber in diesem Fall wäre sie wohl, da Bismarck bereits am 16. zurückgekehrt war, schon eher aufgetaucht, und vollends wird diese Vermutung durch die Berichtigung vom nächsten Tage zerstört. Wir dürfen also wohl mit gutem Grund annehmen, dass hinter diesen Nachrichten, welche die Patrie allein bringen konnte, die preussische Gesandtschaft steht. Dies vorausgesetzt, haben ihre Meldungen für die Fixierung des unbekannten Telegramms entscheidende Bedeutung. Aus der Form der ersten geht hervor, dass Bismarck nach seinem

42. Schles. Z. 436 Do. 18. mitt.

43. La Patrie, jeudi 18 Sept. 1862, Edition du matin, Paris, 17 septembre.

44. Tags darauf in der Nationalzeitung.

45. La Patrie, mercredi 10 Sept. 1862, Ed. du matin, Paris 9 sept.

Eintreffen in Paris einen plötzlichen Anlass erhielt, sofort wieder abzureisen; und da der Anlass offenbar sehr überraschend auftrat und eine schnelle Abreise notwendig zu machen schien, so dürfen wir auch hier auf ein Telegramm schliessen. Und die oben angeführten zeitlichen Gründe sind dafür ebenfalls geltend zu machen. Vor allem erhalten wir aber durch die Patriemeldungen die klare und unzweideutige Bestätigung der obigen Feststellung, dass das Telegramm bis zum 17., und zwar in Paris eingetroffen sein muss. Und wir können sogar die Grenze noch genauer abstecken. Wenn die Patrie am 17. abends ihre Meldung bringen kann, so muss sie ihr in den Nachmittagstunden zugegangen sein, da die Zeitung schon am frühen Abend erschienen sein wird; und dadurch wird der Nachmittag des 17. die äusserste Grenze für unser Telegramm. So wäre also das unbekannte Telegramm in der Reihenfolge das erste und auf die Zeit vom 16. und 17. September eingeschränkt. Das zweite Datum hat ein leises Uebergewicht, da Bismarck seinen Brief am 17. geschrieben haben kann, und die Patrie ihre Meldung am 17. abends brachte, und so würden demnach die beiden Depeschen kurz hinter einander gefolgt sein. Eine noch feinere Zeitbestimmung des ersten Telegramms müsste aber dann möglich werden, wenn es nun auch gelingt, die Personenfrage zu entscheiden und die Motive des Absenders zu ergründen.

Denken wir an die drei Briefe Bismarcks vom 12. September zurück, an den Plan, den er in ihnen entwickelt, das Urlaubsgesuch, das er zu seiner Ausführung an Bernstorff richtet, und dessen Beantwortung er in Paris abwarten will, so müssen wir uns zu allernächst die Frage vorlegen, ob das erste Telegramm vielleicht der erbetene telegraphische Bescheid des Ministers an den Gesandten gewesen ist. So will Ulmann in seiner Untersuchung die Nachrichten von Telegrammen vor dem 18. auf die ministerielle Antwort zurückführen. Dass wir von der Existenz eines der-

artigen Telegramms, das Bismarck die offizielle Ermächtigung zum Antritt des Urlaubs erteilt haben würde, nichts wissen, dürfte dabei nicht allzu schwer in die Wagschale fallen. Zwar wird in der Bernstorffschen Publikation vom Jahre 1906 die Frage auch nicht einmal aufgeworfen, aber wir wissen ja auch sonst nichts Bestimmtes über das erste Telegramm, obwohl dieses doch existierte. Nun ist schon oben gezeigt worden, dass Bernstorff bis zum 15. einschliesslich, aus zeitlichen Gründen und weil er vom Könige nicht empfangen worden ist, die Antwort nicht abgesandt haben kann. Aber es wäre ja möglich, dass sie am 16. oder 17. in Paris eingetroffen ist; und dann würde allerdings die Frage des ersten Telegramms gelöst sein. Am 16. nachmittags[46] hatte Bernstorff in Berlin beim Könige eine Audienz, in der er das Urlaubsgesuch vorgebracht haben könnte. Ist aber eine Antwort abgegangen? Bismarck hatte den bestimmten Wunsch geäussert, bis zum 1. Oktober eine Entscheidung über seine Zukunft zu hören, andernfalls er Paris dann auf längere Zeit nicht verlassen oder den Abschied nehmen wollte; und er hatte zunächst um Urlaub nach Pommern gebeten, um die Seinen wiederzusehn und eventuell die Uebersiedlung nach Paris vorzubereiten. Auf der Durchreise konnte ihm der König seine Willensmeinung eröffnen. Dieser Plan setzte den König, wenn er ihn jetzt von Bernstorff vernommen hat, in keine Zwangslage. Wilhelm dachte so wenig an das Ministerium Bismarck, dass seine Absichten kaum gestört worden wären, wenn Bismarck nach dem 1. Oktober in Paris geblieben wäre. In seinem eigenen Interesse lag es also nicht, einen raschen Entschluss zu fassen. Andrerseits hätte allerdings die Urlaubsbewilligung auch keine Entscheidung nach irgend einer Seite bedeutet, und aus persönlicher Rücksichtnahme hätte der König die Reise nach Pommern gewähren können. Auf ihn selbst

---

46. NZ. 432 Mi. 17. mg., NPZ. 218 Do. 18., VZ. 217 Mi. 17.

freilich würde Bismarcks Anwesenheit in Berlin immerhin einen Druck ausgeübt haben, und es konnte ihm nichts daran liegen, dass er jetzt herkam. Lässt sich also auf diese Weise kaum sagen, wie sich der König entschieden hätte, so würde uns eine andere Ueberlegung sicherlich weiter führen. Das Telegramm müsste bis zum späten Nachmittag des 17. eingetroffen sein; aber nur in einer Audienz, in der vom 16., könnte die Angelegenheit besprochen worden sein, da Bernstorff am 17. vormittags der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses beiwohnte und nachmittags den König nur im Conseil nach 3 Uhr sah. Es dürfte nun aber als ausgeschlossen gelten, dass Bernstorff am 16. dem Könige das Urlaubsgesuch vortrug, und dieser es sofort auch bewilligte. Es war jedoch überhaupt nur eine Hypothese, dass Bernstorff am 16. schon mit dem Könige diese Angelegenheit besprochen hat, nachdem er am 15. Bismarcks Brief erhalten hatte. Wir wissen nicht, ob es geschehn ist; aber wenn es geschehen ist, dann ist die Entscheidung negativ oder aufschiebend ausgefallen. Denn wir haben drei positive Zeugnisse, dass Bismarck von Bernstorff keine Antwort erhalten hat.

In den Roonschen Denkwürdigkeiten werden aus der Zeit vor der Audienz Bismarcks in Babelsberg, als dieser schon in Berlin eingetroffen war, die bekannten Worte des Königs[47] zitiert: „Er ist auch nicht hier, es kann mit ihm nichts besprochen werden“ und darauf Roons Antwort:[48] „Er ist hier.“ Aus diesen Sätzen, die in direkter Rede wiedergegeben werden und daher wohl auf eine Aufzeichnung Roons zurückgehn, kann die aufgestellte Behauptung schon bewiesen werden. Wenn der König nicht weiss, dass Bismarck in Berlin ist, oder anders ausgedrückt, wenn er ihn in Frankreich vermutet, dann geht daraus klar hervor, dass er ihm keine Erlaubnis zur Herreise erteilt hat. Und

47. Roon[5], S. 120.
48. Roon[5], S. 121.

ebenso direkt spricht gegen diese Roons Bemerkung in seinem Brief vom 20. September an Perthes[49]: „Bismarck-Schönhausen ist heute, nicht berufen, sondern „Urlaubshalber“ hier eingetroffen.“ Ulmann[50] möchte daraus schliessen, dass Bernstorff ihm telegraphiert haben könne; aber er schränkt seine Ansicht sofort selbst stark ein, indem er hinzufügt, die Worte sprächen allerdings eher dafür, dass Bismarck an Ort und Stelle sein Urlaubsgesuch, wenn noch erforderlich, in Erinnerung bringen wolle. Diese Auffassung scheint tatsächlich die allein mögliche. Roon stellt in dem zitierten Satze nichts direkt falsch dar; aber er verschleiert die Tatsache, dass er telegraphiert hat,[51] und drückt sich mit halbironischer Wendung doppelsinnig aus. Er sagt, Bismarck ist „nicht berufen“ eingetroffen, und meint damit, nicht vom Könige als Minister berufen; denn „berufen“ ist hier, wie aus dem ganzen Satze hervorgeht, in offiziellem Sinne gebraucht. Er fährt fort, Bismarck sei „„Urlaubshalber““ nach Berlin gekommen, und will, indem er „„Urlaubshalber““ selbst in Anführungsstriche setzt, damit ausdrücken, dass Bismarck sich tatsächlich um Urlaub bemüht hatte, und diese Absicht hier in Berlin offiziell noch nicht aufgegeben ist, wenn auch Roon selbst ganz andere Hoffnungen mit Bismarcks Anwesenheit verbindet. Man sieht, auch aus dieser Stelle geht hervor, dass Bernstorff Bismarck nicht geantwortet hat; und nun gibt es noch einen dritten Grund, der vollends jeden Zweifel beseitigt. Am 21. September schreibt Bismarck an seine Frau[52]: „Ich werde S. M. einfach bitten, mir zu erlauben, dass ich nach Reinfeld

---

49. Roon[5], S. 116.

50. Ulmann, S. 67.

51. Roon will sie wohl nur dem Briefe nicht anvertrauen; denn später scheint Perthes den Sachverhalt erfahren zu haben. Vergl. den Brief vom 5. Januar 1865 an Roon (Roon[5], S. 312): „Das Ministerium der neuen Aera fiel. Sie telegraphierten demselben Manne zuerst nach Petersburg, dann nach Paris: ‚Kommen sie so schnell wie möglich‘ — “.

52. S. 512.

gehe, um die Meinigen nach Paris abzuholen.“ Der Inhalt dieser Bitte ist der Inhalt seines Urlaubsgesuches. Hier sagt Bismarck selbst, dass ihm die Erlaubnis, nach Pommern zu reisen, noch nicht erteilt worden ist; und somit hatte er keine Antwort erhalten.

Damit kommen wir zu dem Resultat, dass das erste Telegramm keine Urlaubsbewilligung, keine offizielle Berufung enthalten hat, sondern wie das Roonsche vom 18. freilich im Zusammenhang mit der Krisis, aber aus persönlichen, privaten Motiven aufgegeben worden ist. Wenn Bismarck „eilends nach Berlin gerufen“ wurde, so sollte er bei der anbrechenden Entscheidung helfend zur Stelle sein. Und nur ein Freund, ein naher Vertrauter kann als Absender in Frage kommen. Es muss eine Persönlichkeit sein, die selbst im öffentlichen Leben stand und deshalb das stärkste Interesse an Bismarcks Herkommen hatte, eine Persönlichkeit, die sich auch von ihrem Telegramm die beabsichtigte Wirkung versprechen durfte. Sehn wir uns im Ministerium um, so scheidet dessen verfassungstreue Minorität ohne weiteres aus. Denn das waren diejenigen, die Konzessionen machen, die den Willen der Krone nicht unbedingt vertreten wollten; keine Freunde Bismarcks. Dahin gehören Heydt, Bernstorff, Holzbrinck. Holzbrinck, von Duncker gewonnen, war seit einigen Tagen schon gar nicht mehr an den Ereignissen beteiligt; und Heydt rivalisierte ebenso mit Bismarck wie Bernstorff. Kehren wir hier noch einmal zu diesem zurück, so muss die Vermutung, dass er aus privaten Gründen telegraphiert haben könnte, noch viel unwahrscheinlicher sein als jene erste. Er, der so heftig gegen den Konflikt opponierte, den Verfassungsbruch nicht mitmachen wollte, kann unmöglich Bismarck herbeigerufen haben, der sich selbstverständlich dem Roonschen Standpunkt angeschlossen hätte. Die wenigen Fälle im Sommer, in denen Bernstorff Fürsprache beim Könige für Bismarcks Ernennung einlegte, wollen gar nichts besagen gegenüber der

von beiden Männern offen eingestandenen Rivalität. Es befremdet daher ausserordentlich, wenn der Herausgeber des Bernstorffschen Nachlasses, ohne weitere Beweise in Händen zu haben, doch aus ihnen eine Schlussfolgerung zieht, wie die, welche sich in dem Satze:[53] „Auch ist, wie schon früher bemerkt, gerade er es immer gewesen, der dem Könige stets von neuem Bismarck empfohlen, und der des Letzteren Berufung schliesslich durchgesetzt" ausgesprochen findet. Man braucht dem gegenüber nur auf Bernstorffs eigene Worte hinzuweisen, die sich drei Seiten später in seinem Briefe an Reuss vom 2. Oktober finden, um jeden Zweifel zu beseitigen. Hier heisst es: „Mit ihm (Bismarck) zusammen hätte übrigens von meinem Bleiben im Ministerium unter allen Umständen keine Rede sein können, da wir beide darüber einig sind, dass zwei Minister des Auswärtigen in demselben Ministerium zu viel sind." Schlagender kann nicht bewiesen werden, dass Bernstorff als Absender des Telegramms nicht in Betracht kommt; er sah in Bismarck[54] doch den unberechenbaren Spieler, mit dem man es im Konflikt schon versuchen konnte,[55] den er selbst aber, wenigstens in dem gegenwärtigen Stadium des Kampfes, niemals gerufen hätte.

Unter den Ministern, die später den Konflikt mitmachten, wäre es schon eher möglich, den Absender des Telegramms zu finden; und hier fällt auch sofort eine Persönlichkeit auf, die sehr ernstlich in Erwägung zu ziehen sein wird: es ist Roon. Er und der zur Minorität gehörige Heydt kämpften so gut wie allein den Kampf für die Regierung durch. Die übrigen treten gar nicht oder selten handelnd hervor. Während aber ein Teil von diesen, wie auch Heydt, schon aus grundsätzlichen Bedenken ausscheidet, fehlt den anderen doch das Interesse; auch war keiner mit Bismarck in näherer Verbindung.

---

53. S. 544.
54. 2. Okt. an Reuss.
55. Vgl. Brief an Reuss vom 2. Oktober.

Neben den Staatsministern ist der Hausminister Schleinitz deshalb zu erwähnen, weil auch von ihm in einem Memoirenwerke ein sehr starker Anteil an der Berufung Bismarcks behauptet wird. In den „Papieren der Familie von Schleinitz“ heisst es:[56] „Schleinitz hat am meisten dazu beigetragen, die Wahl auf Bismarck zu lenken und den Monarchen in seiner Ansicht zu befestigen“; aber Gründe werden dafür nicht angegeben und sind auch nicht anzugeben. Dem Vertrauten der Königin und bekannten Widersacher Bismarcks, den Kleist in diesen Tagen voller Furcht antraf und in seiner Meinung zwischen Auflösung und Wechsel des Ministeriums hin und her schwankend, konnte nichts daran gelegen sein, dass der Gesandte ins Ministerium gezogen würde.

So bleibt schliesslich nur der Kreis der alten Parteifreunde und persönlichen Vertrauten übrig. Denn auf ein Mitglied der königlichen Familie, die allein sonst noch in die Diskussion gezogen werden könnte, etwa den Prinzen Karl, deutet nichts hin. Unter Bismarcks nahen Bekannten war allerdings ein sehr starkes Interesse lebendig; aber auch hier sind die Möglichkeiten einzuschränken. Von Manteuffel müssen wir absehn, da er in Gastein war.[57] Die Tätigkeit Alvenslebens in diesen Monaten hat in der Biographie seines Bruders von Krieg[58] ihre Erwähnung gefunden. Aus den Septembertagen wird aber nur ein spezieller Zug erzählt, der das Babelsberger Gespräch betrifft. Von einem Telegramm hören wir nichts, und doch könnten wir gerade deshalb an Alvensleben denken, weil er mit Bismarck, der mit ihm aus Frankfurt und Petersburg korrespondiert hatte,[59] befreundet war.

---

56. S. 281.

57. Deshalb dürfte auch die Archivbenutzung, von der Keck noch Aufschlüsse erwartet, nichts weiter ergeben.

58. S. 32.

59. Krieg S. 32.

Vielleicht können wir hier weiter kommen — und dies dürfte dann zur Förderung der ganzen Frage beitragen, da nur noch wenige Persönlichkeiten übrig bleiben — wenn wir von einer andern Seite her an die Sache herangehn. Ist es nicht eine richtige Schlussfolgerung, dass derjenige, dem so viel daran lag, Bismarck telegraphisch herbeizurufen, wenn nicht sofort bei der Ankunft, so doch mindestens im Verlauf des ersten Tages mit ihm zusammen gewesen sein muss? Das erscheint beinahe selbstverständlich. Zum Glück haben wir nun auch über Bismarcks Verkehr am 20. ziemlich reichliche Nachrichten: Bismarcks Briefe vom 21.,[60] Petersdorffs Angaben in seinem Kleist-Retzow,[61] und die Zeitungsmeldungen. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass Petersdorff eigene Aufzeichnungen Kleists über jenen Tag einsehn konnte, aber nur dieselben Männer im Verkehr mit Bismarck nennt, die dieser in seinem Brief vom folgenden Tage erwähnt. Wenn daher auch Bismarck aus begreiflichen Gründen von der Unterredung mit dem Kronprinzen seiner Gemahlin nichts meldet, so dürfen wir doch gestützt auf Petersdorffs Mitteilungen annehmen, dass er von seinen Freunden und Intimen, die ihn sahen, kaum jemanden verschwiegen hat. Und das erhält wieder dadurch eine Unterlage, dass wir mit Hülfe des Briefes und der Zeitungen beinahe für jede Stunde feststellen können, wo sich Bismarck aufgehalten hat, und mit wem er zusammen gewesen ist. Ergibt sich dann, dass die Zeit durch den Verkehr mit den genannten Freunden und solche Massnahmen, die für unsere Frage nicht in Betracht kommen, ausgefüllt ist, so dürfte die Vollständigkeit der Angaben in Bismarcks Brief, was die Freunde betrifft, für uns noch gewisser sein.

Früh gegen 8 Uhr, wie sich feststellen lässt,[62] kam

60. Briefe an die Gattin S. 512/13.
61. S. 338.
62. s. weiter unten.

Bismarck an und ging, wie er in seinem Briefe mitteilt, zu Roon,[63] verweilte in dessen Familie, begab sich darauf in sein Hotel[64] und schlief hier zwei Stunden. Unterdessen wird es etwa 12 Uhr geworden sein, und in der Zeit von 12—1 etwa wird ihn Kleist[65] aufgesucht haben. Nachmittag machte er „einige ministerielle und diplomatische Besuche"; nach den Zeitungsmeldungen[66] hatte er um 3 Uhr eine längere Konferenz mit Bernstorff. Um 5 Uhr war er wieder bei Roon, zusammen mit Blanckenburg, der von Roon, wie Petersdorff berichtet,[67] nach Berlin gerufen war. Um $^3/_4$8 fuhr der Kronprinz, der nachmittags 6 Uhr aus Babelsberg nach Berlin zurückgekehrt war,[68] vom Anhalter Bahnhof nach Reinhardsbrunn ab; und vorher sah ihn noch Bismarck, wie die Sternzeitung meldet, im kronprinzlichen Palais[69]. Den Abend war er wieder bei Roon und ging um 11 Uhr im Hotel Royal zu Bett.[70] Den König hatte er noch nicht gesehen.

Damit wissen wir beinahe über jede Stunde Bescheid. Denn die Zwischenräume zwischen den einzelnen Zeitangaben sind mit den Fahrten und Besuchen wohl vollständig ausgefüllt. Nach Petersdorff besteht nur über den Ort der Unterredung mit Kleist eine Differenz; aber da Bismarcks Mitteilung vom Tage darauf und

---

63. Die Zeitungen (NPZ. 221 Sg. 21. Berl. 20. und VZ. 221 Sg. 21.) melden, dass Bismarck früh auch Bernstorff aufsuchte. Diese Nachricht ist anfechtbar (s. w. u.) und auch hier nicht von Belang, da Bernstorff so wie so ausscheidet.

64. „dass ich sofort die Flucht ergriff, ein Bad nahm und zwei Stunden schlief": aus dem Brief.

65. Brief.

66. NZ. 440 Sg. 21. mg.; VZ. 221 Sg. 21. vgl. den Brief an die Gattin vom 21., in dem Bismarck von ministeriellen und diplomatischen Besuchen spricht.

67. S. 338.

68. NZ. 440 Sg. 21. Berl., 20.

69. APZ. Sg. 21 mg.

70. für beides der Brief.

Kleists Aufzeichnung vom Jahre 1871 ist, so dürfen wir mit Petersdorff der ersteren den Vorzug geben. Am Vormittag sah nun Bismarck — wenn wir hier von zwei wahrscheinlich unrichtigen Zeitungsmeldungen über Bernstorff absehen[71] — Roon und Kleist; am Nachmittag Bernstorff und noch andere Minister und Diplomaten und darauf Roon, Blanckenburg, den Kronprinzen und abends wieder Roon. Die Minister und Diplomaten — vielleicht sah Bismarck wie am folgenden Tage noch Schlözer und Schleinitz — haben mit unsrer Frage nichts zu tun, und so bleiben Roon, Kleist und Blanckenburg allein übrig. Dies sind nun aber auch die drei, die von Bismarck und von Petersdorff nach Kleists Aufzeichnung übereinstimmend genannt werden. Mit ihnen hat er am 20. eifrig konferiert; sie gaben ihm die Uebersicht über die Lage und suchten ihn, wie Petersdorff glaubhaft macht, für ihre Pläne zu gewinnen. Von Alvensleben oder anderen[72] hören wir nichts, obschon Bismarck keinen Grund haben konnte, von ihm, wie vom Kronprinzen, nicht zu sprechen. Viel mehr als den Namen gibt er von Kleist, der „voll politischer Anschläge" zu ihm kam, und von Blanckenburg, der Familiennachrichten brachte, ja auch nicht. So werden wir mit Bestimmtheit nur unter jenen drei Freunden den Absender des ersten Telegramms zu suchen haben.

Ist es nun Kleist gewesen? Erinnern wir uns der starken Bedenken, die dieser mit seinem Freunde Gerlach gegen Bismarck teilte, sodass beide Edwin Manteuffel wünschten und Bismarck nur gerade nicht ablehnten, weil kein

---

71. s. Anm. 63.

72. so z. B. von Wagener. Dieser kann natürlich nicht die Persönlichkeit sein, die Bismarck telegraphiert hat. Wir erfahren auch nicht, dass er mit Bismarck zusammen war; denn Parisius spricht nur eine reine Vermutung aus, wenn er schreibt, dass Bismarck am 20. „jedenfalls" mit Roon, Wagener und Kleist zusammen war. Wageners Memoiren bringen nichts davon.

andrer Minister möglich schien, so müssen wir die Frage verneinen. Wenn Kleist am 20. zu Bismarck eilte, so geschah es nur, um ihm den Entschluss zur budgetlosen Regierung abzugewinnen, da offenbar sein Eintritt ins Ministerium nahe war. Während Kleist schon die ganze Zeit über in Berlin weilte, wurde Blanckenburg erst zum Empfang Bismarcks von Roon gerufen.[73] Die Annahme hat viel für sich, dass dies gleichzeitig mit dem Telegramm vom 18. geschehn ist, da Roon dieses mit „l'oncle de Maurice Henning" unterzeichnete. Jedenfalls spricht nicht dagegen, dass Gerlach noch am 20.[73] Kleist aufforderte, Blanckenburg als Roons politische Seele, auch Bismarcks wegen, nach Berlin zu zitieren. Denn Roon wird natürlich Gerlach nichts mitgeteilt haben. Gerlach hatte wohl am 19. in der Kreuzzeitung von der bevorstehenden Ankunft des Gesandten gelesen und schritt nun gleich wieder zur Tat, um seine Zwecke zu fördern. Aus seinen Worten geht hervor, daß er am 20. Blanckenburg noch nicht in Berlin vermutet, und somit muss auch dieser als Absender eines Telegramms ausscheiden, das schon am 16. oder 17. in Berlin selbst aufgegeben wurde. Es ist deshalb verständlich, dass wir bei Petersdorff keine Andeutung finden, dass Kleist oder Blanckenburg telegraphiert haben könnten, obwohl er Gelegenheit hatte, reiche Materialien zur Geschichte Kleists, und somit, kann man sagen, auch Blanckenburgs und andrer Parteimitglieder einzusehen.

So bleibt denn endlich Roon allein übrig. Er hat das zweite Telegramm, vom 18., aufgegeben, und er muss auch der Absender des ersten sein, das am 16. oder 17. bei Bismarck in Paris eingegangen ist. Alle Bedingungen, die für den Absender zu stellen waren, werden von Roon im höchsten Grade erfüllt. Niemand konnte ein stärkeres Interesse haben als er, Bismarck ins Ministerium zu ziehen; und dieses Interesse wurde durch die Krisis erweckt und wach-

73. Petersdroff S. 338.

gehalten. Seinem Rufe musste andrerseits Bismarck, der am 12. September sich gerade an Roon um Beistand gewandt hatte, sofort folgen. Roon, der vertraute Freund des Königs, durfte schliesslich auch die Eigenmächtigkeit, die er mit dem Telegramm beging, wagen, und Bismarck brauchte sich nicht lange zu bedenken, auf Grund seiner Depesche ohne Urlaub abzufahren. So nimmt Roon unter den Persönlichkeiten, welche das am 16. oder 17. im Zusammenhang mit der Krisis aufgegebene Telegramm befördert haben können, von vornherein einen ganz hervorragenden Platz ein; und da die nähere Umschau unter ihnen bei ihm allein Halt macht, so ist ihm auch das Telegramm zuzuweisen. Aber jene Feststellung birgt nur einen hohen Wahrscheinlichkeitsgrund, und dieses Resultat ist allein durch negative Instanzen gewonnen. Wenn Roons Urheberschaft als gesichert gelten soll, dann müsste noch ein besonderer Umstand auf ihn hinführen. Es wäre der Nachweis nötig, dass Roon am 16. oder 17. sich gezwungen sah, Bismarck zu rufen; dann würde dieses Telegramm die gesuchte erste Depesche sein.

———

Roon hatte in der Ministerfrage immer zweierlei bedenken müssen. Einmal waren unausgesetzt neue Versuche beim Könige zu machen, um in dessen Haltung eine Aenderung zu erzielen, und dann hatte er sich ständig zu bemühen, dass Bismarck seinen Plänen willfährig blieb. Eine Situation, die den König zu neuen Entschlüssen zwang, hätte ihm hier nach beiden Seiten helfen können. So hoffte er Anfang Juni, dass der König nach dem Ablauf von Hohenlohes Urlaub genötigt sein würde, das Ministerium zu vervollständigen, und er schrieb Bismarck: „Und dann, ja dann hoffe ich, wird der Telegraph Sie herrufen“. Diese Annahme schlug fehl, wie später noch manche andre Erwartung. Solange aber keine Verschärfung der Lage eintrat, mussten ihm die tiefe Abneigung auf der einen und die Ungeduld auf der andern Seite ein Gegenstand ständiger

Sorge sein. Denn es war möglich, dass der König bis dahin die Absicht der Ernennung ganz aufgab und Bismarck den Wunsch, überhaupt noch einzutreten. So hatte Roon nach hier- wie dorthin starke Anstrengungen zu machen, damit er im entscheidenden Augenblick das Heft in der Hand behielt. Im Sommer war ihm Bismarck selbst mit seinem Kammerplan entgegengekommen. Das ändert sich, als Bismarcks Urlaub zu Ende ging, der König aber noch keinen Entschluss gefasst hatte. Da hatte Roon, der den Ausgang der Krisis noch ferne sah, an Bismarck mahnend und beschwichtigend geschrieben, er solle nicht „boudieren", und ihm die neuen Momente mitgeteilt, durch die er seinen Bemühungen beim König ein verstärktes Gewicht zu verleihen hoffte. Auch der 7. September brachte keinen Erfolg; aber wir sehen weder an diesem oder den folgenden Tagen noch bisher überhaupt Roon irgendeine besondere Massregel ergreifen, die seine Schritte rascher hätte fördern können. Denn er wurde durch keine entscheidende Situation dazu genötigt.

Der Beginn der Plenarverhandlungen änderte diese Sachlage. Mit ihm näherte man sich dem Ende der Krisis. Zwar war noch die Lage, wie der König am 10. bestimmt hatte, in einem Conseil zu beraten; aber an Auflösung konnte nicht mehr gedacht werden. In dieser Situation musste nun Roons Hoffnung, die Ernennung Bismarcks durchzusetzen, stärker als je anschwellen; er durfte unter dem Druck der kommenden Ereignisse beim Könige grössere Geneigtheit dafür erwarten, und er durfte auch nach seinem letzten Brief annehmen, dass der Freund sich ihm nicht versagen würde. Zunächst konnte Roon freilich noch keine Schritte tun, und er wurde auch nicht gedrängt. Der König war aus Baden noch nicht zurück — seine Ankunft erfolgte erst am 13. — und die Generaldiskussion im Abgeordnetenhause setzte sehr langatmig ein, sodass der Schluss in den nächsten Tagen noch nicht zu erwarten war. Am

13. und 14. wurde sie noch dazu durch die Taufhandlung und den Sonntag unterbrochen. Bei jener war Roon mit den übrigen Ministern zugegen; doch wird von einer Audienz nichts gemeldet, zu der auch kein dringender Anlass gegeben war.

In dieser Situation wird Roon in der Zeit vom 14. zum 15. September Bismarcks Brief vom 12. erhalten haben, der plötzlich die eine Seite seiner Berechnungen einzureissen drohte. Roon konnte zwar zu seiner Freude lesen, dass Bismarck, der nun wohl schon wieder in Paris war, durch die Badekur sich völlig gesund geworden fühlte und sich auch zum Eintritt ohne Portefeuille bereit erklärte; aber er liess Roon nicht mehr freie Hand, sondern stellte einen Termin. Bismarck war des unaufhörlichen Wartens so überdrüssig geworden, dass er nur noch vierzehn Tage Spielraum gewährte, innerhalb deren er unbedingt erfahren haben wollte, welchen Posten, und wann er diesen antreten sollte. Sonst wollte er in Paris bleiben und dann nicht mehr sofort wieder wechseln oder den Abschied nehmen. Zunächst aber hatte er vor, Urlaub nach Pommern bei Bernstorff nachzusuchen.

Bismarck hätte Roon gar nicht noch besonders zu Freundschaftsdiensten anzuspornen brauchen. Der Gedanke, dass Bismarck in Paris bleiben könnte, der in einem Augenblick an Roon herantrat, wo die Entscheidung schon nahe war und also auch die Verhältnisse im Ministerium jetzt definitiv geregelt wurden, musste Roon zu den stärksten Anstrengungen für das Ministerium veranlassen. Und da ihm nur vierzehn Tage gelassen waren, so musste er alsbald damit beginnen. Das Urlaubsgesuch konnte ihm eine Handhabe bieten, Bismarck nach Berlin zu ziehen; denn natürlich wartete er nicht auf Bernstorffs Vorgehen. Seine nächste Aufgabe war nun, den König in den folgenden Tagen zu gewinnen.

Da trat ein Ereignis ein, welches ihn unmittelbar vor

die Entscheidung stellte. Am 16. wurde der Generaldiskussion ein rasches Ende gemacht, und die unmittelbar darauf einsetzende Spezialberatung bereitete der Regierung die erste schwere Niederlage. Das war das Ereignis, welches Roon so erschütterte, dass er nun mit Heydt zur Versöhnungsaktion schritt. Der König kam nach Berlin, und für den Abend wurde das Conseil festgesetzt. Nun war schon in den nächsten Tagen das Ende des Militärstreites zu erwarten, mochte es nun der Konflikt oder die Versöhnung sein. Wäre diese zustandegekommen, dann hätte dies keinen neuen liberalen Umschwung zur Folge zu haben brauchen; wahrscheinlicher war aber doch der Konflikt. In jedem Fall musste Bismarck vor der Entscheidung da sein.[74] So hatte Roon, der auch durch dessen Brief gedrängt war, keine Zeit mehr zu verlieren; und er wird noch am 16. nachmittags,[75] wo er in Audienz empfangen wurde, Bismarcks Angelegenheit vorgetragen haben, um, durch die neu eingetretenen Momente unterstützt, eine Entscheidung zu erzielen. Und das Resultat? Nach Gerlachs Mitteilungen vom 12., Dunckers vom 19. kann es uns nicht zweifelhaft sein. Der König blieb der Ernennung abgeneigt und hat natürlich auch keinen Termin genannt. Einen schwereren Schlag konnte Roon nicht erhalten. In einem Augenblick, wo der Ausgang der Militärkrisis nahe bevorstand, und Bismarck ihm geschrieben hatte, dass er bis zum 1. Oktober Gewissheit haben müsse, sonst bleibe er in Paris, erneute Ablehnung seiner Vorschläge! Es blieb nur noch ein Ausweg übrig: Bismarck musste selbst kommen und seine Sache führen. Und so telegraphierte Roon.

Der Zeitpunkt lässt sich nicht ganz genau fixieren. Würden wir guten Grund zu der Annahme haben, dass es

---

74. Vgl. 31. Aug. an Bismarck: „Die innere Katastrophe wird jetzt nicht stattfinden, wie ich vermute, sondern erst im Frühjahr, und da müssen Sie notwendig dabei sein.“ (Ronn[5], S. 109.)

75. Die Plenarsitzung selbst schloss erst um 3 U. 20 M.

noch am 16. geschehen ist, so schienen Bismarcks Brief vom 24. und die Patriemeldungen mehr für den 17. zu sprechen. Es ist möglich, dass Roon vielleicht erst noch die Aufnahme des Versöhnungsaktes bei den Abgeordneten abwartete, und dann um so mehr telegraphierte, als das strikte Verlangen nach zweijähriger Dienstzeit sehr wahrscheinlich beim König auf Widerstand stossen musste; jedenfalls ist aber der Mittag des 17., also der Schluss der Kommissionssitzung, die äusserste Grenze nach vorn, und auch das zwingt schliesslich, die Gründe für das Telegramm nur in der bezeichneten Linie zu suchen. Einmal ist das Conseil vom 17., das um 3 Uhr begann, den Nachmittag über dauerte, und abends fortgesetzt wurde, aus zeitlichen Gründen auszuschliessen. Während der Sitzung kann Roon kaum telegraphiert haben; und wäre das Telegramm in der Zwischenzeit kurz vor dem Abend aufgegeben worden, dann hätte die Patrie nicht mehr in der verhältnismässig zeitig erscheinenden Abendausgabe ihre Meldung von der Abreise Bismarcks bringen können. Schon die Expedition von Berlin bis Paris dauerte geraume Zeit, und in Paris hatte die Zeitung erst dann noch ihre Nachrichten zu erhalten. Dann ist aber das Conseil auch deshalb auszuschliessen, weil seine Ereignisse Roon zu dem zweiten Telegramm Anlass gaben. So ist der Abend des 16. oder der Vormittag des 17. die wahrscheinlichste Aufgabezeit für Roons erste Depesche, welche die gesuchte ist.

Damit wäre also die Annahme von zwei Roonschen Telegrammen, die sich bei Oncken als Konjektur auf der unsicheren Unterlage der älteren Tradition fand, jetzt durch eine kritische Untersuchung erwiesen. Vielleicht ist gerade deshalb die Tatsache der beiden Telegramme so lange ungewiss geblieben, weil beide denselben Absender hatten; und auch Bismarck wird in den Gedanken und Erinnerungen aus dem Grunde nur von dem zweiten sprechen, weil er sich wegen des gleichen Absenders des ersten nicht mehr

erinnerte, dessen Text er nicht mehr besass. Sollte nun aber, da beide von Roon sind, in der angeblich Roonschen Depesche „Die Birne ist reif“ das erste Telegramm zu suchen sein? Wenn Keck sie in Südfrankreich eintreffen lässt, so würde das nichts besagen; die Depesche an sich ist nicht mehr zweifelhaft, und der Wortlaut würde ausgezeichnet passen. Es scheint sich dafür sogar noch eine Nachricht aus andrer Quelle anführen zu lassen. Roons Denkwürdigkeiten[76] nehmen bis heute eine besondere, eigentümliche Stellung zu der Telegrammfrage ein. Ein Datum wird hier überhaupt nicht genannt. Roons Urheberschaft, die in den ersten Auflagen als möglich hingestellt wurde, wird in den neuesten auch nur als sehr wahrscheinlich bezeichnet, und nun wird nicht das durch Bismarck bekannte „periculum in mora“, sondern gerade Kecks Mitteilung „Die Birne ist reif“ als Wortlaut der Depesche zitiert. Aber für uns ist nun die Begründung von Wichtigkeit, Bestimmtes habe sich in den hinterlassenen Papieren nicht gefunden, aber Aehnliches habe Roon den Seinigen auch später erzählt. Die Annahme liegt nicht fern, dass sich hier noch eine zweite, direkte Mitteilung von Roons erstem Telegramm erhalten hat, und damit wäre dieses auch durch positive Belege gestützt.

Nachdem Roon den Freund gerufen hatte, mochte er hoffen, dass Bismarck bis zum Nachmittag des 18. in Berlin eingetroffen sein werde. Er konnte also der Weiterentwicklung der Ereignisse ruhig entgegensehen. Aber es kam anders, als er vermutet hatte. Der Versöhnungsversuch misslang nicht nur, sondern er nahm unerwartet im Conseil vom 17.[77] den bedrohlichsten Ausgang. Die Abdan-

---

76. Roon[5] S. 119/20.

77. Es existiert eine Erzählung von einer Abendberatung zwischen Roon und dem Könige über die Berufung Bismarcks, die sich aber nicht mit Sicherheit datieren lässt. Helldorf-Bedra hatte sie bald nachher, wie er sagt, von dem Assessor von Hülsen, der unter Roon die

kungsabsicht des Königs war eine furchtbare Gefahr für Roons politisches System und alle seine Pläne. Wurde sie ausgeführt, wurde der Kronprinz König, dann war es mit dem Ministerium Bismarck-Roon überhaupt ganz vorbei. Und Roon musste sich sagen, dass die Ausführung möglich war. Das Königtum hätte wohl einen Schlag erlitten, der Liberalismus triumphiert; aber die Extremen wären wohl kaum hochgekommen. Dem Kronprinzen und einem genehmen Ministerium hätte man für die zweijährige Dienstzeit alles bewilligt und die Reorganisation nicht angetastet.[78]

Staatsministerialsachen bearbeitete, gehört und brachte sie im 29. Jahrgange der deutschen Revue (1904; S. 336|37) zum Abdruck. Eines Abends sei Hülsen von Roon zum Vortrag bestellt gewesen. „Hülsen wartet lange — es heisst, der Minister sei zum Vortrag bei Seiner Majestät. — Es wird später und später, fast Mitternacht, da tritt endlich der Minister ein. Gegen seine Gewohnheit sagt er kein Wort, geht ernst und offenbar in schweren Gedanken im Zimmer auf und ab. Endlich fragt Herr von Hülsen, ob er mit dem Vortrag beginnen solle. Da bleibt Roon stehen, legt ihm die Hand auf die Schulter und sagt tiefbewegt: „Lassen Sie das heute, lieber Hülsen, die Sachen sind nicht so eilig, — gehen Sie nach Hause, — aber beten Sie zu Gott, heute Nacht entscheidet sich das Schicksal von Preussen.“ Nach der Berufung Bismarcks als Ministerpräsident sagte Roon zu Hülsen zur Erklärung jenes Vorgangs: „Ich war bei Majestät zum Vortrag und sprach für die Berufung Bismarcks. Die Besprechung dauerte sehr lange, schliesslich schien Majestät entschieden und entliess mich mit den Worten: „Lassen Sie mir noch Zeit zur Entscheidung bis morgen früh — ich will diese Nacht mit Gott beraten.“ — Diese Unterredung wird in den Herbst 1862 ohne nähere Zeitangabe verlegt; und es gelingt auch nicht, den Tag zu fixieren. Die Zeitungen melden zwischen dem 17. und 22. keine einzige Abendzusammenkunft. Am 18. und 21. fanden die Audienzen Roons am frühen Nachmittag, am 22. morgens statt. Am 16. und 17. waren König und Roon allerdings abends zusammen; das waren aber Conseilsitzungen, und diese Termine liegen zu früh. Offenbar soll eine Unterredung vor der Entscheidung geschildert werden; wir könnten also auf den 21. und 22. kommen. Aber am 21. war Roon wieder nicht abends, sondern mittags beim Könige. So ist die Erzählung in der vorliegenden Form nicht verwertbar.

78. Lenz S. 142.

Nur wäre an Stelle des konservativen Regimes das liberale getreten. So weit durfte es Roon unter keinen Umständen kommen lassen; er selbst hatte sich schon dem Könige zur Verfügung gestellt, und er hoffte auch, Bismarck bald zur Seite zu haben. Aber freilich konnte leicht eine Verschlimmerung schon bis dahin eintreten; denn der König hatte den Kronprinzen sofort rufen lassen wollen. Roon musste den König festzuhalten und, wo möglich, umzustimmen suchen, bis Bismarck kam. Dann war schon Terrain gewonnen. Deshalb wohl eilte er am 18., nachdem am Vormittag die Budgetkommission getagt hatte, nachmittags um 2 Uhr nach Babelsberg[79], wo er von 3 bis 5 blieb.[80] Er empfahl noch einmal die zweijährige Dienstzeit; und was konnte er jetzt in der ganz neuen Lage Besseres tun als den König wieder auf den einen Mann hinzuweisen, der ihm wirklich ergeben war, bereit seinem Rufe Folge zu leisten und befähigt, die Dinge vorwärtszubringen? Durfte er nicht annehmen, dass der König jetzt seine Auffassung ändern und es für seine Pflicht halten musste, mit Bismarck den Versuch zu machen? Roon selbst sagt uns, dass er beim Könige wieder für die Berufung Bismarcks gesprochen habe; aber wir erfahren von ihm auch, dass die Antwort nicht bloss zögernd ablehnend, sondern ein entschiedenes Nein war. Am 20. schreibt er an Perthes, nachdem er von seinem Entschluss, den nun beginnenden Kampf zu wagen, gesprochen hat: „Aber entsetzlich ist der andere (Gedanke), dass ich mir von neuem erst die Waffe werde schmieden müssen, mit deren Hülfe er auszufechten ist.“ Das waren wenig erfreuliche Aussichten für Roon; die Abdankungsgefahr bestand nach wie vor; und nun wird er auch, wie Ulmann sehr richtig annimmt, von der Herbeirufung des Kronprinzen erfahren haben. In dieser drücken-

79. Duncker an die Kronprinzessin, 19. Sept.
80. APZ. Do. 18. ab.; VZ. 219 Fr. 19.

den, mit jedem Augenblick sich verschärfenden Lage stand ihm aber noch das Schlimmste in Berlin bevor. Bismarck, der bis zum frühen Nachmittag noch nicht gekommen war, war auch nach der Rückkehr Roons von Babelsberg noch nicht da und hatte offenbar auch nicht geantwortet. Da telegraphierte ihm Roon zum zweiten Mal: „Periculum in mora. Dépêchez-vous". Die ersten Worte bezogen sich auf die Situation, und „Dépêchez-vous" wurde jedenfalls hinzugesetzt, weil Roon, der sich in grösster Sorge befand, von Bismarck auch nicht einmal eine Nachricht oder höchstens eine aufschiebende erhalten hatte. Dieses Nachwort ist ein neues Zeugnis für das erste Telegramm.

So kam Roon zu seiner zweiten Depesche, und es ist natürlich, dass die Ergebnisse Ulmanns, der auf die Abdankungsgefahr als die bewegende Ursache hingewiesen hat, durch die Feststellung des ersten Telegramms zu modifizieren waren. Denn Bismarck war eben schon einmal benachrichtigt, und die Angabe in Roons Brief vom 20. muss auf den 18. bezogen werden. Nur deshalb veranlassten Abdankungsgefahr und erneute Ablehnung Bismarcks das zweite Telegramm,[81] weil Bismarck noch nicht gekommen war; aber da er nicht gekommen war, so musste auch Roon aus diesen Gründen telegraphieren.

Auf die direkte Aufforderung Roons, die Bismarck am Abend des 18. bekommen haben wird, mag dieser nun bestimmt geantwortet haben, und am 19. früh reiste er ab. Er hatte nach dem Empfang des ersten Telegramms die Absicht gehabt, am 18. zu reisen, aber er änderte noch am 17. seinen Entschluss. Denn noch von diesem Tage brachte die Patrie am 18. früh die Meldung, dass Bismarck morgen oder übermorgen, also, (da die Nachricht vom 17. ist), am 18. oder 19. reisen werde. Die Verzögerung ist

---

81. Philippson gibt in seinem Leben Kaiser Friedrichs (S. 99) nur eine ganz allgemeine Ueberlegung. Versehentlich schreibt er Botschafter für Gesandten.

somit festgestellt, und wir müssen dem Grunde nachforschen. Wie es in Berlin stand, konnte Bismarck nicht wissen; wenn er am 19. fuhr, mag es ihm noch früh genug gewesen sein. Denn der Inhalt des ersten Telegramms — wenn dieser „Die Birne ist reif" lautete — trieb ihn nicht zur höchsten Eile an, und ausserdem hatte Bernstorff auch sein Urlaubsgesuch noch nicht beantwortet. Als nun aber das zweite Telegramm eintraf, das ihn im dringendsten Ton nach Berlin rief, durfte er sich keinen Augenblick länger besinnen. Der schnellste Zug brachte ihn in knapp 25 Stunden in die Heimat.

Uebersicht über den zweiten Abschnitt des zweiten Teils.

Das erste Kapitel des Schlussabschnitts stellt den Vermittlungsversuch des Kronprinzen dar. Die Krisis hatte Roon bisher direkt und indirekt Situationen geboten, in denen er zum Handeln für Bismarck kommen konnte. Aber nachdem sie auch in ihrem Höhepunkt für die Ernennung Bismarcks nicht wirksam geworden war, konnte nur noch Bismarck allein helfen. Die Krisis wandte sich unaufhaltsam zum Konflikt, wenn nicht die Ankunft des Kronprinzen noch eine Wendung brachte. Diese hatte also für Roons Pläne die grösste Bedeutung. Er war nicht für Spaltung des Ministeriums in diesem Augenblick; aber er konnte keine Wendung mitmachen, die seine Pläne störte. Der Kronprinz erfuhr am 19. in Babelsberg eine Ablehnung und wies seinerseits die Krone zurück. Damit war die grösste Gefahr für Roon beseitigt. Denn im Ministerrat, der am 19. wieder zusammentrat, und in

der Kammer war natürlich keine Aenderung der Situation zu erwarten.

Roons nächste Sorge war die Haltung Bismarcks. Am 20. früh traf dieser ein, nach der Meinung der Presse mit Urlaub oder offiziell berufen. Die ernste Lage liess ihn alle Sonderwünsche zurückstellen: es galt, den König aufrecht zu erhalten. Dieser, in die Enge getrieben, hörte auf das Gebot der Pflicht, das ihm Roon nochmals entgegenhielt, und so kam es zu dem Babelsberger Gespräch, das den wichtigsten Teil des zweiten Kapitels ausmacht. Die bekannten Quellen: die Gedanken und Erinnerungen, der Zeitungsbericht sind neuerdings durch kleinere Notizen noch vermehrt. Die Kritik führt zur Unterscheidung der Audienzen vom 22. und 23. September. Wird für jene im wesentlichen die bisherige Darstellung aufrecht zu erhalten sein, so ist für diese auf Grund eines Briefes Bernstorffs an Reuss vom 2. Oktober auch die Erörterung der auswärtigen Politik anzunehmen. Eindruck der Ernennung.

Lebenslauf.

Ich, Kurt Promnitz, Sohn des verstorbenen Oberingenieurs und Fabrikdirektors Hugo Promnitz und seiner Gemahlin Adelheid, geb. Kalliefe, evangelischer Konfession, wurde am 15. September 1885 in Eulau-Wilhelmshütte bei Sprottau in Niederschlesien geboren, kam darauf kurze Zeit nach Kroischwitz bei Schweidnitz und siedelte nach dem Tode meines Vaters 1889 mit meiner Familie dauernd nach Breslau über. Hier besuchte ich zunächst die Privatschule des Herrn Dr. Mittelhaus bis Ober-Quinta und absolvierte darauf von Quarta ab das Friedrichs-Gymnasium, wo ich Ostern 1903 die Reifeprüfung bestand. Die ersten Studien in Geschichte, Deutsch und Philosophie, welchen Gegenständen ich mich hauptsächlich gewidmet habe, trieb ich noch in Breslau, vier Semester lang, und nahm hier an den Vorlesungen und Uebungen der folgenden Herren Professoren und Privatdozenten teil: Baumgarten, Bobertag, Caro, Cichorius, Ebbinghaus, Hoffmann, Kampers, Kaufmann, Koch, Semrau, Siebs, Skutsch, Stein, Stern, Volz, Ziekursch. Hierauf bezog ich im Sommer 1905 auf ein Semester die Universität Marburg und hatte hier Gelegenheit, die Herren Professoren Elster, Kalbfleisch, Frhr. v. d. Ropp, Vogt und Wenck zu hören und bei ihnen in Uebungen tätig zu sein. Im Herbst 1905 wechselte ich zum zweiten und letzten Mal die Universität und kam nach Berlin, wo ich die Herren Professoren und Privatdozenten Breysig, Dessoir, Geiger, Harnack, Helm, Hintze, Hirschfeld, Lenz, R. M. Meyer, Riehl, Roethe, D. Schäfer, E. Schmidt, M. Schmidt, R. Schmitt, Wentzel, v. Wilamowitz-Moellendorff aufsuchte. In meinen geschichtlichen Studien, denen ich einen Vorrang eingeräumt hatte, wurde ich hier besonders durch Herrn Professor Lenz aufs kräftigste gefördert, der mir für die vorliegende Arbeit seinen persönlichen Rat zu teil werden liess, wofür ich ihm zu grösstem Dank verpflichtet bleibe. Am 19. Dezember 1907 bestand ich die Promotionsprüfung.